

Für gute Arbeit – weltweit!

SCHWERPUNKT

Gewerkschafts-
themen in der FES **3**

VORDENKEN

Studie: Was Nicht-
wähler von der
Politik denken **22**

MITWIRKEN

Wirtschaftliche Aus-
sichten für Griechenland
und die Eurozone **30**

TEILHABEN

„Lost Generation“ –
Jugendarbeitslosigkeit
in Europa **38**

VERNETZEN

Zur Zukunft der
deutsch-russischen
Beziehungen **51**

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

FES-INFO 2/2013

INHALT

SCHWERPUNKT

Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit – Alternativen für ein sozialeres Europa	4
Sich gehört verschaffen – Gewerkschaften auf dem Weg zu den G-20 Gipfeln	7
Gute Arbeit – weltweit! – Globale Rahmenabkommen und gewerkschaftliche Netzwerke	8
Von den Fesseln gelöst – Gewerkschaftsarbeit nach dem FES im Arabischen Frühling	13
Der Geschichte ein Gesicht geben – Gewerkschaftliche Zeitzeugengespräche im Archiv der sozialen Demokratie	21

Vordenken

GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT / SOZIALE DEMOKRATIE

Was Nichtwähler über Politik denken – Neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung	22
Die Saat von Zwietracht und Groll – Europa gegen Rechtsextremisten verteidigen	23
Nachhaltiges Grundgesetz, nachhaltige Demokratie – Thesen am Verfassungstag	24

Mitwirken

WIRTSCHAFT, ARBEIT, SOZIALES

Lohnsteigerungen gegen die Krise – Wirtschaftliche Aussichten für Griechenland und die Eurozone	30
Finanzaufsicht mit Mängeln – Missbrauchskontrolle zum Schutz der Verbraucher gefordert	35
Pillen gegen Burn-out? – Über die „Medikalisierung“ sozialer Probleme	37

Teilhaben

INTEGRATION, BILDUNG, KULTUR

„Lost Generation“ vor verschlossenen Türen – Vorschläge gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa	38
Religion prägt Politik – Folgen der Arabischen Umbrüche	42
Vom 17. Juni bis zum 9. November – 24. Bautzen-Forum	46

Vernetzen

EUROPA UND DIE WELT

Von Alpha bis Omega – Die Arbeit der FES Athen	48
Kompliziert, aber gestaltbar – Prognosen zur Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen	51
Neue Spielräume – FES unterstützt politische Bildung von Tunesiens Jugend	55
Erster Schritt zu neuer Demokratie – Mali wählt seinen neuen Präsidenten	58
Vorbild Energiewende – Deutsch-japanischer Dialog zur Energiepolitik	60

Publikationen

Aktuelle Publikationen der FES	61
--------------------------------------	----

TEXTBEITRÄGE IN DIESER AUSGABE

Monika Berg, Jörg Bergstermann, Gerd Botterweck, Julia Bläsius, Axel Blaschke, Frederike Boll, Ruth Brandherm, Nadja Cornelius, Anja Dargatz, Olena Davlikanova, Stefan Dehnert, Knut Dethlefsen, Micky Drill, Henning Effner, Michael Ehrke, Matthias Eisel, Sabine Fandrych, Roland Feicht, Michael Fischer, Alina Fuchs, Pit Gey, Martin Gräfe, Sergio Grassi, Frank Hantke, Sarah-Maria Hartmann, Simone Heil, Tina Hennecken, Sebastian Hennig, Felix Hett, Valeska Hesse, Gina Horst, Peter Hurrelbrink, Daniela Iller, Maryna Jaroshevych, Matthias Jobelius, Marei John-Ohnesorg, Friederike Kamm, Türkan Karakurt, Anna Karnikova, Christos Katsioulis, Nicole Katsioulis, Philipp Kaupert, Stine Klapper, Anne Klein, Birte Klemm, Matti-Léon Klieme, Nora Langenbacher, Emil Lieser, Margarita Litwin, Annette Lohmann, Thomas Mättig, Henrik Maihack, Katharina Meier, Ralf Melzer, Galyna Meshcheryakova, Anja Minnaert, Tobias Mörschel, Dietmar Molthagen, Sarah Morcos, Julia Müller, Nicole Nestler, Mareike Overbeck, Knut Panknin, Tobias Paul, Robert Philipps, Werner Rechmann, Simone Reperger, Stefanie Ricken, Jakob Rieken, Anja Rillcke, Marcel Röthig, Alexander Rosenplänter, Sven Saaler, Christina Schildmann, Joachim Schlütter, Marcus Schneider, Katrin Schömann, Markus Schreyer, Franziska Schröter, Günther Schultze, Bastian Schulz, Elisabeth Schumann-Braune, Bastian Sendhardt, Beyhan Sentürk, Clemens Starke, Stephan Stetter, Susanne Stollreiter, Uli Storck, Christian Testorf, Stephan Thalhofer, Yvonne Theemann, Rudolf Traub-Merz, Urban Überschar, Simon Vaut, Sarah Vespermann, Sidonie Wetzig, Laura Wiehler, Anouk Zulauf

IMPRESSUM

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Telefon: 0228/883-0
Internet: www.fes.de
E-Mail: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaiki,
Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Telefon: 030/269 35-7038
Telefax: 030/269 35-9244
E-Mail: peter.donaiki@fes.de

Satz, Layout, Herstellung:
Publix, H. Eschenbach, Berlin
Druck: Saarländische Druckerei & Verlag GmbH, Saarwellingen
Titelgestaltung / Montage:
Wolfgang Rabe, Berlin

Printed in Germany, August 2013
Gedruckt auf 90 g matt gestrichen
ISSN 0942-1351

FÜR GUTE ARBEIT – WELTWEIT!

EINZIGARTIGER PARTNER

GEWERKSCHAFTSTHEMEN IN DER FES

*Einleitung zum
Schwerpunktthema*

Gewerkschaftliche Interessenvertretung ist ein zentrales demokratisches Grundrecht. Sie gibt einem Großteil der Bevölkerung die Möglichkeit, an der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung steht daher fest: Ohne starke, repräsentative und freie Gewerkschaften keine soziale Gerechtigkeit und keine soziale Demokratie!

Umso besorgniserregender ist es, unter welchen schwierigen Bedingungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretungen in zahlreichen Ländern arbeiten müssen. Erst Katastrophen wie zuletzt in Bangladesch führen dazu, dass die Weltöffentlichkeit die teils entwürdigende und zuweilen menschenverachtende Situation von Beschäftigten in manchen Unternehmen, Branchen oder Ländern wahrnimmt. Die Verletzung von Gewerkschaftsrechten führt eindrücklich der aktuelle Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) vor Augen. Er beschreibt, in welchem Ausmaß Gewerkschaften weltweit Repressionen ausgesetzt sind. Selbst in einer Reihe von europäischen Staaten konstatiert der IGB eine zunehmende Unterhöhlung von Arbeitnehmer-

und Mitbestimmungsrechten. Dem will die FES mit ihrer gewerkschaftspolitischen Arbeit entgegenwirken. Ziel ist es, die Anerkennung von Gewerkschaften als tarifliche Verhandlungspartner weltweit zu erhöhen und gewerkschaftliche Positionen in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen stärker zur Geltung zu bringen. Über Vernetzung und Erfahrungsaustausch im In- und Ausland begleitet die FES gewerkschaftliche Modernisierungsprozesse und unterstützt die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und soziale Teilhabe.

Gewerkschaftsthemen sind seit jeher Gegenstand einer Vielzahl von Publikationen und Veranstaltungen der FES in Deutschland. Darüber hinaus leistet das Archiv der sozialen Demokratie mit seinen umfangreichen Aktenbeständen zur deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung in Kooperationsprojekten mit den Gewerkschaften und der Hans-Böckler-Stiftung Beiträge zur Geschichtsforschung.

In der internationalen Arbeit ist die Gewerkschaftskooperation ein integraler Bestandteil der Auslandsprojekte in rund 100 Ländern. Darüber hinaus kooperiert die FES über das Pro-

jekt Globale Gewerkschaftspolitik und gewerkschaftliche Regionalprojekte in Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika mit den zentralen

gewerkschaftspolitischen Akteuren auf internationaler Ebene.

MICHAEL SOMMER, DGB-VORSITZENDER UND PRÄSIDENT DES INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTSBUNDES:

„Die FES ist in der internationalen Gewerkschaftsarbeit ein zentraler Partner für uns. Die FES-Kolleginnen und -Kollegen in aller Welt tragen mit ihrer Arbeit direkt zu der so wichtigen Stärkung der Gewerkschaften und damit zum Aufbau einer unabhängigen, freien Gewerkschaftsbewegung bei. Ohne euch als Knotenpunkt wäre es wohl kaum möglich, die Vernetzung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf regionaler und globaler Ebene voranzutreiben – eines unserer zentralen Zukunftsprojekte.



Zitat aus einem Gespräch mit Michael Sommer. Der vollständige Text unter: www.fes.de/gewerkschaften/interview_sommer

Und die Arbeit der FES geht weit über das hinaus, was viele NGOs leisten, denn ihr seid einem umfassenden Ziel verpflichtet – einer sozialen und demokratischen Gesellschaftsordnung. Zentrales Element einer solchen Gesellschaft sind freie und unabhängige Gewerkschaften. Mehr noch, ihr habt das Mandat des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, unsere Kolleginnen und Kollegen in aller Welt in ihrer Arbeit zu unterstützen.“

Zitat aus einem Gespräch mit Michael Sommer. Der vollständige Text unter: www.fes.de/gewerkschaften/interview_sommer



Dialoge und Diskussionen

UMVERTEILEN. MACHT. GERECHTIGKEIT.

ALTERNATIVEN FÜR EIN SOZIALERES EUROPA

Die bisher erfolglosen Versuche, die Euro-Krise zu lösen, sind von falschen Konzepten ausgegangen: Wo es sich in Wirklichkeit um eine Verteilungs- und Finanzmarktkrise handelte, wurde eine Staatsschuldenkrise diagnostiziert, dann wurde eine rigorose Sparpolitik verordnet, wo Investitionsprogramme zur Sicherung von Wachstum und Arbeitsplätzen nötig wären. Für Arbeitslose, Beschäftigte und Rentner/innen sind die Folgen in vielen Ländern verheerend. Insbesondere in den Ländern, die am härtesten getroffen wurden, verschlechtert sich die Situation im fünften Jahr der Krise weiterhin.

Da die zunehmende Ungleichheit eine wesentliche Ursache jener Finanzmarktkrise war, die in eine Krise der Staatsverschuldung verwandelt wurde, besteht eine Alternative zur Austeritätspolitik in einer Korrektur dieser ungerechten wie dysfunktionalen Verteilung.

Die FES hat mit einer Reihe von Konferenzen und Kongressen solche Alternativen ausgelotet. So widmete sich im Mai ein internationaler Kongress gemeinsam mit dem DGB, ver.di, schwei-

zerischen und österreichischen Gewerkschaften sowie einer ganzen Reihe von NGOs wie attac und WEED möglichen Strategien der „Rückverteilung“. Unter der Überschrift „Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit.“ fanden sich über drei Tage mehr als 800 Menschen aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Medien, Politik und Verbänden in der TU Berlin ein, um über Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer entsprechenden Umverteilungspolitik zu debattieren. Das Anliegen des Kongresses brachte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske auf den Punkt: „Wir brauchen eine fairere Verteilung in Europa. Wenn die Besitzer großer Vermögen und reiche Erben, die in der Finanzkrise um den Preis Hundert Milliarden Euro Schulden von den Steuerzahlern vor Vermögensschäden bewahrt wurden, stärker herangezogen werden, ist dies ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit.“

Entsprechende Ansatzpunkte zur „Rückverteilung“ von unten nach oben fanden die Teilnehmer/innen der Konferenz in Mindestlöhnen, einer Ausweitung öffentlicher Angebote in ge-

sellschaftlich notwendigen Dienstleistungen sowie nicht zuletzt in einer gerechteren, europaweit koordinierten Steuerpolitik. Dabei wird zunehmend deutlich, dass im Unterschied zu den

ULRICH ECKELMANN, GENERALSEKRETÄR VON INDUSTRIALL-EUROPE:

„Was wir als europäische Gewerkschaftsverbände und für europäische Projekte benötigen, sind Möglichkeiten der informellen Vorabklärung, wissenschaftliche Expertise und Unterstützung bei der Konzeptentwicklung. Da macht sich die FES sehr nützlich.“

derzeitigen nationalen Strategien für ein Nebeneinander von Wettbewerbsstaaten eine Strategie für ein gemeinsames Europa benötigt wird.

Erste kleine Schritte auf dem Weg dorthin machte zum Beispiel die Leipziger Konferenz zur „Verteidigung des sozialen Europa“, zu der gut 200 Gewerkschafter, Aufsichtsräte und Aktivistinnen auf Einladung von FES, Otto Brenner Stiftung und Europäischem Gewerkschaftsinstitut im April 2013 gekommen waren.

MEHR ZUM THEMA

www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.eu/

WOHLSTANDEFFEKTE FÜR VIELE

Arbeitskreise

KONZEPTE ZUR INDUSTRIE- UND DIENSTLEISTUNGSPOLITIK

Die Idee einer aktiven Industriepolitik in Deutschland und Teilen Europas erlebt eine „Renaissance“, so IG-Metall-Vorstandsmitglied Astrid Ziegler beim Auftakt eines deutsch-polnischen Treffens zur Industriepolitik. Allerdings musste in der Veranstaltung – ausgerichtet am 18. Juni von der FES, der IG-Metall, OPZZ Metalowcy und dem Metall-Sekretariat der NSZZ-Solidarność – auch eingeräumt werden, dass ein Wandel im Denken noch nicht gleichbedeutend ist mit praktischen Änderungen in der Politik.

Auch in anderen Ländern und Regionen wächst auf Seiten von Gewerkschaften und Politik die Erkenntnis, dass eine Revitalisierung von aktiver Industrie- und Dienstleistungspolitik überfällig ist – nicht zuletzt im Kontext des ökologischen Umbaus. Die Metallgewerkschaften Deutschlands und Polens wollen gemeinsame Vorstellungen entwickeln, denn in der Konkurrenz der Standorte „dürfen wir Gewerkschaften uns nicht gegeneinander ausspielen lassen“, hob der Leiter des IG-Metall-Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen, Olivier Höbel, den selbst gesetzten Anspruch hervor.

Um zukunftsfähige Wirtschaftspolitik mit guter Arbeit in Einklang zu bringen, werden auch im gemeinsam von ver.di und der FES getragenen Arbeitskreis Dienstleistungen neue Konzepte entwickelt. Schließlich ist ein zukunftsfähiger privater Industriesektor auf verlässliche und hochwertige Dienstleistungen angewiesen, die in vielen Bereichen wie Infrastruktur, Sicherheit oder Verwaltung in öffentlicher Verantwortung liegen.

„Es darf europaweit nicht länger darum gehen, gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen als möglichst zu minimierenden Kostenfaktor zu betrachten“, so Isabelle Schömann vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut ETUI im Rahmen eines Expertengesprächs. Es gehe also nicht um die Frage, ob man sich die gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen „leisten“ kann, sondern um die Frage, wie Ressourcen so verteilt werden können, dass daraus spürbare Wohlfühl-Effekte für viele und nicht nur hohe Gewinne für wenige folgen.

HARALD WIEDENHOFER, GENERALSEKRETÄR EFFAT (EUROPEAN FEDERATION FOR FOOD, AGRICULTURE AND TOURISM):

„Unsere politische Interessenvertretungsarbeit als Gewerkschaften muss immer zweigleisig erfolgen: Einerseits müssen wir als europäischer Verband auf EU-Ebene mit einer Stimme sprechen. andererseits ist es unverzichtbar, dass die nationalen Mitgliedsgewerkschaften die gemeinsamen Positionen teilen und parallel ihre nationalen Regierungen und Mitglieder im europäischen Parlament bearbeiten. Die FES sorgt dafür, dass Gewerkschaften in neuen EU-Ländern und Kandidatenländern durch Qualifizierungsmaßnahmen und Organisationsentwicklungsprojekte gestärkt werden. Wenn es die FES nicht gäbe, täte dies niemand.“

ÜBER LÄNDERGRENZEN HINWEG

Zum zwölften Mal in Folge tagte Ende Juni 2013 das „Deutsch-Britische Gewerkschaftsforum“, diesmal zum Thema „Wachstum in Europa wiedererlangen – Alternativen zu Austeritätsprogrammen“. Seit 2001 treffen sich auf Einladung der FES und der Hans-Böckler-Stiftung einmal pro Jahr Spitzengewerkschafter der beiden Länder, um aktuelle Lageeinschätzungen zu vergleichen und gemeinsame Handlungsspielräume auszuloten. In diesem Rahmen bekräftigte die **Generalsekretärin des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC, Frances O’Grady** (Bild), die Analyse des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, wonach die Politik in Europa zurzeit die „falschen Krisenkonzepte“



verfolge und damit unter anderem das starke Anwachsen der Ungleichheiten in Europa befeue. Die FES unterhält – oft in enger Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung – eine ganze Reihe von derartigen transnationalen, regelmäßigen Foren. Denn schon lange vor dem Ausbruch der Finanzkrise wurde immer deutlicher, dass die Internationalisierung von Betrieben und Wirtschaftsstrukturen für die Gewerkschaften insbesondere eines bedeutet: den verstärkten Zwang und Bedarf, sich über Ländergrenzen hinweg auszutauschen.

Konferenzserie

ALTERNATIVEN SIND MÖGLICH

WIRTSCHAFTSPOLITIK AUF BEIDEN SEITEN DES ATLANTIKS

Blickt man auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Debatten in Europa und den USA, muss man den Eindruck gewinnen, dass sich die Argumente und Politikansätze derjenigen durchsetzen konnten, die die Finanzkrise, die nachfolgende Rezession und die steigenden Schuldenberge zu verantworten haben. Die für viele Bürger plausible Argumentation lautet: Die Krise sei durch ausufernde Staatsausgaben ausgelöst worden, und wenn öffentliche Defizite abgebaut und die Finanzmärkte stabilisiert sind, wird sich die Konjunktur automatisch erholen. Diese Sicht stellt aber nicht nur Ursache und Wirkung der Krise und der öffentlichen Schuldenberge in vielen Ländern der Eurozone und den USA auf den Kopf. Sie geht auch von einem „wirtschaftszyklischen Automatismus“ aus, der sich nicht in der Realität widerspiegelt: Vier Jahre nach dem „offiziellen Ende“ der Rezession sind die USA weit von nachhaltigen Wachstumsraten oder einer umfassenden Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt entfernt. In Europa sieht die Lage noch dramatischer aus: Eine Rezession in weiten

Teilen der Eurozone, massive Arbeitslosigkeit gerade unter Jüngeren und steigende Einkommensunterschiede prägen das Bild. Gibt es dazu eine glaubwürdige Alternative? Welche Ideen gibt es für Vollbeschäftigung, für Löhne, die parallel zur Produktivität wachsen, und für verringerte soziale Ungleichheit? Oder anders ausgedrückt: Wie lässt sich Wohlstand, innerhalb und zwischen den Gesellschaften, gerecht verteilen?

Diese Frage stand im Zentrum einer Konferenzserie, die das Washingtoner Büro der FES gemeinsam mit dem US-Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO und der Hans-Böckler-Stiftung Anfang des Jahres organisierten. In zwei aufeinander aufbauenden Veranstaltungen in Washington DC und Berlin kamen progressive Politiker, Ökonomen und Gewerkschaftsvertreter zusammen, um wirtschaftspolitische Alternativen und ein vertieftes Verständnis für deren Umsetzbarkeit zu entwickeln.

Die von vielen progressiven US-Ökonomen favorisierte Wirtschaftspolitik setzt auf staatliche Konjunkturprogramme. Ihre plausible und von

Fakten untermauerte Argumentation lautet, dass öffentliche Ausgaben die wichtigste stabilisierende Rolle in der Krise gespielt hätten und auch heute spielen können. Laut des Congressional Budget Office, einer unabhängigen US-Behörde, die den Kongress durch Analysen in Haushalts- und Wirtschaftsfragen berät, ist der wirtschaftliche Multiplikationseffekt direkter Staatsausgaben viermal höher als Steuersenkungen für obere Einkommensbezieher. Einen wichtigen Baustein für die Verteilung von Wohlstand stellen faire

Arbeitsmärkte und Löhne dar. Einig waren sich US-Amerikaner und Europäer in ihrem Plädoyer für die Prinzipien von Solidarität und Fairness. Diese müssten die Pfeiler der Ökonomien sein. Dabei spielten staatliche Sicherungssysteme eine zentrale Rolle: Sie stabilisierten nicht nur in wirtschaftlichen Krisenzeiten, sondern sorgten auch für die Sicherheit, die Menschen brauchen, um privatwirtschaftlich aktiv zu sein und unternehmerische Risiken einzugehen.

SICH GEHÖR VERSCHAFFEN

Beratungen

GEWERKSCHAFTEN AUF DEM WEG ZU DEN G-20 GIPFELN

Es ist eine kleine Erfolgsgeschichte, die sich erzählen lässt – auch für die Friedrich-Ebert-Stiftung, die die Bemühungen des internationalen Gewerkschaftsbundes um Zulassung zu den G-20 Gipfeln unterstützt. Am Verhandlungstisch der Regierungschefs sitzen sie noch nicht. Seit den Staatengipfeln auch Vorbereitungstreffen der G-20-Arbeitsminister vorausgehen, sind aber auch die Sozialpartner an Bord.

Auf Einladung des russischen Gewerkschaftsdachverbandes FNPR, mit 22 Mio. Mitgliedern größter Mitgliedsverband des IGB, und des Moskauer Büros der FES trafen sich am 17. Juli die 20 nationalen Dachverbände sowie die internationalen Gewerkschaftsorganisationen (IGB, TUAC, GUFs) zur internen Beratung. Ihren Forderungs-

katalog legten sie tags darauf den Arbeitsministern vor. Noch können sich die Gewerkschaften nicht direkt Gehör auf dem Gipfel verschaffen, mit klar formulierten Standpunkten sind sie aber in den Verhandlungsvorrunden dabei.

Die Erfolgsgeschichte bleibt für die Gewerkschaften eine kleine – eine große wird sie kaum werden können. Die G-20 ist bisher über den Status eines Clubs nicht hinausgekommen. Die Gipfel haben keinen Rechtscharakter und können für ihre Mitglieder keine verpflichtenden Beschlüsse verfassen. Für Gewerkschaften bedeutet dies: Selbst wenn ihre Vorschläge Eingang fänden in die Abschlusscommuniqués der G-20-Gipfel – mit einem großen Umsetzungsdrang durch die Regierungschefs ist nicht zu rechnen.



SPD-Bundestagsfraktion, des Willy-Brandt-Hauses und des DGB im Rahmen einer Informationsreise ins Saarland und nach Straßburg intensiv diskutiert.

Wie funktioniert eine moderne, grenzüberschreitende Gewerkschaftszusammenarbeit? Wie können vor allem die Nachbarn Deutschland und Frankreich gemeinsam Lösungskonzepte entwickeln? Gemeinsam mit dem Europaabgeordneten aus Österreich Josef Weidenholzer und seinem deutschen Kollegen Jo Leinen wurden diese und andere Fragen mit Nachwuchskräften der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung, der

GUTE ARBEIT – WELTWEIT!

Globale Rahmenabkommen und Gewerkschaftliche Netzwerke

Den Wert des sozialen Dialogs betonen in Deutschland auch die Arbeitgeberverbände. Insbesondere im Kontext der Krise habe er sich als ein entscheidender Standortvorteil erwiesen. Umso beunruhigender ist es, dass eine Reihe deutscher Konzerne im Ausland wegen der Verletzung grundlegender Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in der Kritik stehen.

Wenn führende Konzerne das international verbürgte Recht auf gewerkschaftliche Organisationsfreiheit oder grundlegende Arbeitsstandards verletzen, dann sind davon nicht nur die Beschäftigten im jeweiligen Betrieb betroffen. Aufgrund des internationalen Standortwettbewerbs geraten durch das Unterlaufen von Arbeitsstandards an einigen Produktionsstandorten Arbeitnehmerrechte im gesamten globalen Produktionsnetzwerk unter Druck. Die Gewerkschaftsbewegung hat auf diese Herausforderung reagiert, indem ihre internationalen Branchenverbände (Global Union Federations, GUF) die Stärkung von Arbeitnehmerrechten in transnationalen Konzernen zu ihrem zentralen Arbeitsfeld gemacht haben.

Ihr wichtigstes Instrument ist dabei der Abschluss Globaler Rahmenabkommen (Global Framework Agreements, GFA). Hierbei handelt es sich um Abkommen zwischen der Konzernleitung und einer GUF über die arbeitsrechtlichen und sozialen Mindeststandards, die weltweit an allen Standorten des Unternehmens und in den Zulieferbeziehungen gelten sollen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt die Verhandlung

und Umsetzung von GFA seit ihrem Entstehen Ende der 1990er Jahre.

Damit GFA nicht nur auf dem Papier existieren, ist der Aufbau von gewerkschaftlichen Netzwerken in transnationalen Unternehmen notwendig. Aufgrund der arbeitsrechtlichen, politischen und sprachlich-kulturellen Unterschiede ist dieser Aufbau eine komplexe und ressourcenintensive Aufgabe.

Für die GUF erweist sich die FES hierbei als wertvoller Kooperationspartner. Dank ihrer gewerkschaftspolitischen Zugänge und Büros in knapp hundert Ländern verfügt die FES über die jeweils notwendige lokale Expertise. Gleichzeitig unterstützt sie über das Projekt Globale Gewerkschaftspolitik und ihre Regionalen Gewerkschaftsprojekte die Vernetzung über Ländergrenzen hinweg. Im Falle deutscher Unternehmen erweisen sich auch die engen Beziehungen zu den deutschen Gewerkschaften als zusätzliche Stärke: Die FES begleitet zudem die gewerkschaftsinterne Strategiediskussion zu GFA und transnationaler Netzwerkarbeit.

MEHR ZUM THEMA:

M. Fichter: „Arbeitsbeziehungen globalisieren: mit Rahmenabkommen auf Kurs gebracht“, FES-Perspektive 2012

Projekt Globale Gewerkschaftspolitik der FES: <http://www.fes.de/gewerkschaften/>



BERTHOLD HUBER, ERSTER VORSITZENDER DER IG METALL, ZUR BEDEUTUNG GLOBALER RAHMENABKOMMEN UND GEWERKSCHAFTLICHER NETZWERKARBEIT IN TRANSNATIONALEN UNTERNEHMEN:

„Die FES kann Gewerkschaften durch Schulungen, die mit der IG Metall oder anderen Gewerkschaften sowie den globalen Gewerkschaftsföderationen durchgeführt werden, aufbauen und fördern. Durch die Büros in verschiedenen Ländern kann die FES spezifische Landes-, Sprach- und kulturelle Kenntnisse einbringen, die bei uns Einzelgewerkschaften und den GUF in dem Maße nicht vorhanden sind. Das ist sehr nützlich. Die FES sollte uns bei der Organisation, Durchführung und Finanzierung von Netzwerktreffen unterstützen. Auch in Konzernen, die eine solche globale Arbeitnehmervertretung noch nicht anerkennen und fördern. Das ist leider die Mehrzahl der Konzerne.“



NOTWENDIGE VERFLECHTUNGEN

DIE REGIONALEN GEWERKSCHAFTSPROJEKTE DER FES

Klassische Handlungsfelder der Gewerkschaften werden zunehmend von politischen Entscheidungen, die auf regionaler oder globaler Ebene getroffen werden, beeinflusst. Entscheidungen mit weitreichenden Folgen für die Entwicklung von Arbeitsmarkt und Arbeitsstandards werden nicht mehr auf nationaler Ebene getroffen. Die Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) im Jahr 2006 bot einen Ansatzpunkt, kontinentale Gewerkschaftsstrukturen aufzubauen.

Inzwischen betreibt die FES je ein regionales Gewerkschaftsprojekt für Afrika (Johannesburg), für Lateinamerika (Montevideo) und für Asien (Singapur) sowie zwei für Europa (mit Sitzen in Belgrad und Warschau). Die immer bedeutender werdenden regionalen Strukturen der Globalen Gewerkschaftsföderationen (Global Union Fe-

derations) sind dabei systematisch in die Arbeit einbezogen.

Die regionale Gewerkschaftsarbeit in den (östlichen) Ländern Europas ist stark geprägt durch die räumliche Nähe und starke wirtschaftliche Verflechtung mit den Wirtschaften Deutschlands und der EU. Daraus ergeben sich die folgenden hauptsächlichen Arbeitsfelder:

- Unterstützung europäischer Betriebsräte und gewerkschaftlicher Netzwerke über Landesgrenzen hinweg;
- Förderung der arbeits- und sozialpolitischen Expertise durch Analysen, Strategieentwicklungen und Erfahrungsaustausch;
- Aufbau europapolitischer Kompetenzen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften.

ANALYSEN – DIALOGE – NETZWERKE

„Das Unternehmen plant, einen Standort zu schließen und die Produktion ins Ausland zu verlagern. Wir wissen nicht, mit welchen Gewerkschaften vor Ort wir darüber in einen Austausch treten können.“ Nicht selten erreichen solche Anfragen von deutschen und europäischen Betriebsräten und Gewerkschaften die FES. Die Globalisierung der Wirtschaft erfordert Kenntnisse über die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in anderen Ländern. Die FES bedient diesen Bedarf in systematischer Form. Eine Liste von **LÄNDERGEWERKSCHAFTSANALYSEN** unter: www.fes.de/gewerkschaften/publist-europa.php



Die EU-Verträge selbst setzen dem Binnenmarkt das Ziel einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt ausgerichtet ist. Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich ein **DIALOGPROGRAMM** für deutsche Fachleute aus Wissenschaft, Sozialpolitik und Gewerkschaften im FES Büro Brüssel mit der oft etwas anders gestalteten Praxis. Am Beispiel der Richtlinie für entsandte Arbeitnehmer in der EU wurde deutlich, dass die Gewerkschaften in Opposition gegenüber den Binnenmarktvorhaben stehen, solange es keine grundsätzliche Priorisierung sozialer Belange gibt.

Das „Central European Young Trade Unionist Network“ (CEYTUN) – ein von der Friedrich-Ebert-Stiftung initiiertes Projekt – bringt junge hauptamtliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Mitteleuropa zusammen, um ihren Gedankenaustausch vertiefen und konkrete Zusammenarbeit vereinbaren zu können. Die Mitglieder des **NETZWERKS** sind nicht älter als 40 Jahre und zeichnen sich durch ein ausgewiesenes Interesse an internationalen Themen aus.

Im Schwerpunktprojekt „Jugendarbeitslosigkeit in Europa“ wurden seit 2012 mehr als ein Dutzend **STUDIEN** und Publikationen erstellt: www.fes.de/lnk/youthunemployment



ANALYSEN – DIALOGE – NETZWERKE

Immer geringere Mitgliederzahlen bei allen Gewerkschaften der Ostseeregion und fehlende internationale Abstimmung ließen seit Jahren auch die Kraft schwinden, den Zumutungen von Arbeitgebern in der Region – etwa dem Lohndumping finnischer Firmen in Estland – etwas entgegenzusetzen. Anstatt sich dem Schicksal zu ergeben, gründeten zunächst drei estnische Branchengewerkschaften die „Baltic Organising Academy“ (BOA) – unter anderem mit Unterstützung der FES. Anfang 2012 wurde begonnen, **ERFAHRUNGEN, NEUE STRATEGIEN UND BEST-PRACTICE-PROJEKTE** aus der ganzen Welt zusammenzutragen. In der BOA arbeiten heute 32 Organisationen aus Estland, Litauen, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland und Deutschland in einem Projekt zusammen.

In Madrid fand Anfang Juli mit Unterstützung der FES die Auftaktveranstaltung des **INDUSTRIEPOLITISCHEN DIALOGS** der IG Metall mit den Branchengewerkschaften der beiden größten spanischen Dachverbände, der MCA-UGT und der FI-CCOO, statt. Unter Beteiligung mehrerer Vorstandsmitglieder wurde vereinbart, Themen wie zum Beispiel die Entwicklung eines zukunftsfähigen Energiesektors, Fragen der nachhaltigen Mobilität sowie Luft- und Raumfahrttechnik enger abzustimmen.

Mit den „Stuttgarter Mittagsgesprächen“ ist es dem Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg gelungen, den **DIALOG** zwischen Gewerkschaften und Politik in Baden-Württemberg zu intensivieren und zentrale Anliegen von Arbeitnehmern im Lichte wissenschaftlicher Expertisen zu thematisieren. Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Gewerkschafter/innen, Wissenschaftler/innen, Berater aus Landtag und Regierung sowie Vertreter/innen von Kirchen und Zivilgesellschaft greifen dabei aktuelle sozial- und arbeitsmarktpolitische Themen auf.

„Auch die polnischen Gewerkschaften haben mit sinkenden Mitgliederzahlen zu kämpfen. Eine vielversprechende Antwort auf diese Herausforderung lautet „Organizing“. Aus diesem Grund lernten im Rahmen einer gemeinsamen **FORTBILDUNG** mit der Solidarność die Teilnehmer des Seminars „Teambuilding und Teamführung“ Kommunikations- und Motivationstechniken zum Aufbau und der Leitung von Teams in der Gewerkschaftsarbeit kennen.

Aus Sicht des ehemaligen rechtsliberalen tschechischen Regierungschefs Petr Nečas ist die Sache klar: Arbeitslosigkeit, egal ob von Alt oder Jung, ist in erster Linie ein individuelles Problem. Ihre Bewältigung übernimmt der Markt, nicht die Politik. Mit dieser Haltung steht er nicht allein im konservativen Lager. Mit Unterstützung der FES hat der tschechische Gewerkschaftsdachverband CM-KOS deshalb begonnen, die **BEKÄMPFUNG DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT** und Reformen des Bildungssystems hoch auf die Agenda zu setzen.

Runde Tische

GEGENSÄTZE ZUSAMMENGEBRACHT

FORTSCHRITTE IM SOZIALEN DIALOG AUF DEM BALKAN

In der Wirtschaftskrise seit 2009 sind allein im Westbalkan 800.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Arbeitslosigkeit ist auf rund 30 Prozent angestiegen. Die Hälfte der jungen Leute findet keine Arbeit. Im Glauben, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Länder schnell steigern zu können, sind die meisten Regierungen dazu übergegangen, den Arbeitsmarkt durch die Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse zu flexibilisieren und durch die Schwächung tarifpolitischer Bedingungen die Lohnentwicklung zu bremsen.

Seit 2010 ist es dem FES-Regionalprojekt für Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog in Südosteuropa in Partnerschaft mit den Arbeitsministerien und dem Regional Cooperation Council (RCC) gelungen, die Sozialpartner und die Arbeitsministerien an einen Tisch zu bringen. Die Runden Tische der Arbeitsministerien und der FES haben in Serbien begonnen. Weitere Stationen waren Montenegro und Bosnien-Herzegowina. An ihnen beteiligten sich regelmäßig Vertreter aus benachbarten Ländern.

KEINE NACHTEILE FÜR PATIENTEN UND PERSONAL

GEGEN PRIVATISIERUNG VON GESUNDHEITSDIENSTEN IN SÜDOSTEUROPA

„Gemeinsam für die öffentliche Gesundheitsversorgung!“ Unter diesem Motto stand am 22. April eine Gewerkschaftskampagne zur Verteidigung des öffentlichen Gesundheitswesens in Südosteuropa. Diese einzigartige Aktion hatten die Gesundheitsgewerkschaften Albanien, Bosnien-Herzegowinas, Bulgariens, des Kosovo, Mazedoniens, Montenegros, Rumäniens und Serbiens bei einem Treffen ihres regelmäßigen regionalen Arbeitskreises Ende März in Temesvar/Rumänien gefasst. Dieser Arbeitskreis trifft sich seit 2009 im Rahmen des gewerkschaftlichen Regionalprojekts für Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog in Südosteuropa der FES.

Auf Pressekonferenzen in den Hauptstädten der acht Länder wurde eine ausreichende und patientengerechte Gesundheitsversorgung in Südosteuropa gefordert. Weiteren Privatisierungen von Gesundheitsdiensten, die in der Region in unterschiedlicher Form und Intensität voranschreiten – in der Regel zulasten von Patienten und Personal – soll Einhalt geboten werden. Zur Verteidigung der Interessen

von Beschäftigten im Gesundheitssektor und zur Sicherung einer bestmöglichen medizinischen Versorgung haben zahlreiche Gesundheitsgewerkschaften Südosteuropas eine Charta der Solidarität verabschiedet, um gegen die Abschaffung oder Beschränkungen der bestehenden Arbeitnehmerrechte Widerstand zu leisten.

Solidarität erfahren die Gesundheitsgewerkschaften Südosteuropas auch von der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di. Unter anderem berichtete Herbert Weisbrod-Frey, Bereichsleiter Gesundheitspolitik beim Bundesvorstand, über die ver.di-Kampagne im Jahr 2012 „Der Druck muss raus!“ zum Arbeits- und Gesundheitsschutz und zur Ausbildungsqualität an den Krankenhäusern.



IMPULSE FÜR MEHR EFFIZIENZ

FORTBILDUNG FÜR INDUSTRIEGEWERKSCHAFTEN IN DER UKRAINE

Die Ukraine verfügt über ein erhebliches Potenzial für Energie- und Effizienzsteigerungsmaßnahmen, die langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken und das Land unabhängig von Energieimporten machen könnten.

Es liegt also im unmittelbaren Interesse auch der Gewerkschaften, sich mit der überfälligen Modernisierung der Industriearbeitsplätze, technologischen Innovationen für mehr Effizienz und zukunftsfähiger Arbeit zu beschäftigen. Mit Unterstützung der FES-Kiew und Experten aus NGOs haben sich daher vor allem die Industriegewerkschaften den Themen „Nachhaltige Modernisierung, Innovationen und sichere Arbeitsplätze“ zugewandt.

Nach fünf Seminaren in den großen Industriestädten im Südosten fand im Juni auch die erste mehrtägige „grüne Sommerschule“ mit Teilnehmern vor allem aus den Industriegewerkschaften (Auto- und Maschinenbau, Metallurgie, Chemie- und Energiewirtschaft) statt. An konkreten Beispielen, wo die ressourcenintensive Produktion optimiert werden kann, fehlte es den Praktikern aus den Gewerkschaften nicht: Wasserkreislauf, Luftfilter, Abfallaufbereitung, Energieeinsparung, umweltfreundlicher Verkehr, Pestizidvermeidung.

Sichere Arbeitsplätze und faire Löhne, da waren sich am Schluss alle einig, haben auch in der ukrainischen Industrie viel mit Ressourcen- und Energieeffizienz zu tun.

RECHTE ZURÜCKEROBERN

GEORGISCHE GEWERKSCHAFTEN ALS MITGESTALTER DER POLITIK

Unterdrückung, Kündigungen, finanzielle Austrocknung und die Bildung von Scheingewerkschaften – das waren die Probleme, mit denen die freien georgischen Gewerkschaften in den letzten Jahren zu kämpfen hatten. Die Regierung unter Präsident Saakashvili hatte seit Amtsantritt 2003 nicht nur die Wirtschaft vollständig dereguliert, sondern auch ein Arbeitsgesetz eingeführt, das den völligen Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten bedeutete.



So musste der Georgische Gewerkschaftsdachverband (GTUC), der zu den wenigen Gewerkschaftsverbänden in postsowjetischen Ländern gehört, die sich weitgehend von ihrer sowjetischen Vergangenheit befreien und personell erneuern konnten, ums Überleben kämpfen. Viele Mitglieder verließen aus Angst um ihren Arbeitsplatz die Gewerkschaften. Seitdem baute das Regionalbüro Südkaukasus der FES seine Un-

terstützung von Gewerkschaften in Form von gemeinsamen Projekten aus. Neben Trainings und Seminaren wird in einer jährlichen Konferenz die Lage der Arbeitsbeziehungen beleuchtet. Ein zweijähriges EU-Projekt zu dem Thema band neben Arbeitnehmervertretern auch einen der georgischen Arbeitgeberverbände ein.

Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2012, bei denen das Oppositionsbündnis „Georgischer Traum“ die Mehrheit gewann, zeichnet sich eine größere Offenheit und Transparenz der Regierung des neuen Premierministers Bidzina Ivanishvili ab. Dies äußert sich auch darin, dass zivilgesellschaftliche Organisationen zu konkreten Gesetzgebungsprozessen konsultiert werden. Dies beinhaltet auch eine neue Chance für die Gewerkschaften. Um sie bei dem Übergang heraus aus einer defensiven Haltung,

hinein in die Rolle eines aktiven Mitgestalters zu unterstützen, wurde nach einem Treffen des GTUC-Vorsitzenden Irakli Petriashvili mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer ein Beratungsprojekt aus der Taufe gehoben. Es hat das Ziel, den GTUC mit Unterstützung der FES in Seminaren und Workshops beim Wiederaufbau und der Wahrnehmung ihrer neuen Rolle zu begleiten. Hanjo Lucassen wurde mit der Koordination des Projektes beauftragt. Er hat Anfang der 1990er Jahre den DGB in Sachsen mit aufgebaut und ihm fast 20 Jahre vorgesessen. Nicht nur mit den Gewerkschaften, sondern auch mit Parlaments- und Regierungsvertretern diskutierten Lucassen und der von der FES eingeladene Staatssekretär a.D. und MdB Klaus Brandner.

Wie gut die Gewerkschaften der neuen Rolle gewachsen sind, mussten sie bei der Novelle des geltenden Arbeitsgesetzes beweisen. Die Regierung war mit dem Versprechen, Arbeitnehmerrechte zu stärken, in den Wahlkampf gezogen. Tatsächlich nahm sie das Projekt Anfang des Jahres in Angriff und lud neben Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden auch die Gewerkschaften zu Konsultationen ein. Schließlich wurde im Juni ein Arbeitsgesetz verabschiedet, das allerdings hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurückgeblieben ist.

Kurz notiert

RECHTSBERATUNG FÜR ÖLARBEITER

Öl ist die Haupteinnahmequelle Aserbaidschans und Grundlage für den relativen Reichtum des Landes. Trotzdem arbeiten die Beschäftigten in dieser Branche oft unter sehr schlechten Bedingungen und zu niedrigen Gehältern. Die Gewerkschaften sind nach wie vor eng an die Regierung gebunden und können daher ihre Funktion als Interessenvertretung kaum wahrnehmen. Die einzige freie Gewerkschaft im Energiesektor wurde wegen ihrer offenen Kritik an den Arbeitsbedingungen in der Ölindustrie verboten. Sie führt jedoch ihre Arbeit als Nichtregierungsorganisation mit dem Namen „Oil Workers Rights Protection League“ weiter. Die FES in Baku ist zurzeit an einem Projekt zu Rechtsberatung und Rechtsbeistand für Ölarbeiter beteiligt.

RAUM FÜR IDEEN

NACHWUCHSFÖRDERUNG UND TARIFPOLITIK IN ARMENIEN

Obwohl Armeniens Gewerkschaften über 200.000 Mitglieder haben, trauen sich nur wenige, auch ihre Rechte einzufordern. Der armenische Gewerkschaftsdachverband, der 24 Branchengewerkschaften vereint, hat noch immer mit seinem sowjetischen Erbe zu kämpfen und steht oft der Unternehmensleitung näher als den Beschäftigten. Seit 2011 arbeitet die FES in Armenien verstärkt mit den Gewerkschaften zusammen mit dem Ziel, sie bei der Entwicklung hin zu klassischen Interessenvertretungen zu unterstützen. Dank einiger Beratungsprojekte zu Tarifverhandlungen konnten mittlerweile in vier landwirtschaftlichen Betrieben Kollektivverträge abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurden zum ersten Mal verständliche Handbücher über Gewerkschaften und den Arbeitsschutz pu-

bliziert. Unter anderem durch diesen Strauß an Aktivitäten werden die Gewerkschaften seit einiger Zeit überhaupt wieder in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Daneben lässt sich in Armenien in den letzten Jahren ein wachsendes Interesse an politischen und sozialen Entwicklungen unter jungen Leuten beobachten. Um ihnen einen Raum zu geben, ihre Ideen weiterzuentwickeln, hat die FES zusammen mit dem Forum for 21st Century Leaders das erste Youth Social Forum organisiert, in dem 300 Jugendliche zusammenkamen. Das Forum startete mit einem „Solidaritätscafé“, bei dem deutlich wurde, dass die Anwesenden bereit sind, sich für Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität einzusetzen.

VON DEN FESSELN GELÖST

GEWERKSCHAFTSARBEIT DER FES NACH DEM ARABISCHEN FRÜHLING

„Würde und Brot!“ war eine der zentralen Forderungen der tunesischen Protestbewegung, die später zu einer friedlichen Revolution wurde. Den Menschen ging es von Anfang an sowohl um soziale als auch um politische Veränderungen. Dabei spielte der tunesische Gewerkschaftsdachverband UGTT (Union Générale Tunisienne du Travail) eine wichtige Rolle. Zunächst waren es zwar auch UGTT-Entscheider, die einen zu weit reichenden Umsturz vermeiden wollten, schnell lösten sich aber im ganzen Land Mitglieder und Aktivisten der UGTT von dieser Linie und trugen die Revolution entschieden mit.

Die politischen Veränderungen des Jahres 2011 haben sich ihrerseits massiv auf die Gewerkschaftsbewegung ausgewirkt: Gelöst von den Fesseln des alten Regimes konnte sie wieder an ihre traditionelle Rolle als zentrale politische Kraft des Landes anknüpfen. Als echtes Sprachrohr der abhängig Beschäftigten wurde sie so attraktiv, dass sie innerhalb kürzester Zeit ihren Mitgliederbestand um 50 Prozent erhöhen konnte. Die Überführung sozialpolitischer Forderungen aus der revolutionären Phase in den geregelten Sozialdialog, die Schaffung von Beschäftigung und die Reduzierung insbesondere der Jugend-

und Akademikerarbeitslosigkeit sind die großen Herausforderungen, mit denen sich die Gewerkschaften auseinandersetzen müssen.

Die UGTT ist eine der ältesten genuinen Gewerkschaften im arabischen Raum und zweifellos die größte zivilgesellschaftliche Organisation in Tunesien. Gegründet im Jahre 1946, hat sie in der jüngeren Geschichte Tunesiens immer auch eine wichtige politische Rolle gespielt. Die FES unterstützt die UGTT mit kleineren Unterbrechungen seit Mitte der 1960er Jahre. Eine langfristige, vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit ließ die UGTT zum wichtigsten Partner der FES in Tunesien werden.

LIBYSCH-TUNESISCHE BEGEGNUNG

Siebzehn Vertreterinnen und Vertreter des libyschen Gewerkschaftsverbands nahmen an einer von der FES mit dem tunesischen Gewerkschaftsverband UGTT organisierten Weiterbildung in Hammamet teil. Im Dialog mit den tunesischen Gewerkschaftern wurden dabei Ansätze zur Übernahme internationaler Standards von gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechten entwickelt.

GANZ UNTEN

NIGERIAS INFORMELLER SEKTOR

Es wird gehämmert, geschweißt und geschraubt: Im „Apo Mechanic Village“ am Rande Abujas zeigt sich, wie Nigerias informeller Sektor schuftet. Hunderte Automechaniker haben hier ihre Werkstätten aufgebaut. Oft dient als Materiallager nicht mehr als ein umgebauter Schiffscontainer. Das „Dorf“ selbst ist nach Automarken unterteilt, und es gibt kaum ein Ersatzteil, das sich hier nicht finden lässt. Man arbeitet im Freien, bei kaum erträglicher Hitze.

Was auf den ersten Blick chaotisch aussieht, ist jedoch strikt organisiert: Wer im Mechanic Village arbeitet, ist Mitglied der landesweit organisierten „National Association of Automobile Technicians“ (NATA), dem Zusammenschluss informeller nigerianischer Automechaniker. In Kooperation mit der FES führt die Automobile Technician Association (NATA) für ihre Mitglieder Seminare zum Arbeitsschutz durch und setzt sich bei der Regierung für günstige Kredite und staatliche Unterstützung ein. Die Gruppe versteht sich als Gewerkschaft und pflegt eine gewerkschaftliche Kultur, erinnert in Teilen aber auch an einen Berufsverband – oder an eine mittelalterliche Gilde. Das ist typisch für Nigerias in-

formellen Sektor, der einen signifikanten Teil der Wirtschaftsaktivitäten im Land repräsentiert.

Insbesondere seit dem Zusammenbruch der produzierenden Industrien und der alleinigen Konzentration auf die Ölförderung sind viele Arbeitnehmer in den informellen Sektor abgedrängt worden. Sie verdingen sich als einfache Handwerker, als Hausangestellte, Verkäufer oder Näherinnen – meist ohne soziale Sicherung und ohne Arbeitsrechte. Auch aus diesem Grund schließen sich immer mehr informelle Arbeiter/innen zusammen: So wurde im Jahr 2010 mit Unterstützung der FES ein Dachverband informeller Gruppen gegründet: Die Federation of Informal Workers Associations of Nigeria (FIWON).

Aber noch sind viele Fragen nicht geklärt: Welche gemeinsamen Interessen bestehen zwischen Arbeitnehmer/innen im formellen und solchen im informellen Sektor? Wie lassen sich gemeinsame Interessen – etwa im Bereich soziale Sicherung – effektiv vertreten?

Die Friedrich-Ebert-Stiftung begleitet die Debatten, vernetzt Akteure und unterstützt bei der Suche nach Lösungen.

ISOLIERUNGEN ÜBERWINDEN

FES-INITIATIVE FÜR AFRIKAS GEWERKSCHAFTEN

Südafrikanische multinationale Unternehmen – vor allem Handelsunternehmen, Baufirmen, Hotelketten und Bergbaukonzerne – erreichen



immer größere Marktanteile und treten verstärkt als Investoren auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch global auf. Zur Sicherung und Steigerung ihrer Gewinne wenden diese nur die minimalen, oft unzulänglichen Arbeits- und Sozialstandards an, die ihnen von den nationalen Arbeitsgesetzen der Länder, in denen sie tätig sind, vorgegeben werden. In vielen Ländern des Kontinents sind die gewerkschaftlichen Organisationen nur unzureichend auf diese Entwicklungen vorbereitet. Sie agieren oft isoliert und wissen nicht, dass in ihrem Nachbarland das gleiche Unternehmen tätig ist.

Zur Verbesserung der Koordination und Kommunikation hat das FES-Kompetenzzentrum „Gewerkschaften Afrika“ in Johannesburg verschiedene Projekte in Zusammenarbeit mit den Regionalbüros der globalen Gewerkschaft-

Multinationale Handelsketten in Afrika: Angestellte setzen gemeinsam ihre Rechte durch

ten (UNI, IndustriALL) ins Leben gerufen. So entstanden fünf regionale, kontinentale und globale gewerkschaftliche Netzwerke und Arbeitnehmervertretungen in den Konzernen Shoprite, Pick'n'Pay, Massmart/Walmart (Einzelhandel), AngloGold Ashanti und Rio Tinto (Bergbau) sowie eines für den Energiesektor.

Durch die Initiative der FES wurde 2010 ein globales Rahmenabkommen zwischen UNI (Global Union) und dem Shoprite-Konzern (afrikaweit 100 000 Beschäftigte) abgeschlossen, das die Kernarbeitsnormen und die Sicherung von Beteiligungsrechten in allen Ländern, in denen der Konzern tätig ist, garantiert.

DER WEG ZUR ANERKENNUNG

REGIONALE GEWERKSCHAFTSSTRUKTUREN IN ASIEN ALS ZIEL

Gewerkschaften haben in den meisten asiatischen Ländern einen sehr schweren Stand: Als unabhängige Arbeitnehmervertretung sind sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – weder bei Arbeitgebern noch bei Regierungen als Gesprächspartner auf Augenhöhe akzeptiert. Zudem ist die Gewerkschaftslandschaft extrem heterogen und bewegt sich zwischen den Polen von extremer Zersplitterung, Politisierung sowie der Dominanz einer (Staats-)Gewerkschaft.

Als positives Beispiel zeigt sich der langjährige FES-Partner ASEAN Services Employees Trade Union Council (ASETUC), ein Zusammenschluss von Dienstleistungsgewerkschaften im Verband südostasiatischer Staaten (ASEAN). Er hat es geschafft, durch gemeinsamen Druck auf die Regierungen einen regionalen sozialen Dialog im Dienstleistungssektor zu initiieren. Da ASEAN 2015 zu einem gemeinsamen Markt zusammenwachsen wird, existiert mit ASETUC bereits eine regionale Gewerkschaftsstruktur, die auf dem Weg ist, eine anerkannte Vertretung von Arbeitnehmerinteressen zu werden.

In ihrer regionalen Gewerkschaftsarbeit mit der Internationalen Dienstleistungsgewerkschaft Public Services International (PSI) zielt die FES auf eine stärkere Berücksichtigung von internationalen Arbeitsstandards in den Projekten der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB). Erfolge sind bereits erkennbar: Ein ständiger Dialog wurde etabliert.

ZUVIEL ERFOLG?

SOZIALPOLITISCHER EINFLUSS DER GEWERKSCHAFTEN IN INDONESIA

Krankenversicherung für alle, kräftige Mindestloohnerhöhungen, Leiharbeit nur noch in einigen wenigen Bereichen – klingt zu gut, um wahr zu sein? In Indonesien haben Gewerkschaften mit vereinten Kräften für diese Ziele gekämpft und Regierung sowie Arbeitgeber wichtige Zugeständnisse abgetrotzt. In dem mit 240 Millionen Menschen viertgrößten Land der Welt haben sich in den letzten Jahren einige moderne Gewerkschaften entwickelt, die den Blick nicht nur auf die Betriebs-, sondern auch auf die gesellschaftspolitische Ebene richten und auf arbeits- und sozialpolitische Entscheidungen Einfluss nehmen. Der Kitt, der die zersplitterte Arbeiterbewegung zusammenhält, besteht aus kompetenten Führungspersönlichkeiten, gemeinsamen Themen und gemeinsamen Erfolgen. Den Anfang bildete die von der FES unterstützte Kam-

pagne eines breit angelegten gewerkschaftlichen Aktionsbündnisses für ein universelles System sozialer Sicherung. Unter großem öffentlichem Druck musste sich die Regierung schließlich dazu verpflichten, das mangelhafte Sozialversicherungssystem zu reformieren. Die Erfahrung, dass ein gemeinsames Eintreten aller Gewerkschaften zu konkreten Verbesserungen für alle Arbeitnehmer führen kann, wirkte wie ein Katalysator für weitere Annäherungen und Kooperationen zwischen den großen Dachverbänden. Die FES hat den Wandel durch die gezielte Förderung progressiver Führungskräfte in den Reihen der Gewerkschaften unterstützt, Koordinationsbemühungen erleichtert und die neuen Entwicklungen methodisch und inhaltlich begleitet. Mit guten Argumenten ausgestattet, gelang es einigen Gewerkschaftsführern nicht

Kampagne

mehr nur als „trouble maker“, sondern als ernst zu nehmender Verhandlungspartner wahrgenommen zu werden. Bedauerlicherweise scheint die indonesische Regierung in der gewachsenen Stärke der Gewerkschaften eher eine Gefahr zu

sehen und unterbindet deshalb die Möglichkeiten internationaler Unterstützung. So ist es der FES unter ihrem neuen Regierungsabkommen nicht mehr erlaubt, mit Gewerkschaften zu kooperieren.

Neue FES-
Vertretung

GROSSER BERATUNGSBEDARF

GEWERKSCHAFTEN IN BANGLADESCH NOCH SCHWACH

Der Einsturz eines neunstöckigen Gebäudes nahe der Hauptstadt Dhaka am 24. April 2013, in dem fünf Fabriken Bekleidung für den Export produzierten, forderte mehr als 1.100 Todesopfer. Die Katastrophe verdeutlicht die Risiken einer im globalen Wettbewerb auf minimale Arbeitskosten ausgerichteten Textilindustrie, die in Bangladesch vier Millionen Menschen beschäftigt. Der mit monatlich 30 Euro niedrigste Mindestlohn weltweit hat Bangladesch nach China zum zweitgrößten Exporteur von Bekleidung gemacht. Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne werden von Gewerkschaften seit Jahren beklagt. Sie sind jedoch zu

schwach, gesetzlich marginalisiert und politisch zersplittert, um ihre Forderungen durchsetzen zu können. In keiner der von den jüngsten Katastrophen betroffenen Fabriken waren die Näherinnen gewerkschaftlich organisiert.

Die FES beginnt aktuell mit dem Aufbau eines eigenen Büros in Dhaka und der Entwicklung von Arbeitsrichtlinien zur Zusammenarbeit mit Gewerkschaften. Zwar gibt es massiven Bedarf an Beratungsleistungen im Bereich der Gewerkschaftsarbeit, die Zusammenarbeit ausländischer Organisationen mit Gewerkschaften wird von vielen Politikern aber gegenwärtig noch eher kritisch gesehen.

Konsultations-
programme

ERFOLGE FÜR TAUSENDE

INTERESSENVERTRETUNG IN PAKISTANISCHEN ZIEGELFABRIKEN

Im Punjab, der bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich wie politisch bedeutsamsten Provinz Pakistans, arbeiten schätzungsweise 300.000 Beschäftigte in 15.000 Ziegelfabriken. Nicht selten werden die Arbeitsbedingungen dort als moderne Form der Sklaverei bezeichnet. In der Regel wohnen ganze Familien direkt an oder in

der Ziegelfabrik, Miete und Verpflegungsgelder werden direkt vom ohnehin sehr niedrigen Lohn abgezogen. So entstehen quasi feudale Abhängigkeitsverhältnisse, die für weite Teile des ländlichen Pakistans bis heute prägend sind.

Gemeinsam mit der Bonded Labor Liberation Front hat die FES-Pakistan über Jahre hinweg

Konsultationsprogramme mit Arbeitern in Ziegelfabriken sowie Sensibilisierungskampagnen im Punjab organisiert. Anfang 2013 gelang den Vertretern von Ziegelfabrikarbeitern ein wichtiger Durchbruch: Tausende Arbeiter wurden erstmals registriert und haben somit Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung und formelle Arbeitsrechte; außerdem wurden die Organisationen offiziell als Gewerkschaften anerkannt. Viele der Arbeiter besaßen vorher keine gültigen Personalausweise und durften somit nach



Organisiert gegen
Abhängigkeit: Ge-
werkschafter errei-
ten Anerkennung

der Registrierung im Mai 2013 das erste Mal bei den Parlamentswahlen ihre Stimme abgeben. Im Zuge der politischen Aufmerksamkeit vor den

Wahlen wurden dann auch die Mindestabnahmepreise für Ziegel von der Provinzregierung erhöht.

VÖLLIG NEUE ERFAHRUNGEN

NEUBEGINN IN MYANMARS UMBRUCHPHASE

Im Zuge des politischen Reformprozesses hat das Parlament Myanmars ein Gesetz verabschiedet, das erstmals seit der Machtübernahme des Militärs im Jahr 1962 die Gründung von Gewerkschaften ermöglicht. Das Gesetz garantiert die Vereinigungsfreiheit sowie das Streikrecht und trat im April 2012 in Kraft. Seitdem wurden bereits mehr als 500 Gewerkschaften gegründet. Problematisch ist allerdings, dass es aufgrund des jahrzehntelangen Gewerkschaftsverbotes kaum Erfahrungen bei der Organisierung, dem Führen von Tarifverhandlungen oder dem Schlichten von Arbeitskonflikten gibt.

Bereits zwei Monate nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes organisierte die FES ein internationales Dialogforum zum Thema Arbeitsbeziehungen, an dem Gewerkschafter, Arbeitgeber und Regierungsvertreter aus Myanmar, anderen Ländern Asiens und Europa teilnahmen. Darüber hinaus führte die FES in Zusammenarbeit mit der ILO mehrere Seminare durch, in denen

Gewerkschafter und Arbeitgeber mit Konzepten des sozialpartnerschaftlichen Dialogs vertraut gemacht wurden.

Im April 2013 – ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes – richteten ILO und FES gemeinsam eine nationale Gewerkschaftskonferenz in Yangon aus, zu der erstmals in der Geschichte Myanmars alle registrierten Gewerkschaften des Landes eingeladen wurden. Mit fast 700 Teilnehmern stieß die Konferenz sowohl in Myanmar als auch in der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf große Resonanz. Delegierte von fast 400 Gewerkschaften waren aufgerufen, einen Repräsentanten zu wählen, der die Arbeitnehmerseite auf der ILO-Jahrestagung in Genf vertreten sollte. Für viele Teilnehmer war dies eine völlig neue Erfahrung: Nach fast 50 Jahren Militärdiktatur konnten sie zum ersten Mal an einer demokratischen Wahl teilnehmen.

Dialogforum

RUNDER GEBURTSTAG

DER BRASILIANISCHE GEWERKSCHAFTSDACHVERBAND CUT WIRD 30!

Angefangen hatte es mit den Arbeitskämpfen Ende der 70er Jahre in der Industrieregion São Paulo, als die Militärs und ihr Regime an Boden zu verlieren begannen. Eine neue, mutige Gewerkschaftsbewegung keimte in den Fabriken, prangerte Lohndrückerei, schlechte Arbeitsbedingungen und Repressionen an. Der novo sindicalismo forderte das Ende der Diktatur und die Demokratisierung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. 1981 mobilisierte er die Bewegung für die erste nationale Konferenz der Arbeiter in Brasilien (Conclat) und bildete zwei Jahre später die Basis für die Gründung des Dachverbandes Central Única dos Trabalhadores (CUT). Die FES, die damals in Brasilien noch als Forschungsinstitut ILDES bekannt war, unterstützte

die Arbeiterbewegungen mit internationalen Austauschprogrammen, Beratung in Wirtschafts- und Organisationspolitik sowie bei der Ausformulierung der gewerkschaftlichen Programmatik. Mit dem arbeiternahen Institut DIEESE wurde beispielsweise ein Tarifvertrags- und Arbeitskämpfarchiv entwickelt.

In den 90er Jahren wurden zwar von der demokratischen Opposition die Redemokratisierung, eine verfassungsgebende Versammlung und die ersten freien Wahlen erstritten; die Wirtschaft befand sich jedoch in einem desolaten Zustand. Die konservative Regierung Collor reagierte darauf mit liberalen Strukturanpassungen. Für die CUT hieß das: Konzentration auf Arbeitsplatzverlust sowie die Stärkung von Koalitionen mit so-

Jubiläum

zialen Bewegungen. Die Stiftung arbeitete in dieser Zeit eng mit dem Gewerkschaftsdachverband zusammen, um Politikvorschläge zu diskutieren und innergewerkschaftliche Demokratie sowie den Erfahrungsaustausch mit linken Kräften zu fördern. Auch der Süd-Süd-Dialog mit anderen Gewerkschaften, wie der südafrikanischen COSATU und der südkoreanischen KCTU, waren bereits Bestandteil der Kooperation mit der FES.

Die Wahl des PT-Kandidaten Luiz Inácio Lula da Silva zum Präsidenten brachte im Jahr 2002 schließlich den lang ersehnten politischen Wandel. Die CUT war nicht nur eine starke Kraft im

Wahlkampf, sondern gab auch wichtige Impulse für die Gestaltung der sozialpolitischen Programme. Allgemein verbesserte sich der Zugang zu politischen Entscheidungsträgern, die Anliegen der Arbeitnehmer/innen fanden plötzlich Gehör im Präsidentenpalast von Brasilia. Heute befindet sich die CUT in einem Spagat zwischen der Unterstützung wichtiger Reformpolitiken der Regierung und der konfrontativen Verfechtung gewerkschaftlicher Kernforderungen. Dank der langjährigen Allianzen ist der Verband allerdings gut dafür gerüstet, eine bedeutende Stimme der brasilianischen Politik zu bleiben.

Analyse

BÜNDNISPARTNER IN LATEINAMERIKA

ZUSAMMENSCHLUSS VON GEWERKSCHAFTLICHEN DACHVERBÄNDEN

Knapp 60 gewerkschaftliche Dachverbände aus 27 Ländern Lateinamerikas sind in der IGB-Regionalorganisation Confederacion Sindical de las/los Trabajadoras/es de las Américas (CSA) vereint und repräsentieren rund 50 Mio. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Die Gewerkschaftsorganisation hat sich schnell als wichtige Ideengeberin für ein alternatives Entwicklungsmodell erwiesen. Unterstützt durch die Friedrich-Ebert-

Stiftung, entwickeln die lateinamerikanischen Gewerkschaftsverbände eine differenzierte Analyse der Folgen der Globalisierung. Durch den Aufbau von länder-übergreifenden Strategien gegenüber multinationalen Unternehmen entstehen Netzwerke gemeinsamer Interessenvertretung zwischen Gewerkschaften und progressiven Parteien und Regierungen in Lateinamerika.

Wissensvermittlung

DAS SCHWEIGEN BRECHEN

MOBBING IN DER BOLIVIANISCHEN ARBEITSWELT

Wenn formelle Arbeit die Ausnahme darstellt, prekäre Arbeitsverhältnisse hingegen die Regel; wenn die absolute Armutsrate bei 20 Prozent der Bevölkerung liegt – wer wird denn gleich protestieren, wenn es auf dem Arbeitsplatz mal etwas ruppiger zugeht?

Im Gegensatz zu „harten“ Arbeitsbedingungen wie niedrige Gehälter oder die Anzahl der Arbeitsstunden ist das Problem „Mobbing“ ein „weiches“ – individualisiert, schwer festzustellen und zu definieren und noch schwerer zu verfolgen. Und: Es ist ein überwiegend weibliches

Problem.

Das Schweigen zu brechen, hat sich ein mit der Hilfe der FES in Bolivien gegründetes Netzwerk von Gewerkschafterinnen zum Ziel gesetzt. Die erlernten Politik- und Kommunikationsfähigkeiten flossen im vergangenen Jahr in die Entwicklung eines Politikvorschlages gegen Mobbing ein. Seit Mai dieses Jahres liegt das Dokument vor und beinhaltet einerseits die Forderung, „Mobbing“ gesetzlich als



Zunilda Valenziano, argentinische Gewerkschafterin der Unión Personal Civil de la Nación, arbeitet mit bolivianischen Gewerkschafterinnen zum Thema „Mobbing“.

Strafbestand zu verankern, und andererseits einen konkreten Vorschlag zur Änderung des allgemeinen Arbeitsrechts. Das Dokument fordert Maßnahmen der Sensibilisierung und Prävention, getragen von strategischen Allianzen von Regierung, Parlament, Gewerkschaften, Unter-

nehmern und der Internationalen Arbeitsorganisation. Besondere Verantwortung sehen die Autorinnen dabei bei „ihren“ Organisationen – wissend, dass ganz besonders die bolivianischen Gewerkschaften auf dem „Mobbing-Auge“ blind sind.

GENDERGERECHTE ARBEITSMÄRKTE

AKTIONSPLÄNE VON GEWERKSCHAFTERINNEN IN LATEINAMERIKA

Lateinamerikas Arbeitsmärkte weisen derzeit eine glänzende Bilanz vor. Noch nie war die urbane Arbeitslosigkeit geringer – nur 6,5 Prozent der Menschen sind ohne Arbeit – und noch nie zuvor waren mehr Frauen erwerbstätig. 60 Prozent der Lateinamerikanerinnen haben heute ihr eigenes Einkommen. Aber Frauen verdienen in allen Berufen deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Sie erhalten für die gleiche Tätigkeit durchschnittlich 17 Prozent weniger Lohn. Und sie schaffen nur selten den Aufstieg in Führungspositionen. Zudem arbeiten sie häufiger unter prekären Arbeitsbedingungen im informellen

Sektor. Gegen diese Benachteiligungen wollen die Gewerkschafterinnen amerikaweite Aktionspläne und Kampagnen starten, um sich für gendergerechte Arbeitsmärkte stark zu machen.

Dabei werden sie von der FES mit Seminaren, Publikationen und Beratungsangeboten bei der Entwicklung kontinentaler Arbeitsstrategien unterstützt. Auf einer regionalen FES-Konferenz in São Paulo wurde im Mai eine Strategie für mehr Einkommensgerechtigkeit erarbeitet, die im Rahmen der 2. Globalen Frauenkonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Oktober 2013 im Senegal präsentiert werden wird.

Strategie-
entwicklung

FAIRE SPIELE, FAIRE LÖHNE, FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN

GEWERKSCHAFTEN FORDERN PLAY FAIR IM BAUSEKTOR

Es sollte eine fulminante Generalprobe für die Fußball-Weltmeisterschaft 2014 werden: Am 15. Juni begann der Confederations Cup in Brasilien, doch nicht Jubel, sondern Pfeifkonzerte und Protestrufe übertönten die Festreden von Staatschefin Dilma Roussef und FIFA-Präsident Joseph Blatter im Stadion von Brasilia. Hunderttausende gingen auf die Straße, um gegen die 11,5 Milliarden Euro teure Fußball-WM, Steuerverschwendung und Korruption zu protestieren.

Großbauprojekte etwa versprechen lukrative Gewinne, und so häuften sich überall die „weißen Elefanten“ – Arenen, die nach der

Weltmeisterschaft kaum mehr Verwendung finden. Zwölf Stadien wurden allein für die WM projektiert, Flughäfen, Hotels und Straßen unter Hochdruck gebaut. Errichtet werden sie von rund 24.000 Arbeitern, die zumeist nicht auf faire Beschäftigungsverhältnisse hoffen dürfen. „Play Fair“ lautet daher die Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbunds IGB und



Weltweite
Kampagne

der Bau- und Holzarbeiterinternationale (BHI), denn internationale Arbeitsstandards sollen auch bei der Ausrichtung von großen Sportereignissen eingehalten werden. Ziele einer weltweiten Kampagne von BHI, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt wird, sind die Kontrolle der Arbeits- und Lohnbedingungen auf den Baustellen, die Sensibilisierung von Regierung und Öffentlichkeit und die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades in einem Sektor, der durch atypische Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist. Im Vorfeld der WM in Südafrika ins Leben gerufen und seitdem

in unterschiedlichen Gastgeberländern großer Sportereignisse umgesetzt, zeitigt die Kampagne Erfolge: Befeuert durch die öffentliche Aufmerksamkeit, die sie im Streben um faire Spiele und würdige Arbeitsbedingungen anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 erreichte, konnten die südafrikanischen Baugewerkschaften deutliche Mitgliederzuwächse verzeichnen und Lohnerhöhungen durchsetzen. In Polen und der Ukraine – Gastgeber der EM 2012 – wurden im Zuge der Kampagne die Arbeitsschutzmaßnahmen und Arbeitsbedingungen durch regelmäßige Inspektionen verbessert.

Projektbegleitung

HIN ZUM ENDE DER UNSICHERHEIT

VERBESSERUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN VON HAUSANGESTELLTEN

Sie kümmern sich um den Haushalt, helfen bei der Erziehung der Kinder und pflegen ältere Familienangehörige: Weltweit arbeiten nach aktuellen Angaben der ILO mehr als 52 Millionen Menschen als Hausangestellte. Etwa 80 Prozent von ihnen sind Frauen, sie werden häufig als die „modernen Sklavinnen“ bezeichnet. Zum einen kennen viele Hausangestellte ihre Rechte nicht, zum anderen gibt es keine klaren Arbeitsgesetze, oder aber sie sind von diesen Gesetzen ausdrücklich ausgeschlossen. Für ihre Arbeit erhalten Hausangestellte meist nur eine geringe oder gar keine Bezahlung und haben selten geregelte Arbeitszeiten.

Im Jahr 2011 hat die ILO das Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte verabschiedet. Die Konvention garantiert zentrale Arbeitnehmerrechte wie geregelte Arbeitszeiten, Urlaub und Sozialversicherung für

„Domestic Workers“ und wurde bis dato von acht Staaten, darunter Deutschland als einzigem europäischem Land, ratifiziert. Die FES hat nicht nur den Entstehungsprozess dieser Konvention in vielen ihrer nationalen, regionalen und globalen Projekte begleitet, sondern unterstützt zudem die stärkere Organisierung von Hausangestellten in Gewerkschaften und gewerkschaftsähnlichen Organisationen weltweit. Sie arbeitet mit einer Reihe von Partnerorganisationen daran, zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Hausangestellten beizutragen. Ein wichtiger Partner ist das International Domestic Workers Network (IDWN), welches Gewerkschaften und andere Organisationen bündelt, die sich weltweit für die Rechte von Hausangestellten einsetzen. Bis heute vereint das Netzwerk 70 Organisationen in etwa 35 Ländern.

ELIZABETH TANG, GRÜNDERIN UND INTERNATIONALE KOORDINATORIN DES IDWN:

„Hauptansatzpunkt des International Domestic Workers Network ist es, Hausangestellte auf allen Ebenen zu organisieren. Dazu arbeiten wir mit nationalen Organisationen zusammen, um Strategien und Aktionspläne zu entwickeln, die mehr Arbeiterinnen mobilisieren und leitende Angestellte trainieren sollen. Manchmal geschieht dies in Verbindung mit Kampagnen zur Konvention 189 oder zu nationalen Gesetzgebungsprozessen. Letztes Jahr haben wir mit Unterstützung der FES in Asien drei Studien in Nepal, Indonesien und den Philippinen durchgeführt. Die Ergebnisse bieten uns und den nationalen Organisationen eine gemeinsame Arbeitsbasis. Außerdem arbeiten wir an dem Aufbau einer globalen Organisation, sodass Hausangestellte gemeinsam agieren können.“



STRATEGIEÄNDERUNG

NEUREGELUNG DES ARBEITSRECHTS IN ECUADOR

Mit nur 2 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die gewerkschaftliche Organisation in Ecuador sehr schwach ausgeprägt. Der Wahlerfolg von Präsident Correa hat viele Gewerkschaftsvertreter in die Reihen des Regierungsbündnisses „Allianza País“ gebracht und so auch dazu beigetragen, dass arbeits- und sozialrechtliche Fragen als Teil einer Regierungsstrategie verankert wurden. Gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode (2013 bis 2017) hat die

Regierung eine neue Arbeitsgesetzgebung auf die Tagesordnung gesetzt, die für die Ausgestaltung der zukünftigen Arbeitsbeziehungen von entscheidender Bedeutung sein wird. Vor diesem Hintergrund hat die FES zusammen mit dem ecuadorianischen Gewerkschaftsdachverband CSE und der Universidad Central in der ersten Juniwoche 2013 in Quito ein internationales Forum über die Chancen der neuen Gesetzgebung organisiert.

DER GESCHICHTE EIN GESICHT GEBEN

GEWERKSCHAFTLICHE ZEITZEUGENGESPRÄCHE IM ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen die deutschen Gewerkschaften heute stehen, lohnt sich der Blick zurück in die Vergangenheit. Diesen Blick ermöglichen besondere Quellen des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) der FES. In einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt wurden 30 Gespräche mit ehemaligen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern der DGB-Einzelgewerkschaften und deren Vorläuferinnen der Jahrgänge 1928 bis 1948 aufgezeichnet. Die Videodokumentation lebensgeschichtlicher Erzählungen erlaubt es, die Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland nach 1945 neu zu justieren. Die ehemaligen Funktionärinnen und Funktionäre, die alle in besoldeter Position in Hauptvorständen und im DGB-Bundesvorstand tätig waren, sprechen über ihre individuelle Lebensgeschichte, ihre Herkunft und ihren Weg in die Gewerkschaft. Anschaulich und dicht werden Ereignisse, Themen, Erfolge und Niederlagen beschrieben.

Es treten Menschen hervor, die eins gemeinsam haben: Sie haben ihre berufliche Laufbahn und weite Teile ihres Privatlebens der Verbesserung der sozialen Verhältnisse in Deutschland und Europa gewidmet. Für Gespräche stellten sich der stellvertretende Vorsitzende der FES Dieter Schulte, die ehemalige stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer oder der ehemalige Vorsitzende der IG Metall Klaus Zwickel zur Verfügung.

Für die Forschung bietet die Auswertung der bis fünf Stunden langen Interviews nicht nur neues

Material zur Analyse gewerkschaftsgeschichtlicher Themen. Vielmehr erlaubt die Trennung in zwei Gesprächsteile – einen biografisch-narrativen Teil und einen diskursiven Frageteil – zahlreiche Aspekte gewerkschaftlichen Wirkens qualitativ zu erkunden. Längerfristige Prozesse wie der Strukturwandel von Arbeit, spezifische Themen wie die Wiedervereinigung können aus einer personenbezogenen Perspektive untersucht werden.

Die in hochauflösendem Format aufgezeichneten Erzählungen werden Anfang 2014 in einem Internetportal ausschnittsweise präsentiert. Der Inhalt des jeweiligen Gesprächs wird in der Datenbank des AdsD erschlossen und online zu recherchieren sein.

ARBEITERLIEDER NEU VERTONT

Für Puristen mag es ketzerisch sein, doch für andere ist es ein erfrischend neuer Zugang zu historischem Liedgut: Angeregt vom Fritz-Erlor-Forum Baden-Württemberg vertonen Studenten der PopAkademie Baden-Württemberg Arbeiter- und Protestlieder neu.

Die dabei entstandene CD mit den Titeln „Das Bundeslied“, „Die Internationale“, „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“, „Die Moorsoldaten“ sowie „By the riverside“, hat sich mittlerweile zu einem Publikumsrenner entwickelt.

Kontakt: info.stuttgart@fes.de



Video-
dokumentation

Kurz notiert

GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT / SOZIALE DEMOKRATIE

V O R D E N K E N

Meinungsforschung

WAS NICHTWÄHLER ÜBER POLITIK DENKEN

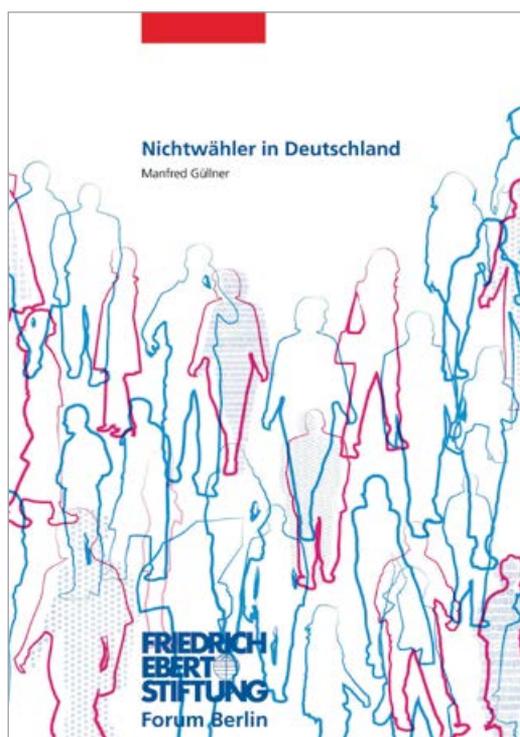
NEUE STUDIE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Wahlbeteiligung in Deutschland sinkt seit Jahren. Warum Bürgerinnen und Bürger der Wahl fernbleiben ist aber bislang kaum bekannt. Unklar ist deshalb auch, ob Wahlenthaltung als

ein Zeichen von Politikverdrossenheit oder sogar Demokratiemüdigkeit verstanden werden muss. In diese Wissenslücke stößt die aktuelle Studie „Nichtwähler in Deutschland“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Für die im Juni 2013 erschienene Studie hat das Meinungsforschungsinstitut forsa rund 3.500 Nichtwähler/innen der vergangenen fünf Bundestagswahlen befragt. Dabei zeigte sich, dass Nichtwähler nicht automatisch politikfern sind, sondern sich zu

61% für Politik interessieren, zu 77% Wahlen als hohes Gut betrachten und nur zu 32% meinen, durch die Stimmabgabe könne man nichts ändern.



Nicht jeder Nichtwähler bleibt allen Wahlen fern, sondern nur rund 14% haben als „Dauer-nichtwähler“ seit 1998 an keiner Bundestagswahl teilgenommen. Knapp die Hälfte der Befragten (46%) hat demgegenüber nur einmal nicht gewählt. Der Vergleich dieser Gruppen zeigt, dass wiederholte Nichtwahl durchaus zu Politikferne bis hin zur Demokratiedistanz führt: Je häufiger jemand nicht gewählt hat, desto unzufriedener ist er mit der Poli-

tik und umso kritischer sieht er die Demokratie. Unter den sogenannten „Dauernichtwählern“ sind dabei überdurchschnittlich häufig Angehörige weniger privilegierter Bevölkerungsgruppen zu finden. Das bedeutet, dass eine zunehmende Schieflage bei der sozialen Repräsentanz von Wahlentscheidungen entsteht.

Die deutliche Mehrheit der Nichtwähler (71%) nennt die Unzufriedenheit mit den personellen und inhaltlichen Angeboten der Parteien sowie eine generelle politische Unzufriedenheit als Grund für die Nichtwahl. Persönliche oder formale Gründe, wie das zu komplizierte Wahlsystem oder schlechtes Wetter werden deutlich seltener (18%) genannt.

Lässt sich also etwas tun? Die befragten Nichtwähler selbst geben die Antwort: Sie wünschen

sich in großer Mehrheit von 87% eine Politik, die sich um ihre Anliegen kümmert. Und fragt man sie danach, was dieses „Kümmern“ genau meint, nennen sie als ihre politischen Prioritäten ein gutes Schul- und Bildungssystem (83%), ein funktionierendes Gesundheitssystem, die Sicherung der Altersvorsorge (je 68%) sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen (63%). Die gute Nachricht der Studie lautet daher, dass Nichtwähler durchaus wieder zum Gang an die Wahlurne motiviert werden können, wenn sie die Angebote in den ihnen wichtigen Politikfeldern überzeugen.

MEHR ZUM THEMA

Die Studie und weitere Informationen zu dem Forschungsprojekt:
www.fes-forumberlin.de



DIE SAAT VON ZWIETRACHT UND GROLL

Buchvorstellung

EUROPA GEGEN RECHTSEXTREMISTEN VERTEIDIGEN

„Die Werte, auf denen die Europäische Union gegründet ist“, so Martin Schulz, „sind in vielerlei Hinsicht die Antwort auf den chauvinistischen Nationalismus und Faschismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.“ Mit seiner Rede in der Friedrich-Ebert-Stiftung ließ der Präsident des Europäischen Parlaments keinen Zweifel am Ausmaß der Bedrohung, das Rechtsextremisten und Rechtspopulisten europaweit für den politischen Zusammenhalt und das demokratische Gemeinwesen darstellen.

Unter dem Konferenztitel „Die Anderen sind Wir: Ein Europa der Vielfalt gegen Menschenfeindlichkeit“ hatte die FES Ende Mai zur Vorstellung ihres neuen Sammelbandes über Rechtsextremismus in Europa eingeladen. Neben der Analyse des radikal rechten Lagers in acht ausgewählten europäischen Staaten bietet das in einer deutschen und englischen Fassung erschienene Buch weitere thematische Zugänge: So werden unterschiedliche Ansätze bei Prävention, Intervention und in der juristischen Auseinandersetzung vorgestellt.

Insgesamt ist europaweit ein Erstarken von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus festzustellen. Nicht nur in Griechenland oder Ungarn, wo die aktuellen Entwicklungen besonders beunruhigend sind, sondern auch in Staaten, in denen die extreme Rechte zuletzt keine besonde-

ren Wahlerfolge erzielte und nicht im Parlament vertreten ist – wie zum Beispiel in Rumänien – sind extremer Nationalismus und Revanchismus und die Abwertung einzelner Gruppen gesellschaftlich manifest und im öffentlichen wie privaten Diskurs weit verbreitet.

Dass die EU nicht zufällig den Rechtsextremisten und Rechtspopulisten über alle Landesgrenzen hinweg ein besonderer Dorn im Auge ist, machte der kommissarische Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Kurt Beck, bereits in seiner Einführung in die Konferenzthematik deutlich. Ebenso, dass in der Auseinandersetzung mit dem Problem auf allen Ebenen gerade die Institutionen und Programme der EU gefragt sind.

Die EU-Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström, stellte unter anderem das von ihr 2011 initiierte Radicalisation Awareness Network vor. Das in thematischen Arbeitsgruppen untergliederte Netzwerk ermöglicht EU-weit den Erfahrungsaustausch zwischen Sozialarbeitern, Bildungsexperten und Wissenschaftlern und erarbeitet Politikempfehlungen.

Gefährlich sei vor allem die Tendenz, dass Vertreter des politischen Mainstreams rechtsextreme Rhetorik übernehmen, sagte die EU-Innenkommissarin und stellte einen „besorgniserregenden Mangel an politischem Mut“ fest. „Wir brauchen eine positive Debatte über Migration“,

so ihre Forderung auf der Konferenz, an der neben internationalen Rechtsextremismusexperten auch Barbara John teilnahm, die sich als Ombudsfrau für die „NSU“-Opfer und ihre Angehörigen einsetzt.

„Die Saat von Zwietracht und Groll ist wieder ausgebracht in Europa und damit auch der Nährboden für das rechtsextreme Gedankengut“, warnte Martin Schulz. Europa durchlebe derzeit eine dramatische Wirtschaftskrise: „Enttäuschung, Frustration, Wut wachsen in Europa, und das untergräbt vor allem das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen.“ Das Prinzip der Rechtsextremen, „die Anderen“ zum



Feind zu machen, sei das Gegenteil der europäischen Idee, betonte Martin Schulz, der auch zum Autorenkreis des FES-Sammelbandes gehört. Deshalb müsse sich die EU wieder stärker ihres Charakters als werteorientierter Staatenverbund bewusst werden und ihr Gesellschaftsmodell mit aller Macht verteidigen.

Foto: Julia Kneuse
(Bilddatei: „Cover
Rechtsextremismus“)

MEHR ZUM THEMA

Dokumentation der Redebeiträge und der Podiumsdiskussion

sowie Download des Sammelbandes unter
www.fes-gegen-rechtsextremismus.de



Vortrag und
Diskussion

NACHHALTIGES GRUNDGESETZ, NACHHALTIGE DEMOKRATIE

THESEN AM VERFASSUNGSTAG

Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz in Kraft. Am diesjährigen Verfassungstag beleuchtete der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, als Gast in der Friedrich-Ebert-Stiftung die Erfolgsgeschichte des Grundgesetzes, das einst lediglich als Provisorium gedacht war, sich dann aber gleichsam zum Exportschlagwerk entwickelte.

Voßkuhle legte sehr eindrücklich seine These dar, dass einer guten Verfassung das Prinzip der Nachhaltigkeit immanent ist. Eine gute Verfassung bezwecke, die Funktion des Staates und sei-

ner Institutionen dauerhaft aufrechtzuerhalten. Eine nachhaltige Verfassung bewahre und schütze den Status quo, halte Entwicklungsmöglichkeiten offen und gehe mit der Zeit. Sie errichte eine umfassende Rechts- und Werteordnung, die ihren Bürgern ein gutes Leben ermöglicht. Sie biete Problemlösungen nicht nur für Augenblickskonflikte, sondern nehme eine in die Zukunft gerichtete Verantwortung wahr.

Die Diskussion mit Professorin Dr. Gesine Schwan machte deutlich, dass ohne eine nachhaltige Verfassung eine nachhaltige Demokratie

nicht denkbar ist. Zugleich wurde sichtbar, wie schwer es mitunter ist, die Balance von Gegenwartsinteressen und Zukunftssicherung auszutarieren. Sehr deutlich war die Botschaft am Verfassungstag: Nachhaltigkeit bedeutet nicht nur die Sicherung von Wohlstand, sondern auch die Gewährleistung von Freiheit, Gleichheit, Zusammenhalt, Gemeinsinn, Verantwortlichkeit und gegenseitigem Respekt.



Auf die richtige
Balance kommt es an:
Gesine Schwan und
Andreas Voßkuhle in
der Diskussion
(Foto: Zensen)

„... ZU ALLERERST DIE PARTEI DER ARBEIT“

WANDERAUSSTELLUNG 150 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE IN DER FRANKFURTER PAULSKIRCHE

Es waren die gemeinsamen Wurzeln und Werte der Arbeiterbewegung, die in Erinnerung gerufen und spürbar wurden an diesem Abend Anfang Juli anlässlich der Eröffnung der Wanderausstellung zum 150-jährigen Jubiläum der Sozialdemokratie.

Zu verdanken war dies Festredner Michael Sommer. Gut 200 geladene Gäste, darunter Kurt Beck, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Thorsten Schäfer-Gümbel, lauschten dem DGB-Vorsitzenden in der Frankfurter Paulskirche. Dieser widmete seine bemerkenswerte Rede seinem verstorbenen Freund, dem ehemaligen Vorsitzenden der FES Peter Struck. Kenntnisreich und angereichert mit persönlichen Erfahrungen führte Sommer durch 150 Jahre deutsche Sozialdemokratie mit ihren Meilensteinen und Persönlichkeiten. Dabei schilderte er, was für ihn persönlich die SPD und 150 Jahre Sozialdemokratie ausmachen: „Diese Partei ist für mich ein Zusammenschluss von Menschen für Menschen, und wir hatten große Menschen in die-



Ausstellungseröffnung in Frankfurt: der DGB-Vorsitzende Michael Sommer skizzierte 150 Jahre deutscher Geschichte (Foto: Jülich)

ser Partei. Menschen also, ohne die Demokratie, lebendige Demokratie nicht denkbar wäre. Und die unterschiedlichsten Anschauungen haben, aber die eins eint: Sie stehen gemeinsam für die Idee Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.“

Vier Wochen war die Ausstellung der FES an dem historischen Ort Frankfurter Paulskirche zu besichtigen. An dem Ort, an dem 1848 die Abge-

ordneten der Nationalversammlung zusammenkamen und Fraktionen bildeten, Fraktionen, die zum Teil als Vorläufer der Sozialdemokratie gelten können.

VERDIENSTE UND VERANTWORTUNG

ZUR ZUKUNFT DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Für den SPD-Vorsitzenden gibt es keinen Zweifel: Die deutsche Sozialdemokratie hat entscheidenden Anteil an der erfolgreichen demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und ihrem Ansehen in der Welt. Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) die deutsche Sozialdemokratie begründet. Auf den Tag genau nach 150 Jahren, im Anschluß an den großen Festakt im Leipziger Gewandhaus, beschäftigte sich eine Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Zukunft der Sozialen Demokratie. Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), stimmte Gabriel zu,

dass zur Zukunftssicherung des Landes und seines demokratischen Gemeinwesens die Fragen von erfolgreicher Wirtschaftsentwicklung und sozialem Ausgleich eng miteinander verbunden sein müssen. IG-Metall-Vize Detlef Wetzel verwies auf die besondere Verantwortung der Sozialdemokratie, dies immer wieder nachdrücklich zu vertreten. Er erinnerte daran, dass ein wesentlicher Teil des gegenwärtigen wirtschaftlichen Erfolges der Bundesrepublik auf prekären Beschäftigungsverhältnissen und einem unverhältnismäßig aufgeblähten Leiharbeitssektor beruht. Hier müsse dringend korrigiert werden, so Wetzel.

Zeitreise

150 JAHRE UND KEIN BISSCHEN MÜDE

DIE LANGE NACHT DER SOZIALEN DEMOKRATIE IN HAMBURG

Die längste Nacht des Jahres in Hamburg war die „Lange Nacht der Sozialen Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vom späten Nachmittag bis tief in die Nacht begaben sich am 19. Juni knapp 200 Gäste auf eine unterhaltsame Zeitreise von der Vergangenheit in die Zukunft der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland. Sie erlebten einen Abend für alle Sinne, an dem mit Augenzwinkern zurückgeblickt, in der Gegenwart gebohrt und nach vorne geschaut wurde. Nach einer Darstellung der Geschichte der letzten 150 Jahre in ambitionierten 15 Minuten präsentierte Wolfgang Gründinger ebenso klug wie erfrischend sein Buch „Meine kleine Volkspartei“, in dem er seinen Weg von der SPD zu den Piraten und wieder zurück schildert. Ab-

wechslungsreich und sehr humorvoll feierte das Improvisationstheater „die Spieler“ anschließend eine gemeinsame, spontane Theaterstunde mit dem Publikum – 150 Jahre Soziale Demokratie voller Überraschungen und verblüffender Bezüge.

Eine neue Form der politischen Debattenkultur schloss sich an: In fünf verschiedenen Speed-Dating-Runden kamen die Hamburger Direktkandidatinnen und –kandidaten der SPD für den Bundestag den Gästen der FES auf neue, besondere Weise nah – persönlich und politisch. Abschließend spielten vier Poetry Slamer den Sieger in einem politischen Gedichtwettbewerb aus. Zu hören waren poetische, zum Teil aberwitzige, in jedem Fall atemberaubende Texte.

Politikdialog

FACE TO FACE

FES INITIIERT DEUTSCH-BRITISCHE POSITIONSBESTIMMUNG

Im Verhältnis zwischen Deutschland und Großbritannien werden bis heute abgedroschene Vorurteile und altbackene Klischees nimmermüde gepflegt. Derzeit sorgt allerdings in erster Linie das krisenhafte Europa für gesteigertes Interesse füreinander: das gestörte Verhältnis der Briten

zurzeit den Ton angibt in der EU und dass man sich an Berlin wenden sollte, will man in Brüssel gehört werden.

Bereits vor 14 Jahren initiierte die FES-London einen deutsch-britischen Politikdialog von SPD und Labour. Nach einer vierjährigen Pause belebte die Stiftung Ende April dieses Veranstaltungsformat neu. Vom Interesse am bilateralen Austausch zeugt die Mitwirkung elf deutscher Abgeordneter und fünf ihrer britischen Kolleginnen und Kollegen. Erstmals nahmen auch drei Mandatsträger aus dem irischen Parlament teil. Für vielschichtigen fachlichen Input in die Debatte sorgten fünfzehn weitere Teilnehmer aus Politikberatung, Thinktanks und Gewerkschaften in London und Berlin.

Der Titel „A fresh Start“ bezog sich nicht lediglich auf den Neustart einer ehemals erfolgreichen Dialogplattform, sondern auf das Kernthema: eine neue, sozial gerechte Zukunftsperspektive für Europa. Die zentralen Herausforderungen bestimmten das Programm: In einem Panel zur Wirtschaftspolitik wurden konkrete Initiativen zur Finanzmarktregulierung und Finanztransaktionssteuer erörtert, in einem weiteren zur Sozialpolitik der Reformbedarf des heutigen Wohlfahrtsstaates.



Dauerhaft im Gespräch: Vor 14 Jahren fand der erste deutsch-britische Politikdialog statt.

zur EU und ihr Flirt mit Austrittsszenarien stellen ihre Partner vor Rätsel, insbesondere die Einstellung der Labour-Opposition wird im Ausland nur unscharf wahrgenommen. Deutschland macht im Königreich vor allem durch seine Fähigkeit von sich reden, mit robuster Wirtschaftsleistung und gezügelter Arbeitslosigkeit durch die Krise zu schiffen. Zudem verstehen die Briten, wer

KEINE GUTEN ZEITEN

POLITISCHE PERSPEKTIVEN IN ISLAND UND NORWEGEN

In diesem Jahr wird nicht nur in Deutschland, sondern mit Island und Norwegen auch in zwei weiteren nordeuropäischen Ländern gewählt. Während die norwegischen Parlamentswahlen erst im September stattfinden, wählte Island bereits am 27. April. Überall zeigt sich der gleiche Trend: Den sozialdemokratischen Parteien gelingt es nicht, die Wählerinnen und Wähler von ihrer Politik zu überzeugen. Auf den ersten Blick überraschen die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Island (die sozialdemokratische Allianz verlor über die Hälfte der Stimmen und kam nur noch



auf 12,9 Prozent) und die Umfragen für die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Norwegen. Zwar ist es den Regierungen in beiden Ländern unter sozialdemokratischer Führung durch eine umsichtige Politik gelungen, die Länder durch beziehungsweise aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu führen, doch das wurde beziehungsweise wird nicht von der Wählerschaft belohnt. Ihre Einschätzungen dazu erläuterten der isländische Botschafter Gunnarsson sowie **der norwegische Finanzminister Johnsen** (Bild) in zwei Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

WANKENDE WELTBILDER

ÜBERLEGUNGEN ZU GEGENWART UND ZUKUNFT DER SOZIALDEMOKRATIE

„Leitbild Lassalle. Sozialdemokratie in Polen und Deutschland“: Eine polnischsprachige Ausstellung, zusammengestellt vom Archiv der Sozialen Demokratie, wurde am 22. Juni in Breslau, der Geburtsstadt Ferdinand Lassalles eröffnet.

Um jedoch auch in die Zukunft zu blicken, organisierte die FES in Zusammenarbeit mit dem Breslauer Ferdinand-Lassalle-Zentrum und der Universität Wrocław vor der Ausstellungseröffnung eine Podiumsdiskussion mit Zygmunt Bauman.

Unter dem Titel „Sozialdemokratische Dilemmata. Von Lassalle zur flüchtigen Moderne“ reflektierte der renommierte britisch-polnische Soziologe vor etwa 500 Zuhörern den Weg, den die deutsche und die europäische Sozialdemokratie zurückgelegt haben, um anschließend einige Überlegungen zur Gegenwart und Zukunft der Sozialen Demokratie anzustellen.

Das sozialdemokratische Jubiläum, so Bauman, sei kein rundherum heiteres, da es um die Sozialdemokratie in Europa derzeit nicht gut bestellt sei. Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, an dem konservative und neoliberale Erzählungen und Weltbilder ins Wanken gerieten, habe die Sozialdemokratie wenig überzeugende Gegenvorschläge parat. Stattdessen habe aus seiner Sicht die eu-

ropäische Linke in den vergangenen Jahren das Nachdenken über alternative Politik- und Wachstumsmodelle nahezu gänzlich eingestellt.

Der Entwurf eines neuen, eigenen Diskurses erfordere viel intellektuelle Anstrengung und ausführliche Debatten, so Baumann abschließend. Um diese Mühen durchzustehen, sollten sich die Sozialdemokraten an die Gründungsväter und -mütter ihrer Bewegung erinnern: „Sie waren in der Minderheit, am Rand des politischen Lebens. Sie waren bereit, die herrschende Meinung langfristig und dauerhaft herauszufordern. Und sie setzten sich schließlich durch.“

BILATERALES PROGRAMM

Ein bilaterales Ausbildungsprogramm der sozialdemokratischen Bewegungen in Tschechien und der Slowakei verbindet als Akademie der Sozialen Demokratie auf einmalige Art und Weise zivilgesellschaftliche Aktivistinnen, gewerkschaftliche Funktionsträger, Journalisten und Politiker/innen. Jeder Jahrgang der Akademie bringt 20 junge, bestens ausgebildete Politiker/innen hervor, von denen bereits einige in hochrangige politische Funktionen gekommen sind.

Preisverleihung

PLÄDOYER FÜR EUROPA

PREIS „DAS POLITISCHE BUCH“ AN ROBERT MENASSE

Für sein Buch „Der Europäische Landbote“ wurde dem österreichischen Romancier und Essayisten Robert Menasse der Preis „Das politische Buch“ am 14. Mai 2013 in einem Festakt verliehen. Die Laudatio hielt Peer Steinbrück.

Die Jury würdigt Menasses leidenschaftliches und überzeugendes Plädoyer für Europa. Menasse streitet für ein Europa, das nicht auf Wirtschafts- und Finanzfragen reduziert werden darf,

Werbung, Reportage und persönliches Bekenntnis in einer Form und einer Sprache, die für den Bereich der politischen Literatur Maßstäbe setzt. In seiner Festrede beschrieb Peer Steinbrück Europa als faszinierendes Zivilisationsmodell, das nicht auf seine ökonomische Größe reduziert werden dürfe. Jede Generation sei aufgerufen, dieses Ausmaß an kultureller Vielfalt, an Zivilität und an Frieden für jede Generation neu zu erkämpfen und aufrechtzuerhalten.

Der Preis „Das politische Buch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung wird verliehen für herausragende Neuerscheinungen, die sich gesellschaftspolitischer Fragestellungen annehmen, diese auf der Höhe der Zeit durchdringen und einem breiten Publikum verständlich machen.

Der Preis zählt zu den wichtigsten und ältesten Sachbuchpreisen in Deutschland. Er ist mit 10.000 Euro dotiert und wird von einer unabhängigen Jury verliehen.



Laudator neben
Preisträger: Peer
Steinbrück und
Robert Menasse
(Foto: Liebe)

für ein Europa als Idee und als Antwort auf das historisch begründete Verlangen politisch denkender Menschen nach Frieden und Freiheit. Sein Buch verbindet Streitkultur, Aufklärung,

Sommerschule

WEISHEIT, GEDULD UND MUT

SICHERHEITSPOLITIK IM 21. JAHRHUNDERT

Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion veränderte sich vor mehr als zwei Jahrzehnten rasch und unvorhergesehen das Geflecht der internationalen Beziehungen.

Mit dem Ende des Wettrüstens verschoben sich auch die Beurteilungen über die Ursachen von Bedrohungen für Einzelpersonen, Gesellschaften, Staaten und zwischenstaatliche Institutionen. Auch in Osteuropa, insbesondere in der Ukraine, bedarf es daher des Aufbaus eines Diskurses zwischen etablierten und zukünftigen Entscheidungsträgern über Konzepte der umfassenden Sicherheit. Die Beschäftigung mit diesem Thema zählt für den Projektzeitraum 2013 bis 2015 zu den Prioritäten der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Ukraine.

Ein Schritt auf diesem Weg war in Zusammenarbeit mit der Diplomatischen Akademie des Au-

ßenministeriums die Sommerschule „Security in danger, safety at risk?“ Die Teilnehmer wurden systematisch durch die Palette von Herausforderungen in ökonomischen, ökologischen und humanitären Dimensionen der Sicherheit geführt.

Was ist wesentlich, um die Welt sicherer zu machen? Welches sind tragfähige Maßnahmen zur Vermeidung von Sicherheitskrisen? Antworten auf diese und viele andere Fragen schufen ein in die Zukunft weisendes Mosaik.

Auf der Suche nach der Formel von gegenseitigem Verständnis und gemeinsamer Vision gelang eine fast einstimmige Verständigung über deren wichtigste Bausteine: Weisheit, zu verhandeln, Geduld, mitzuarbeiten, und Mut, zu glauben und zu handeln.

WERTEBASIERT UND PRAGMATISCH

RUMÄNISCH-DEUTSCHE BEGEGNUNGEN

Rumäniens Ministerpräsident, der Sozialdemokrat Victor Ponta, hat eine Verfassungsreform angekündigt und die FES eingeladen, sich an der Diskussion darüber zu beteiligen. Das Büro der FES in Bukarest hat daraufhin eine Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, bei der Erwartungen an eine neue Verfassung formuliert wurden. Um dabei auch Erfahrungen aus anderen EU-Ländern heranzuziehen, erläuterte die ehemalige Bundesjustizministerin, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, am 15. April in Bukarest die Rolle und Stellung des deutschen Verfassungs-

gerichts und diskutierte mit rumänischen NGOs und Entscheidungsträgern, inwieweit sich die deutschen Erfahrungen auf Rumänien übertragen lassen. Am 10. Juni war Victor Ponta zu Gast bei der FES in Berlin. Im Rahmen der „Eminent Lecture Series“, einer Reihe europapolitischer Grundsatzreden, mit denen die FES Entwürfe für die europäische Vision von mehr sozialer Demokratie in der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen will, sprach sich Ponta für eine wertebasierte und zugleich pragmatische Politik seitens der europäischen Sozialdemokratie aus.

ZUSPITZUNG – PROVOKATION – BESCHIMPFUNG

„SIE SIND STETS GANZ BEI DIR...“

Es wird viel geschimpft in Deutschland – im Alltag wie in der Politik und natürlich sind immer an allem die anderen schuld. Am 26. Juni beschimpfte in Wiesbaden auf Einladung des Landesbüros Hessen der Landtagsabgeordnete Gerhard Merz die Politik und nahm spöttisch Phrasen und Plattitüden auf die Schippe, wie sie in der Politik, aber bei Weitem nicht nur dort, allzu oft verwendet werden:

„Was die alles machen: Sie schaffen Rahmenbedingungen, sie brechen verkrustete Strukturen auf und mahnen Reformen an, haben Visionen, sind aber fest verortet. Setzen Akzente und haben Ecken und Kanten haben. Deshalb sind sie stets kampagnenfähig und zeigen klare Kante. Sie gehen ans Limit, machen ihre Hausaufgaben und blicken über den Tellerrand hinaus. Sie handeln gezielt, aber ergebnis-, lösungs-, ziel- und outputorientiert. Dabei kennen sie keine Tabus und haben auch keine Patentrezepte, aber sie finden immer passgenaue Lösungen. Sie denken quer, aber ohne Scheuklappen und stellen alles auf den Prüfstand oder machen es zur Chefsache. Sie machen in jeder Gemengelage Politik aus einem Guss, aber nie nach Gutsherrenart. Sie nehmen die Sorgen und Nöte der Menschen ernst, helfen schnell und unbürokratisch und lassen niemand im Regen stehen. Sie holen die Menschen ab und nehmen sie mit. Sind stets ganz bei dir. Wer so spricht, über den schimpft man nicht gern, denn eigentlich sind sie arme Schweine.“

Das vollständige Manuskript unter www.fes.de/hessen/arbeitspapiere



MIT EIN BISSCHEN SCHARF

Sind Sie integriert? Als Migrant angekommen in der deutschen Kultur? Dirndl oder Lederhosn finden sich selbstverständlich in Ihrem Kleiderschrank? Wurde Ihnen auch schon vorgeworfen, ein vergrößertes Herz zu haben und besonders gastfreundlich zu sein, nur weil Ihr Mathelehrer Ihren Namen nicht richtig aussprechen konnte? Backen Sie mit Ihrem Kulturverein auch schon seit Jahren trockene Teigtaschen für das „Fest der Kulturen“, ohne dass jemandem aufgefallen wäre, dass die Teigtaschen total schrecklich sind?

Mit diesen einbürgerungsrelevanten Fragen konfrontierten Nikita Gorbunov, Musik-Kabarettist, Slam-Poet und Meister der Kunst des „Dissens“, Moses Wolff, Autor, Kabarettist, Schauspieler und selbsternannter Wahlgriecher, sowie Fatima Moumouni, bayerischer U20-Slam Champion 2012 und amtierende deutsche U20-Vizemeisterin, das Publikum, das sich im Münchner Café Kranz einfand, um sich anspruchsvoll beschimpfen zu lassen. Wobei sich wieder einmal bewahrheitete: Beschimpfungen sind meist Übertreibungen und eigentlich bringen sie nichts, außer – einem Quäntchen Wahrheit, über das man befreit lachen und vielleicht auch nachdenken kann.

WIRTSCHAFT, ARBEIT, SOZIALES MITWIRKEN

Kocheler Kreis

LOHNSTEIGERUNGEN GEGEN DIE KRISE

WIRTSCHAFTLICHE AUSSICHTEN FÜR GRIECHENLAND UND DIE EUROZONE

Im Mittelpunkt der diesjährigen Sommertagung des Kocheler Kreises der FES stand die Frage, wie Griechenland die seit nunmehr fünf Jahren andauernde schwere Rezession und den dramatischen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit stoppen und wieder zu mehr Wachstum und Beschäftigung zurückfinden kann. Unter den Teilnehmern waren Mitte Juni auch Prof. Dr. Kostas Simitis, ehemaliger Ministerpräsident von Griechenland, Anna Diamantopoulou, ehemalige Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung und der ehemalige Außen- und Innenminister, Prof. Dr. Tassos Giannitsis.

Nach Auffassung der Tagungsteilnehmer/innen hat die bisherige europäische Antikrisenpolitik zu einseitig auf einschneidende Strukturreformen gesetzt, die Förderung von Wachstum und Beschäftigung jedoch zu stark vernachlässigt.

Griechenland müsse zwar wie jedes andere Krisenland seine strukturellen Probleme primär selber lösen. Die Strukturreformen müssten jedoch zeitgleich durch geeignete makroökonomische Stabilisierungsmaßnahmen flankiert werden.

Wichtig sei es auch zu erkennen, dass die Probleme in der Eurozone größer als die Summe

der Probleme der Krisenstaaten sind. Auch die Überschussländer hätten ihren Anteil an der Entstehung wie auch am spezifischen Verlauf der Krise in der Eurozone. So mache es beispielsweise Deutschland infolge einer immer noch zu starken Lohnzurückhaltung den Krisenländern schwer, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Durch seine falsche makroökonomische Politik schade Deutschland letztlich aber auch sich selbst, da es damit auf Wohlstand verzichte. Daher liege eine Politikkorrektur in Deutschland wie auch in den anderen Überschussländern beispielsweise in Gestalt von Lohnsteigerungen auch im ureigenen Interesse der deutschen Bevölkerung.

PUBLIKATIONEN ZUM THEMA:

Aiginger, Karl – Dreimal Regimewechsel für Europa: im Süden, in Brüssel, in Deutschland – Überlegungen zum Junigipfel 2013

Feigl, Georg; Zuckerstätter, Josef – Europäische Wettbewerbsdesorientierung



FEHLENDE NACHFRAGE LÄHMT EUROPA

Schlagabtausch

VERANSTALTUNG DER REIHE „Fortschritt neu denken“

„Keine Angst vor Staatsverschuldung“, lautete die Devise des Wirtschaftsweisen Prof. Peter Bofinger von der Universität Würzburg. Der Staat könne die aktuell niedrigen Zinsen für Investitionen in Zukunftsprojekte, Bildung sowie in Löhne und Gehälter investieren und damit die Wirtschaft ankurbeln, so Bofinger im Rahmen eines lebhaften Schlagabtauschs zur Banken-, Finanz- und Eurokrise am 2. Juli in Freiburg.

Baden-Württembergs Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid setzte dem „einen Weg der Vernunft mit Maß und Mitte“ entgegen. Gerne würde auch er mehr in Infrastruktur und Bildung investieren, aber viele Ideen seien realpolitisch nicht umsetzbar.

Doch das Prinzip von Maß und Mitte löste bei Peter Bofinger wenig Begeisterung aus, auch der Druck der Schuldenbremse, die die soziale Gerechtigkeit im Land gefährde, beeindruckte den Wirtschaftstheoretiker wenig. Der Staat solle in Verkehrsnetze und die Bildung investieren. Damit wäre den nachfolgenden Generationen mehr gedient, als ihnen mit einer eisernen Sparpolitik weniger Schulden zu hinterlassen.

Der „Wirtschaftsweise“ warb für höhere Löhne und Gehälter, denn aufgrund der „ungleichen Einkommensverteilung in Deutschland bekommen die Reichen bei uns viel. Sie sparen, geben wenig aus, weil ihr Bedarf gedeckt ist. Diejenigen, die hohen Bedarf haben, bekommen wiederum wenig. Ein Nachfragedefizit entsteht, das den Wirtschaftsprozess bei uns bremst.“ Mit der Folge, dass Deutschland auch den Nachbarökonomien schade: „Wir importieren Wachstum, anstatt Wachstum zu exportieren, wir sind eine Strafe für die andern Länder.“

Sichtbar wurde in der Diskussion, dass die Gesprächspartner Vertrauen in die Instrumente einer Regulierung der Finanzmärkte setzen, damit nicht „Staat und Steuerzahler weiterhin Geisel eines ungezügelter Finanzmarktkapitalismus“ bleiben, fasste Moderator Gernot Erler zusammen.

Die Veranstaltung war Teil der Reihe „Fortschritt neu denken!“ des Fritz-Erler-Forums Baden-Württemberg, die von Gernot Erler, MdB und Spitzenkandidat der SPD in Baden-Württemberg mehrmals im Jahr moderiert wird.

AM ANFANG FAST NUR RÜCKSCHLÄGE

Diskussionsrunde

MANAGERKREIS ZUR LAGE DER KREATIVWIRTSCHAFT

Die Kreativwirtschaft ermöglicht sozialen Aufstieg und Selbstverwirklichung auch jenseits der klassischen Bildungswege. Erfolgreich ist, wer etwas kann, wer eine gute Idee hat und diese auch ökonomisch gut umsetzt. Sie ist eine sehr heterogene, innovative und dynamische Zukunftsbranche mit hohem Beschäftigungspotenzial und bietet enorme Möglichkeiten der Selbstentfaltung.

Inwiefern müssen soziale Sicherung sowie Kultur- und Wirtschaftsförderung der neuen kreativen und digitalen Arbeitswelt angepasst werden? In der Diskussionsrunde des Managerkreises Mitteldeutschland mit Vertretern aus der Kreativpraxis, der Wirtschaftsförderung und der Wissenschaft, berichtete Christian Leise von den Startschwierigkeiten: „Am Anfang erlebt man fast nur Rückschläge“, so Leise, der mit videostadt.com Deutschlands erstes Online-

Videobranchenbuch gegründet hat. Er beklagt die Schwierigkeiten bei der Investorensuche. In Deutschland fehle die Kultur des Risikokapitals. Auf das Durchhaltevermögen und die Fähigkeit, nicht nur kreativ, sondern auch unternehmerisch zu sein, käme es an. Sein Unternehmen sitzt in einer kleinen Gemeinde, und ist durch den viel zu langsamen Breitband-Zugang beeinträchtigt. Um mit dem Unternehmen weiter zu wachsen, müsse er den ländlichen Raum verlassen. Ein alarmierendes Signal für die Landespolitik, denn allein in Thüringen arbeiten mehr als 12.000 Beschäftigte in der Kreativwirtschaft und erwirtschafteten zuletzt einen Jahresumsatz von 1,64 Mrd. Euro.

Aspekte der kommunikativen und medialen Daseinsvorsorge wurden auch in München auf Einladung des Managerkreises und des Bayern-

Forums diskutiert. Schnelle Internetverbindungen werden sowohl für die Wirtschaft als auch für Ausbildung, Beruf und Freizeitgestaltung immer wichtiger. Florian Pronold, zuständig für Infrastruktur und bezahlbares Wohnen im Kompetenzteam von Peer Steinbrück, sprach sich für die gesetzliche Regelung flächendeckender Versorgung aus. Dass es in Deutschland und besonders in Bayern noch immer viele „weiße Flecken“ (Gegenden ohne Internetzugang)

und noch mehr „graue Flecken“ (Gegenden mit nur minimalster Versorgung) gibt, ist für den Bundestagsabgeordneten ein klassischer Fall von Marktversagen.

Auch der Internetunternehmer Nicolas Reis skizzierte die wirtschaftliche Bedeutung von schnellem Internet. Dass es Unternehmen gibt, die bis zu 150.000 Euro und mehr für eine Breitbandversorgung zahlen müssen, trifft bei ihm als „Digital Native“ auf Unverständnis.

Gutachten

GROSSE UNGENUTZTE POTENZIALE

RESSOURCENEFFIZIENZ IM MITTELSTAND

Ein neues Gutachten des AK Mittelstand über Ressourceneffizienz in mittelständischen Unternehmen war Anlass einer Fachkonferenz, in Kooperation mit „Faktor 10 – Institut für nachhaltiges Wirtschaften“ und dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie. Keynote-Speaker Prof. Dr. Ernst Ulrich v. Weizsäcker, Ko-Präsident des Club of Rome, wies zu Beginn eindringlich auf die Bedeutung der Steigerung der Ressourcenproduktivität für eine global nachhaltige Wirtschaftsweise hin. Der effizientere Einsatz von Rohstoffen und Energie würde häufig Produktionsprozesse verbessern und Innovationen fördern. Gewerkschaftsvertreter wiesen darauf hin, dass auch Arbeitnehmerinnen und Arbeit-



nehmer von einer Steigerung der Ressourceneffizienz profitieren, weil die damit verbundenen Kostensenkungen den Druck senkten, Einsparungen im Personalbereich vorzunehmen. Trotz einer weitgehenden Übereinstimmung ökologischer und ökonomischer Ziele sind in deutschen Unternehmen aber noch große ungenutzte Potenziale vorhanden, erklärten die Autoren des FES-Gutachtens.

MEHR ZUM THEMA

*Wiso-Diskurs:
Nachhaltiges Wirtschaften im
Mittelstand: Möglichkeiten zur
Steigerung der Ressourceneffizienz in
kleinen und mittleren Unternehmen*



Eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik will der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung sein, Ideen und Konzepte der Politik sollen von der Unternehmenspraxis aufgenommen und diskutiert werden, aber auch eigene Impulse in die Politik sozialer Demokratie hineinwirken. In Lübeck und München diskutierte der Managerkreis in Kooperation mit dem Julius-Leber-Forum und dem Bayern-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Peer Steinbrück über das Herzstück der deutschen Wirtschaft, den Mittelstand.

FREIWILLIG GENÜGT NICHT

UNTERNEHMENSVERANTWORTUNG FÜR BESCHÄFTIGTENRECHTE

Für Dr. Gisela Burckhardt, Vorstandsvorsitzende von FEMNET e.V. und Mitglied in der „Kampagne für Saubere Kleidung“, ist es ein unfassbarer Skandal: „Warum müssen immer erst Katastrophen wie in Bangladesch oder Pakistan passieren, damit wir erfahren, unter welchen unmenschlichen Bedingungen auch deutsche Unternehmen dort Kleidung produzieren lassen?“ Dass die freiwillige Berichterstattung von Unternehmen keineswegs eine verlässliche Informationsquelle ist, hat Gisela Burckhardt bereits im vergangenen Jahr in einer Studie für die FES aufgezeigt. Es bedarf offenbar gesetzlich verpflichtender und sanktionsbewehrter Standards, damit Unternehmen ihrer Verantwortung für die Einhaltung elementarer Beschäftigtenrechte nachkommen. Da dies auch ein Anliegen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung ist, widmen sich das WSI und die FES gemeinsam der Frage, wie die Offenlegung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen zur Verpflichtung gemacht werden kann.

Das Gutachten „Verantwortung braucht Transparenz“, das im vergangenen Jahr von einem Projektteam unter der Leitung der Arbeitsrechtsexpertin Prof. Eva Kocher für die FES erstellt wurde, zeigt, dass es für entsprechende gesetzliche Regelungen bereits Anknüpfungspunkte im deutschen Recht gibt. Gleichzeitig setzt sich die FES in verschiedenen Netzwerken (Forum Men-

schenrechte, Netzwerk Unternehmensverantwortung/„Corporate Accountability“) für einen deutschen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Menschenrechtsleitlinien, die verbindlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen und die Reform der deutschen Außenwirtschaftsförderung ein. Viele dieser Instrumente sind bereits in einer ganzen Reihe von Ländern Realität, wie zum Beispiel in England oder Norwegen, und geben beispielsweise Opfern von Katastrophen wie in Bangladesch die Möglichkeit an die Hand, Entschädigungen von Unternehmen einzuklagen.

AUSSENWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG IN DEUTSCHLAND

Begrenzte Management- und Finanzierungskapazitäten und fehlendes Know-how, unklare Rechtsverhältnisse sowie sprachliche und kulturelle Barrieren sind typische Probleme von mittelständischen Unternehmen, die auf ausländischen Märkte expandieren wollen. Expertinnen und Experten des AK Mittelstand der FES erörterten mit der Mittelstandsbeauftragten der SPD-Bundestagsfraktion, Rita Schwarzelühr-Sutter, inwieweit die öffentliche Unterstützung für solche Unternehmen ausreichend sind. Institutionell sei Deutschland in der Außenwirtschaftsförderung gut aufgestellt, so der Tenor. Kritisiert wurde jedoch das derzeitige Fördersystem, das oftmals unternehmensinterne Kapazitäten und Potenziale voraussetzt, über die KMU nicht verfügen.

Kurz notiert

FACHARBEIT HALTEN

NACHHALTIGE INDUSTRIENTWICKLUNG IM SAARLAND

Nachdem der Bergbau im Saarland als tragende Säule der Wirtschaft in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung verloren hat und die Steinkohleproduktion 2012 vollends eingestellt worden ist, kommt den großen Stahlproduzenten Saarstahl und Dillinger Hütte wie auch dem Ford-Werk eine tragende Funktion für die Entwicklung des Saarlands zu. Eine Veranstaltung des FES-Regionalbüro Mainz widmete sich am 11. Juni in Saarlouis der Frage, was Wirtschaft, Politik und Staat tun müssen, um eine nachhaltige Fachkräfteentwicklung zu sichern.

Dr. Wilhelm Adamy, Leiter des Bereichs Arbeitsmarkt beim DGB Bundesvorstand, skizzierte eine Reihe von Problemen, die einer zukunftsorientierten Wirtschaftsentwicklung im Wege stehen. An erster Stelle sind es große Defizite in der beruflichen Ausbildung.

„Strukturwandel ist aktuell nicht unser Thema, sondern es geht um die Strukturstärkung“, ergänzte der Arbeitsdirektor der AG Dillinger Hütte und Saarstahl AG, Peter Schweda. Benötigt werden Programme mit der Überschrift „Facharbeit halten“.

Bestandsaufnahme

UNGLEICHHEIT VERSCHÄRFT

ZUR REFORM SOZIALER SICHERUNGSSYSTEME IN CHINA

Seit über 30 Jahren verzeichnet China einen beeindruckenden wirtschaftlichen Aufstieg, der das Verdienst umfangreicher Wirtschaftsreformen ist. Getrübt werden die ökonomischen Erfolge jedoch durch die negativen Konsequenzen der jahrelangen einseitigen Ausrichtung auf kurzfristiges Wirtschaftswachstum. Die Folgen des Reformstaus außerhalb des wirtschaftlichen Sektors stellen heute eine konkrete Bedrohung für die Errungenschaften der letzten drei Dekaden dar. In den veralteten Systemen sozialer Absicherung liegt einer der Hauptgründe für die Verschärfung sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Neben speziellen systemimmanenten Problemen der chinesischen Sozialversicherungssysteme sieht sich die Volksrepublik mit einer rapide alternden Gesellschaft konfrontiert.

Auch die sozialen Sicherungssysteme der EU-Mitgliedstaaten stehen vor vergleichbaren Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund veranstaltete das Büro der FES in Shanghai gemeinsam mit dem Center for European Studies der Fudan Universität sowie dem Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaft der Universität Nanjing ein Symposium, um nach Lösungsansätzen zu suchen.

Dabei beeindruckten die detaillierten Kenntnisse der chinesischen Teilnehmer über das deutsche Sozialversicherungssystem und zeigten zugleich, dass es ein geschärftes Bewusstsein für die Notwendigkeit von Reformen der sozialen Sicherungssysteme in China gibt. Der rasante demographische Wandel gibt hierbei die verbleibende Reaktionszeit vor.

EMPFEHLUNGEN FÜR REFORMEN

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE BILANZ DER REPUBLIK MOLDAU

Die Republik Moldau ist gemessen am Pro-Kopf-Einkommen weiterhin das ärmste Land Europas. Große Teile der Bevölkerung leben am Rande des Existenzminimums. Viele Menschen leiden unter einer schlechten Gesundheitsversorgung und fehlenden Job-Perspektiven. Korruption, politische Instabilität und der Konflikt um die separatistische Region Transnistrien bilden un-

günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Zugleich strebt das Land eine weitere Integration in den europäischen Wirtschaftsraum an. Die Regierung der Republik Moldau hat Verhandlungen mit der EU über ein vertieftes und umfassendes Freihandelsabkommen in diesem Jahr erfolgreich zum Abschluss gebracht.

Um eine regelmäßige wirtschafts- und sozialpolitische Bilanz zu ziehen, hat die FES zusammen mit ihrer Partnerorganisation „Independent Expert-Group“ das internationale Konferenzformat MACRO (Moldova: Assessing Country Risks and Opportunities) entwickelt. Unter den Rednern der diesjährigen Konferenz am 18. Juni waren neben dem Finanzminister und der Bildungsministerin auch Moldaus gerade frisch ins Amt gekommener Premierminister Iurie Leanca. Interessante Perspektiven boten Vertreter internationaler Rating-Agenturen wie Moodys, die ihre Kriterien für die Bewertung der moldauischen Wirtschaft zur Diskussion stellten. In dem von der FES unterstützten „State of the Country Report 2013“ empfehlen Wirtschaftswissenschaftler die Entpolitisierung des Justizwesens, die Modernisierung der Regulierungsinstitutionen und einen besseren Schutz von Eigentumsrechten.

ARBEITSMARKT IN ALBANIEN

Die extrem schlechte Arbeitsmarktsituation in Albanien und die bisherige, äußerst passive Arbeitsmarktpolitik des Landes waren Anlass für die FES-Vertretung in Tirana, eine fünfköpfige Expertendelegation zu einem viertägigen Seminar nach Nürnberg zur Bundesanstalt für Arbeit (BA) einzuladen. In Albanien wäre eine intensive Energieproduktion möglich, und auch für den Tourismus böte das Land ausgezeichnete Möglichkeiten. Es gibt jedoch keine entsprechend ausgebildeten Fachkräfte. Der Präsident der Bundesanstalt Frank-Jürgen Weise nahm sich viel Zeit für Gespräche mit der Delegation und sagte auch Unterstützung zu, sofern Albanien den Aufbau einer aktiven Arbeitsmarktpolitik beginnen wolle.

FINANZAUF SICHT MIT MÄNGELN

MISSBRAUCHSKONTROLLE ZUM SCHUTZ DER VERBRAUCHER GEFORDERT

In finanziellen Fragen haben Finanzdienstleister einen so großen Informationsvorsprung, dass Verbraucherinnen und Verbraucher regelmäßig über den Tisch gezogen werden und erhebliche Vermögensschäden erleiden. Notwendig sind deshalb effektive Finanzaufsichtsstrukturen, die das Verhalten der Anbieter einer kontinuierlichen Missbrauchskontrolle unterziehen. Der GK Verbraucherpolitik hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, das untersucht, wie es um den Verbraucherschutz im System der deutschen Finanzaufsicht bestellt ist. Der Autor der Expertise, Prof. Dr. Jürgen Keßler von der HTW Berlin, kommt dabei zu einem eindeutigen Befund: Angesichts neuer europä-



rechtlicher Vorgaben seien die deutschen Regelungen zur Finanzaufsicht „im Kern europarechtswidrig“. Um die Position der Verbraucher auf dem Finanzmarkt zu stärken, fordert der Autor die Finanzaufsichtsbehörde mit mehr Befugnissen auszustatten, um beispielsweise Verbraucherwarnungen aussprechen zu können oder bestimmte Produkte oder Vertriebspraktiken zu verbieten.

MEHR ZUM THEMA

Finanzaufsicht und Finanzmarktwächter: verbraucherpolitische Reformpotenziale im Finanzmarkt



ENTTÄUSCHENDE RENDITE

ALTERNATIVEN ZUR „RIESTER-RENTE“?

Um verbraucherfreundliche Alternativen zur „Riester-Rente“ ging es in einem Fachgespräch der Gesprächskreise Sozialpolitik und Verbraucherpolitik. Hintergrund der Veranstaltung ist

die wachsende Kritik an der Riester-Rente. Die Mobilisierungseffekte – vor allem bei unteren Einkommen – sind gering, und die Rendite für die Verbraucherinnen und Verbraucher ist oft enttäuschend, weil Mitnahmeeffekte sowie Kosten für Provisionen und Verwaltung hoch sind. Altersvorsorgeexpertinnen und -experten der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg sowie der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg stellten daher mit dem „Vorsorgefonds“ beziehungsweise dem „Vorsorgekonto“ zwei verbraucherfreundliche Alternativen für die kapitalgedeckte Altersvorsorge vor.

VOM NIEDRIGLOHN ZUR ALTERSARMUT

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Wohlfahrtsverbände und auch die SPD fordern seit Jahren schon einen flächendeckenden Mindestlohn und warnen vor den Gefahren eines zunehmenden Niedriglohnssektors. Werde dieser Trend nicht gestoppt, drohten eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft und eine katastrophale Altersarmut. Bei einer Veranstaltung des FES-Regionalbüros Mainz bezifferte Prof. Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz die Zahl der Menschen im Niedriglohnsektor, mit über 8 Millionen. „Wir reden hier mittlerweile nicht mehr nur von einer Randgruppe der Gesellschaft“.

MEHR ZUM THEMA

Eckhard Benner; Niels Nauhauser – Zur Diskussion gestellt: Der Vorsorgefonds – ein Beispiel für sozialpolitische Verbraucherpolitik



*Dialogprogramm***EBAY, EASYJET, ETSY****SICHERHEITEN IM GRENZÜBERSCHREITENDEN ONLINE-HANDEL**

Bekleidung, Unterhaltungselektronik oder Flugtickets: Einkäufe über das Internet machen inzwischen über 70 Prozent des Versandhandels aus. Aber noch schrecken viele Verbraucherinnen und Verbraucher davor zurück, bei Anbietern außerhalb des eigenen Landes online einzukaufen. Laut einer Umfrage des Consumer Market Scoreboards entschieden sich 62 Prozent der Online-Käufer gegen den Einkauf im Ausland, weil sie Betrug fürchteten. Die FES-Brüssel widmet dem Thema E-Commerce ein eigenes Dialogprogramm. Ausgangspunkt war die Frage: Wie schafft es die EU, die Hürden auf dem Weg zum gesamteuropäischen Binnenmarkt abzubauen und dabei einen umfassenden Verbraucherschutz zu gewährleisten? Deutsche Multiplikatoren aus Politik, Verbands- und Gewerkschaftsarbeit setzten sich damit im Gespräch mit Mitarbeiter/innen

von EU-Institutionen und Lobbyorganisationen kritisch auseinander.

Europäische Verbraucherorganisationen stehen Initiativen hin zur Vollharmonisierung des europäischen Binnenmarktes im Allgemeinen skeptisch gegenüber. Man sehe die Gefahr, nationale Verbraucherrechte auszuhebeln, wenn diese über den europäischen Standard hinausgingen. Stattdessen sollte den Mitgliedstaaten Spielraum für einen höheren Verbraucherschutz nach oben gelassen werden. Meilensteine der letzten Jahre seien aber die europäische Verbraucherrechtlinie, die zum Jahresende in allen Mitgliedstaaten verbindlich wird, und die jüngsten Regelungen zur Alternativen Streitbeilegung. Die außergerichtlichen Lösungen seien schnell und kostengünstig und könnten Verbrauchern zu grenzüberschreitenden Einkäufen ermutigen.

*Veranstaltungsreihe***NICHT AUF AUGENHÖHE****AUFWERTUNG VON VERBRAUCHERORGANISATIONEN GEFORDERT**

Aktuell setzen sich in Deutschland sowohl staatliche Behörden als auch private Verbraucherorganisationen wie der Verbraucherzentrale Bundesverband, die Verbraucherzentralen der Bundesländer sowie Organisationen wie der Deutsche Mieterbund oder die Stiftung Warentest für die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher ein. Insgesamt ist die Verbraucherinteressenvertretung in Deutschland aber zersplitterter als in den meisten anderen europäischen

Ländern, in denen der Verbraucherschutz in schlagkräftigen staatlichen Behörden gebündelt wird. Ulrich Kelber, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, forderte im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des GK Verbraucherpolitik eine Aufwertung der Verbraucherorganisationen zu „Marktwächtern“ mit neuen Befugnissen und Rechtsinstrumenten. Verbraucher/innen seien im Marktgeschehen leider immer noch nicht „auf Augenhöhe“ mit den Produzenten.

*Diskussionsabend***WASSER IST KEINE WARE****NEUE EU-RICHTLINIE IN DER KRITIK**

Kommunal oder privat? – lautete am 13. Juni in Hannover die Frage des Abends bei einer Diskussionsveranstaltung des Landesbüros Niedersachsen. Aktueller Anlass war eine geplante Richtlinie der Europäischen Kommission zur Konzessionsvergabe im Bereich der Wasserversorgung. „Mit dieser Konzession verfolge die Kommission den Plan, den Markt der Wasserversorgung für Privatisierungen zu öffnen“, erläuterte Bernd Lange,

MdEP, in seinem einleitenden Vortrag. Doch Wasser sei ein Lebensmittel und keine Ware und somit Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, so Lange weiter. Für den handelspolitischen Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament ist dabei klar: „Der Bereich der Daseinsvorsorge gehört unter öffentliche Kontrolle und darf nicht den Gesetzen des freien Marktes unterliegen.“

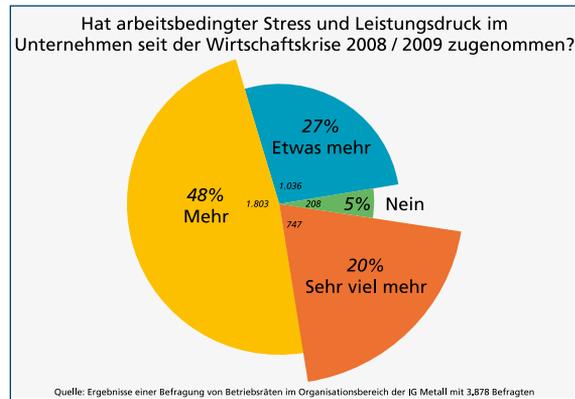
PILLEN GEGEN BURN-OUT?

ÜBER DIE „MEDIKALISIERUNG“ SOZIALER PROBLEME

Welchen Zusammenhang gibt es zwischen den gestiegenen Anforderungen und Belastungen der Arbeitswelt und dem Auftreten psychischer Erkrankungen? Werden soziale Probleme über komplexe gesellschaftliche und institutionelle Mechanismen zu medizinischen Krankheitsbildern gemacht?

In einer gemeinsamen Veranstaltung der Universität Rostock und der Friedrich-Ebert-Stiftung setzten sich Prof. Dr. Dr. Wolfgang Schneider, Leiter der Klinik für Psychosomatik und Psychotherapeutische Medizin in Rostock, und Prof. Dr. med. Dipl.-Psych. Michael Linden, Leiter der Forschungsgruppe Psychosomatische Rehabilitation an der Charité Berlin, mit den medizinischen und sozialen Herausforderungen auseinander, die sich im Hinblick auf die moderne Arbeitswelt stellen. Elke Hannack, Mitglied des ver.di Bundesvorstands, wies auf die Auswirkungen der Belastungen von Beschäftigten wie prekäre und unsichere Erwerbsformen sowie Ar-

beitslosigkeit oder Arbeitsplatzunsicherheit hin. Von den Experten wurde aber auch diskutiert, ob psychiatrische Diagnosesysteme die Schwelle zu einer entsprechenden Diagnose nicht zu niedrig



ansetzen – mit der Gefahr, tendenziell zur Verfestigung von Störungen beizutragen.

DIE VORTRÄGE

www.fes.de/wiso/content/veras/v_arbeit_qualifiz.php



HOHE LASTEN, WENIGE MITTEL

ZUKUNFT DER KOMMUNEN IN RHEINLAND-PFALZ

Die prekäre Finanzlage vieler Kommunen in Deutschland ist bekannt. Dies gilt auch für Rheinland-Pfalz. Allerdings hat der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz in seinem Urteil vom 14. Februar 2012 das Land aufgefordert, eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Land und Kommunen auf den Weg zu bringen. Nun sollen vor allem die Kreise und die kreisfreien Städte wegen der steigenden Sozialausgaben deutlich mehr Geld erhalten. Eine Veranstaltung des FES-Regionalbüros Mainz widmete sich daher am 18. Juni in der Fachhochschule Worms der Zukunft der Kommunalpolitik.

Der Oberbürgermeister von Worms berichtete, dass die vom Bund bereitgestellten Mittel bei Weitem nicht ausreichen, um die Sozialleistungen zu erbringen, die die Gesetzgebung den Kommunen aufbürdet. Die besonders schwierige Situation in den größeren Städten beschrieb Michael Reitzel, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Rheinland-Pfalz. So vollziehe sich vor allem dort

die Spaltung der Gesellschaft in besonders dramatischer Weise, da Menschen mit nur sehr geringen Einkommen tendenziell in die Großstädte ziehen – und dort hohe Sozialausgaben verursachen. Armut, so seine These, suche Anonymität.

PATIENTENINTERESSEN WAHREN

Wie können die Instrumente des europäischen Binnenmarktes im Sinne der Patientinnen und Patienten genutzt werden? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine Delegation deutscher Gesundheitsfachleute bei einem Dialogprogramm im FES Europabüro Brüssel. Am Beispiel zweier aktueller EU-Regelungsvorhaben zur Genehmigung von Medizinprodukten wurden konkrete Empfehlungen formuliert. Die Balance zwischen Patienten und Pharmainteressen solle demnach durch eine starke Verankerung von Ethikkommissionen in den EU-Rechtsakten sowie auch den Ausbau unabhängiger Patientenvertretungen gewahrt werden.

INTEGRATION, BILDUNG, KULTUR

TEILHABEN

Jugendkonferenzen

„LOST GENERATION“ VOR VERSCHLOSSENEN TÜREN

VORSCHLÄGE GEGEN DIE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN EUROPA

Alarmierende Zahlen: In Krisenländern wie Spanien und Griechenland ist mittlerweile deutlich mehr als die Hälfte der Jugendlichen ohne Arbeit, EU-weit liegt die Jugendarbeitslosigkeitsquote bei 23,3 Prozent (Eurostat, Mai 2013).

Die politische Brisanz des Themas wurde mittlerweile von fast allen politischen Gruppierungen erkannt. Der direkte Austausch mit den Betroffenen, den Jugendlichen selbst, wird jedoch viel zu sehr vernachlässigt. Um dem etwas entgegenzusetzen, organisierte die Abteilung „Internationaler Dialog“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zwei

internationale Jugendkonferenzen in Berlin. Mehr als 50 Jugendliche aus 12 Nationen – neben fünf EU-Staaten auch aus Ländern wie Paraguay, Ägypten und Simbabwe – nahmen am 6. Mai an der Konferenz „A future for the Young in Europe“ teil. In Workshops teilten sie ihre persönlichen Erfahrungen, suchten nach Ähnlichkeiten, identifizierten Unterschiede und formulierten schließlich gemeinsame Handlungsempfehlungen an die politischen Entscheidungsträger. Am 2. Juli, dem Vortag des Gipfeltreffens der europäischen Arbeits- und Sozialminister/innen im

Kanzleramt, begrüßte Andrea Nahles in Berlin rund 150 Jugendliche aus 12 EU-Ländern, darunter Griechenland, Spanien, Italien, aber auch Österreich, Polen, Tschechien und Kroatien. Sie waren der Einladung der FES gefolgt, um nach Perspektiven zu suchen, wie der Jugendarbeitslosigkeit in Europa begegnet werden kann.



Auf der Suche nach Perspektiven: Jugendliche aus zwölf Ländern Europas in Berlin (Foto: Schicke).

Erarbeitet wurden unter anderem Vorschläge, wie Arbeitsmärkte, Berufs- und Hochschulbildung und soziale Sicherungssysteme verbessert werden können.

Die Resultate dieser beiden Konferenzen blieben alles andere als ungehört. So zeigte sich der irische Botschafter Daniel Mulhall bei der Konferenz am 6. Mai beeindruckt von der Vielzahl der Forderungen. Schließlich ist es Irland, das aktuell die EU-Ratspräsidentschaft innehat und sich die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf die Fahne geschrieben hat.

Die Handlungsempfehlungen, die die 150 jungen Europäer/innen erarbeiteten, übergaben sie am folgenden Tag öffentlich an den luxembur-

gischen Minister für Arbeit, Beschäftigung und Immigration und Vorsitzenden der sozialdemokratischen EU-Arbeits- und Sozialminister/innen Nicolas Schmit sowie Peer Steinbrück und Klaus Wiese, dem Bundesvorsitzenden der IG Bauen-Agrar-Umwelt.

MEHR ZUM THEMA

Das Abschlussdokument
www.fes.de/politischebildung/pdf/Agenda_020713.pdf



Studien zur Lage der Jugendlichen in 17 EU-Mitgliedstaaten: www.fes.de/lnk/youthunemployment



TREFFPUNKT ATHEN

JUGENDLICHE AUS EUROPA INFORMIEREN SICH ÜBER DIE KRISE

„Bei der Krise in Griechenland handelt es sich nicht nur um eine Wirtschafts-, sondern auch um eine Gesellschaftskrise. Es wird jetzt sichtbar, was schon seit langem nicht funktioniert hat. Die Menschen sind endlich aufgewacht!“, meinte die Griechin Vivi, eine der Teilnehmerinnen eines dreitägigen Europäischen Jugendseminars in Athen. Auf Einladung der FES waren vom 11. bis 15. Juli zehn Jugendliche aus Griechenland mit zehn Jugendlichen aus weiteren Ländern Europas in der griechischen Hauptstadt zusammengetroffen. Die meisten gehören zum Redaktionsteam der europäischen Internetzeitung und Diskussionsplattform „European Youth Voice“.

In einem Workshop wurden die in der griechischen Geschichte begründeten Werte und Verhaltensmuster, die sich heute sowohl positiv als auch negativ im Umgang mit der Krise widerspiegeln, sowie Griechenlands Rolle in Europa analysiert.

„Ich dachte, dass in Griechenland ständig demonstriert wird, dabei gehen die Menschen hier ja einem ganz normalen Alltag nach“, so ein junger Mann aus der tschechischen Republik. Der Blick „von außen“ war aber auch durchaus kritisch: Auch andere EU-Länder hätten strenge Sparprogramme mit Lohnkürzungen und Entlassungen umsetzen müssen, und die Menschen dort wären nicht jedes Mal auf die Straßen gegangen, merkte die Teilnehmerin aus Lettland an. Die Frage, wie andere europäische Länder mit

dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen umgegangen sind, war somit auch immer wieder Thema der Diskussionen.

MEHR ZUM THEMA

Die Eindrücke der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: www.european-youthvoice.com



GELD UND GERECHTIGKEIT

Es war eine spannende und vielseitige Juniwoche in Hamburg, als über 500 Gäste während einer Themenwoche des Julius-Leber-Forums über verschiedene Aspekte des Themas Geld diskutierten. So entstand beispielsweise bei der Publikumsbeschimpfung „Ihr habt das Geld, wir brauchen es!“ mit der Autorin Cosima Schmidt eine hitzige Debatte zwischen den Generationen über Fragen der Gerechtigkeit. Neue Einblicke in eine Art zu leben lieferte der „Aussteiger“ Philipp Hauschild, der ganz ohne Geld auskommt. Ob Geld glücklich macht, erörterte er mit der Gewinnerin bei der TV-Quizshow „Wer wird Millionär?“, Meike Winnemuth. Über moralische Aspekte im Finanzsektor diskutierten der „Facing Finance“ Kampagnenorganisator Thomas Küchenmeister und der SPD-Politiker Dr. Ralf Stegner.

Europäisches Seminar

Kurz notiert

DAHEIM STATT IM HEIM

KONZEPT FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN IM ALTER

Die Chancen für ein längeres Leben zu Hause zu verbessern ist ein Leitmotiv der Arbeitsgruppe Gesundheit des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Motto „Daheim statt im Heim“, den Grundsatz, dass ältere Menschen so lange wie möglich in einer gewohnten, häuslichen Umwelt selbstbestimmt leben können sollen, stand am 3. Juni 2013 im Zentrum der Debatte.



Frank Bielka, Mitglied des Vorstandes der Wohnungsbaugesellschaft degewo AG, Thomas Bodmer, Mitglied der Vorstandes der DAK Gesundheit und die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses Carola Reimann diskutierten das Konzept des Managerkreises für den Einsatz von „Ambient Assisted Living“ (AAL) Assistenzsystemen zur Unterstützung der Arbeit des pflegerischen und me-

dizinischen Fachpersonals und beteiligten sich an der Debatte, moderiert von der Sprecherin der AG Gesundheit des Managerkreises, Gudrun Schaich-Walch.

Altersgerechte Assistenzsysteme können ein längeres Verbleiben im gewohnten Umfeld ermöglichen und das Pflege- und Gesundheitssystem entlasten. Dennoch werden solche Systeme in Deutschland noch nicht optimal genutzt, es feh-

len die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Beispiele aus Projekten der Wohnungsbauwirtschaft zeigten zudem, dass für die betroffenen Menschen das soziale Umfeld das Wichtigste ist: Wie sind sie in das Alltagsleben eingebunden? Wie können sie mit anderen kommunizieren, wie und wo sich treffen – auch über Generationen hinweg?

Technische Assistenzsysteme sind dafür nur ein mögliches Instrument, entscheidend ist jedoch die Organisation der Rahmenbedingungen.

Innovative Ideen für Wohnformen, die älteren Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglichen, standen auch im Mittelpunkt einer Diskussionsrunde, die das Landesbüro Niedersachsen angestoßen hatte.

ARMUTSRISIKO PFLEGE

TRAGFÄHIGE BASIS FEHLT

„Altwerden ist nichts für Feiglinge“ – Ist Pflegebedürftigkeit ein gesellschaftlicher Notfall? Mit einem provokanten Titel näherte sich das FES-Regionalbüro Mainz am 17. Juni in Saarbrücken einer brennenden Fragestellung an. Armin Lang, seit 2006 Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, machte es klar: „Pflege ist kein Minderheitenthema mehr, 16 bis 20 Millionen Menschen sind direkt oder indirekt betroffen.“ Er wies auf die Überlastung des Pflegepersonals hin und die häufige Erfahrung von Betroffenen, sich Pflegeleistungen regelrecht erkämpfen zu müs-

sen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Elke Ferner berichtete von den erfolglosen Bemühungen, auf bundespolitischer Ebene über einen Entschließungsantrag der Pflege finanziell wie auch konzeptionell eine tragfähige Basis zu geben.

Auch der Vorsitzender des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, Jürgen Gohde, wies auf die unzureichende Finanzausstattung hin. „Pflege ist ein ständiges Armutsrisiko für die Angehörigen.“ Entweder drohten hohe Kosten für professionelle Pflege, oder Angehörige, die selber Pflegearbeit leisten, verzichteten auf eigene Erwerbstätigkeit und damit auf zukünftige Rentenansprüche.

MEHR LEBENSQUALITÄT FÜR ALLE

GESCHLECHTERGERECHTE VERTEILUNG VON SORGEARBEIT

Die Selbstverständlichkeit, mit der Frauen Fürsorgearbeit für Kinder, Alte und Kranke bislang erbracht haben, gerät ins Wanken, denn immer mehr Frauen wollen auf dem Arbeitsmarkt nur ein Gastspiel geben. Gleichzeitig wollen immer mehr Männer nicht auf die Funktion des Alleinernehmers reduziert werden. Aber Arbeitsmarkt und Sozialsystem sind immer noch sehr stark auf dieses Modell der Lastenteilung ausgerichtet.

Wie muss eine Gesellschaft organisiert sein, damit es Frauen und Männern zukünftig möglich ist, das Erwerbsleben und die familiäre Arbeit miteinander zu verbinden?

Im Rahmen einer Fachtagung des Forum Politik und Gesellschaft und des stipendiatischen Arbeitskreises Familie und Politik wurden die zentralen gesellschaftspolitischen Weichenstel-

lungen erörtert und zukunftsweisende Modelle diskutiert. Darunter das Modell der „Familienarbeitszeiten“, bei dem Eltern ihre Arbeitszeit mit finanzieller Förderung auf 32 Stunden reduzieren und so auch die Familienarbeit besser aufteilen können. Dieses Modell wird im Auftrag der FES gerade vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung berechnet; die Expertise erscheint im Oktober.

Die Expertinnen der Tagung waren sich unter anderem einig, dass eine echte Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer die Lebensqualität für alle erhöhen könne.

MEHR ZUM THEMA

Die Präsentation zum Thema als PDF-Datei



ERFOLG DURCH QUOTE?

AUSWIRKUNGEN AUF UNTERNEHMEN

Das Für und Wider unterschiedlicher Quotenmodelle und die erforderlichen Veränderungen, damit mehr Frauen ihrer Qualifikation entsprechend in Führungspositionen gelangen, standen im Zentrum einer Podiumsdiskussion am Karlsruher Institut für Technologie. Das Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg und der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung hatten eingeladen, um am 14. Mai, moderiert und initiiert von der Unternehmerin Dagmar Bornemann, über den Zusammenhang von Unternehmenserfolg und

Quote zu diskutieren. Dass es keinen Zusammenhang zwischen Unternehmenserfolg und dem Anteil von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten gibt, davon zeigte sich Professor Hagen Lindstädt überzeugt. Seiner Meinung nach ist die Quote keine Frage von Wirtschaftlichkeit, sondern von Gerechtigkeit. Er plädierte für eine Veröffentlichungspflicht für die großen Unternehmen, wie viele Frauen in ihren Vorständen und Aufsichtsräten sitzen.

FACHFORUM PFLEGE

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Niedersachsen liegt bei etwa 260.000. Bis zum Jahr 2040 wird sich diese Zahl voraussichtlich verdoppeln. Ein Fachforum des Landesbüros Niedersachsen suchte nach Wegen, wie gute Pflege auch in Zukunft geleistet werden kann. Während bislang noch ein großer Anteil von den Angehörigen selbst geleistet wird, werde in Zukunft professionelle Pflege wichtiger, machte die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt klar. Es fehle jedoch an einer besseren gesellschaftlichen Wertschätzung für die Pflegenden.

FRAUEN UND ARBEITSWELT

„Wir waren schon mal weiter!“ fasste Elke Ferner, seit rund zehn Jahren Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, die Befunde einer Diskussionsrunde der Arbeitskammer des Saarlands und des FES-Regionalbüros Mainz über die Situation von Frauen in der deutschen Arbeitswelt zusammen. Nach wie vor bestehende Frauenbilder führten dazu, dass sich Frauen in ihrer Berufswahl freiwillig an dem Status der „Zuverdienerin“ orientierten und darüber hinaus Berufe im Pflege- und Dienstleistungssektor wählten.

BEWUSSTSEIN SCHAFFEN

GENDERPERSPEKTIVEN IM UKRAINISCHEN BILDUNGSSYSTEM

Good Governance, gleiche Rechte und Möglichkeiten, eine faire Verteilung von Ressourcen und die Inklusion aller sozialen Gruppen in Entscheidungsprozesse – die ganzheitliche Umsetzung von demokratischen Grundprinzipien und eine nachhaltige Entwicklung kann nicht gänzlich umgesetzt werden, ohne die Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes. Doch in der Ukraine – und nicht nur dort – scheitern diese Prozesse an einem sehr geringen öffentlichen Bewusstsein für Gleichstellungsfragen.

Dies veranlasste das FES-Büro in Kiew, ein Projekt zu initiieren, das Genderperspektiven in das ukrainische Bildungssystem integrieren will. In

diesem Zuge wurden sogenannte Gender Education Centers (GEC) an Universitäten in sieben Regionen der Ukraine etabliert. Inzwischen besteht ein Netzwerk von 18 GECs, die in enger Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium, Gender-Komponenten für die Curricula der Universitäten entwickeln. Zur Unterstützung dieses Projekts lud das Europabüro der FES Leiterinnen dieser Einrichtungen ein, um mit Entscheidungsträgerinnen in Brüssel die Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes der Europäischen Union sowie den Status quo der Integration von Gleichstellungsthemen in die Lehrpläne an europäischen Universitäten zu diskutieren.

AUFSTIEG ODER SACKGASSE?

HOCHSCHULEN ALS ARBEITSPLATZ

„Der Wissenschaft ging es noch nie so gut wie heute“, so Prof. Jürgen Zöllner, Senator a.D., bei der hochschulpolitischen Konferenz der FES am 16. Mai in Berlin. Ein Satz, der sich gut belegen lässt. Für junge, hochqualifizierte Menschen, die wissenschaftlich arbeiten möchten, gilt das jedoch nicht. Der „Tagesspiegel“ drückte es so aus: „Wer in Deutschland promoviert, macht fast immer Karriere. Es sei denn, er bleibt in der Wissenschaft.“

Dabei liegen die Lösungswege auf der Hand: Durch Übernahmemodelle wie den „tenure track“ wird, nach einer Bewährungszeit, eine Perspektive auf eine feste Dauerstelle geschaffen. Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung, das Templiner Manifest und der Herrschinger Kodex der GEW, aber auch Anträge und Gesetzes-

initiativen in Bundestag und Bundesrat haben die Empfehlungen vielfach bestätigt.

Swen Schulz, SPD, und Krista Sager, Grüne, beide MdB, stellten einen Gesetzesantrag vor, der über den Bundesrat eingebracht wurde. Änderungen im Wissenschaftszeitvertragsgesetz sollen den Wildwuchs an Befristungen einschränken. Kurze Befristungen von unter zwei Jahren sollen verhindert, Drittmittelstellen an die Projektlaufzeit gekoppelt werden. Bei der Konferenz wurde aber auch deutlich, dass die Hauptaufgabe der Hochschule nicht nur in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses liegt. Prof. Dr. Jürgen Zöllner forderte mehr Mut, jungen Leuten auch frühzeitig zu sagen, ob sie eine Chance innerhalb der Hochschule haben.

RELIGION PRÄGT POLITIK

FOLGEN DER ARABISCHEN UMBRÜCHE

„Seit der arabischen Revolution gibt es vermehrt Parteigründungen, die den Islam als Referenzrahmen beanspruchen“, stellt Nevine Mossaad fest. Die Ägypterin hat bis 2011 als Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Kairo gearbeitet, sich mit Beginn des Arabischen Früh-

lings der Protestbewegung angeschlossen und nach dem Wahlsieg der Muslimbruderschaft ihre Anstellung verloren.

Die im Westen bejubelten Aufstände im arabischen Raum haben den politischen Islam zunächst gestärkt. Parteien sind in Regierungsver-

antwortung gekommen, die sich auf den Islam berufen, oder Bewegungen, die aus europäischer Sicht als extrem-islamistisch zu bezeichnen sind. Sie führen in Tunesien die Regierung und sind im Jemen und Marokko Mitglied von Regierungskoalitionen. In Ägypten gipfelte die kurze Regierungszeit der Muslimbruderschaft in der Machtübernahme des Militärs.

Bei der siebten Konferenz der Veranstaltungsreihe „Berlin Forum for Progressive Muslims“ zogen rund 150 Fachleute aus Deutschland, Europa und dem arabischen Raum eine Zwischenbilanz der Entwicklungen des politischen Islams und deren Rückwirkungen auf muslimisches Leben in Europa.

Der Arabische Frühling sei „die Rückkehr der Politik zum Menschen und des Menschen zur Politik“, so der syrische Philosoph Sadik Al-Azm. Er zeichnete ein durchaus optimistisches Bild von der möglichen Entwicklung eines „Business Islam“ in den Ländern des Arabischen Frühlings, der von den Mittelschichten dominiert sei und Demokratie und Marktwirtschaft entwickle. Auch andere Referenten stimmten Al-Azm zu und betonten die Heterogenität des politischen Islams. So gäbe es sowohl gewaltbereite Gruppie-

rungen als auch eine unpolitisch-religiöse Strömung sowie eine eher konservative, aber realpolitisch orientierte Bewegung.

Dieser positiven Sichtweise widersprach unter anderem die tunesische Professorin für Islam- und Genderstudien Amel Grami. Im Zuge des Verfassungsgebenden Prozesses seien in Tunesien die Gräben zwischen Islamisten auf der einen und Liberalen sowie Säkularen auf der anderen Seite klar hervorgetreten.



Fundierte Analysen: Die Mitbegründerin des American Islamic Congress, Zainab Al-Suwaji (Foto: Himsel)

Der Bundestagsabgeordnete Günter Gloser, Staatsminister a.D. und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, betonte Deutschlands Willen, den Transformationsprozess in der arabischen Welt zu unterstützen.

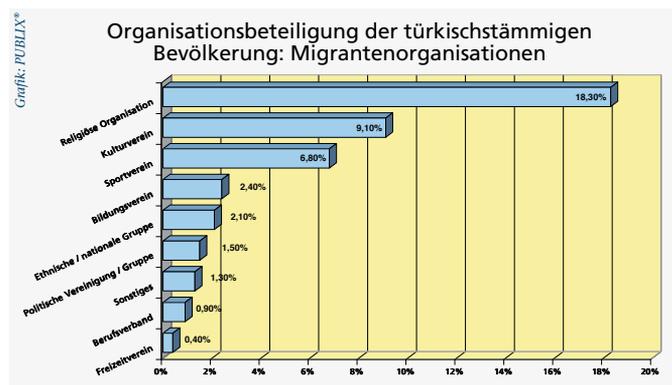
ENGAGEMENT UND INTEGRATION

ANALYSE VON MIGRANTENORGANISATIONEN

Zur Neuausrichtung der Integrationspolitik gehört es, Migrantenorganisationen verstärkt in den politischen Dialog einzubinden. Die Organisationen von Einwandererinnen und Einwanderern verfolgen vielfältige Ziele: Es gibt zum Beispiel politische, soziale, kulturelle, sportliche und religiös orientierte Vereine. In der Vergangenheit unterschieden wissenschaftliche Untersuchungen häufig zwischen „aufnahmeland- oder herkunftslandorientierten“ Migrantenorganisationen. Diese Orientierungen wurden gleichgesetzt mit „integrationsfördernd oder -hemmend“. Diese Kategorisierungen erweisen sich jedoch zunehmend als inadäquat. Heute wird verstärkt die „Brückenfunktion“ von Migrantenorganisationen betont. Eine Publikation des Gesprächskreises Migration und Integration nimmt eine grundsätzliche

Analyse der Entwicklung von Migrantenorganisationen vor und stellt beispielhaft verschiedene Vereine und Communities vor, die die Vielfalt von Migrantenorganisationen verdeutlichen.

DOKUMENTATION
Migrantenorganisationen: Engagement, Transnationalität und Integration



WISSEN IST MACHT

OHNE INFORMATIONSFREIHEIT KEINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

Ein afrikanisches Jahrhundert mit hohen Wachstumsraten sieht Mukelani Dimba, Geschäftsführer des Open Democracy Center in Südafrika, voraus. Für die Zukunft seines Kontinents sei es jedoch von elementarer Bedeutung, das Wirtschaftswachstum mit sozialen, ökonomischen und politischen Teilhaberechten für jeden Einzelnen zu verbinden.

Bei der Veranstaltung mit dem Titel „Informationsfreiheit – die Rolle von Transparenz für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung“, die die FES auf dem diesjährigen Global Media Forum in Bonn veranstaltete, betonte er die Wichtigkeit des freien Informationsaustauschs für die ökonomische und soziale Teilhabe in der Gesellschaft. Anne Mayher, Koordinatorin der International Alliance on Natural Resources in Africa, beleuchtete in ihrem Vortrag die besondere Bedeutung des Zugangs zu Informationen beim Abbau von Rohstoffen. Auskünfte über die Landvergabe durch Regierungen an große Energieunternehmen, damit verbundene Umsiedlungen, Kompensationszahlungen, die Verteilung der erwirtschafteten Gewinne sowie die Vermeidung

von Umweltverschmutzung bezeichnete sie als wichtige Grundvoraussetzung für den Schutz der Rechte der betroffenen Gemeinden. Seember Nyager, Programmkoordinatorin des Public and Private Development Centers in Nigeria, wies auf die Bedeutung von Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge hin. In Afrika, so Nyager, gibt es eine Kultur der Geheimhaltung bei der Verwendung öffentlicher Gelder. Die Expertin aus Nigeria warb daher für die Festschreibung von Prinzipien des Zugangs zu Informationen, um gute Regierungsführung und gleiche Wettbewerbschancen im Bereich öffentlicher Ausschreibungen zu garantieren.

Der Kenianer Henry Maina, Direktor der Article-19-Niederlassung in Ostafrika, verwies vor diesem Hintergrund auf das von der FES unterstützte Netzwerk African Plattform for Access to Information (APAI), in dem sich Medienschaffende und Vertreter unterschiedlicher Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen haben und mit Kampagnen einen möglichst umfassenden Zugang zu Informationen von staatlicher Seite einfordern.

KEINE QUALITÄT OHNE GELD

ZUKUNFT DES JOURNALISMUS IM INTERNET

Traditionelle Printmedien und Nachrichtengagenturen erleiden Verluste. Die Auflagen sind rückläufig. Neue digitale Netzwerke wie Twitter, Facebook und Blogs können Nachrichten wesentlich schneller und für ein gleichermaßen großes Publikum zur Verfügung stellen. Doch was bedeutet es für den sogenannten Qualitätsjournalismus, wenn aus ehemaligen Nachrichtenempfängern Berichterstatter werden? Darum ging es beim 5. Mitteldeutschen MedienDialog der Freidrich-Ebert-Stiftung in Leipzig. Gesprächspartner waren der Düsseldorfer Staatssekretär und Medienexperte Dr. Marc Jan Eumann, Michael Geffken, Geschäftsführer der leipzig school of media, und Markus Beckedahl, Betreiber von netzpolitik.org. Die Gesprächsleitung lag bei dem MDR-Fernsehjournalisten Wolfgang Brinkschulte. Eine Frage der Debatte lautete: Wer oder was ist eigentlich zum

Journalismus zu rechnen? Aus Sicht des Netzaktivisten Markus Beckedahl bedürfe es keiner bestimmten Ausbildung, um als Journalist tätig werden zu können. Für ihn ist jeder ein Journalist, der der Öffentlichkeit Informationen zur Verfügung stellt.

Geffken, der schon seit vielen Jahren Journalisten ausbildet, widersprach Beckedahl. Journalist könne nur jemand sein, der sich dem Berufsethos verpflichtet, seine Quellen gewissenhaft prüft und möglichst wahrheitsgemäß berichtet. Diese journalistische Tätigkeit koste Geld, das durch entsprechende Einnahmen erzielt werden müsse. Beckedahl vertrat eine eigene Sicht: Es müsse in Zukunft darum gehen, eine journalistische Öffentlichkeit zu finanzieren, die Sender und Empfänger zugleich sei.

STUDENTEN-RADIO IM WEB

LETTISCHE JUNGJOURNALISTEN BRECHEN MIT DER SCHWEIGEKULTUR

Unibibliotheken wurden geschlossen, Heizungen abgestellt, Dozenten entlassen und Stipendien gestrichen – als Lettland im Zuge der Wirtschaftskrise 48 Prozent seines Etats im Bildungsbereich kürzte, war das Maß voll: Eine kleine Gruppe engagierter Studenten der Rigaer Stradins Universität wollte etwas unternehmen. Dies war die Geburtsstunde von „Sprich lauter!“, einem Internetradiosender, der für mehr und mehr Furore sorgt. Ausgedacht hat sich das Projekt die lokale FES-Vertretung, die die Idee an die Studierenden herantrug. Die jungen Moderatoren sind eine Besonderheit in Lettland. Sie brechen mit der dort üblichen kollektiven Schweigekultur. Selbst unter dem harten Spardiktat der Krisenzeit arrangierten sich die Letten ohne Murren mit ihrer Situation. Ein Habitus, der als Erbe der Sowjetzeit gilt.

„Sprich lauter!“ widersetzt sich dieser Tradition: Es wird laut diskutiert und debattiert. Seit dem offiziellen Startschuss im Jahr 2010 hat sich das Team verdoppelt. Dreißig Jungmoderatoren sind

vier Mal wöchentlich auf Sendung. Recherche, Drehs und Schnitt der Beiträge – alles geschieht in Eigenregie. Dazu steht ein eigens eingerichtetes Studio am Stadtrand Rigas in einem Raum der Stradins Universität zur Verfügung. Für Lautsprecher, Flachbildschirme, Mischpult und Mikrofone sorgte die FES-Riga.

Auch von Seiten der Medien und des Staates gibt es Zuspruch. Angesichts der Debatte über



Der Name ist Programm: Drei Moderatorinnen des lettischen Studentenradios „Sprich lauter!“

jugendliche Arbeitssuchende wurde sogar der lettische Staatspräsident aktiv: Er lud das junge Radioteam zum Gedankenaustausch in sein Büro ein.

„Zwischen Mikrofon und Seminar: Webradio „Sprich lauter!“ ist die Stimme der Studenten“

NEUES DESIGN, MEHR VIELFALT

ONLINE-AKADEMIE DER FES

Politische Bildung im Internet vermitteln – darum geht es bei der OnlineAkademie. Neben hauptsächlich textbasierten Themenmodulen zum Selbststudium (zum Beispiel Europa, Nachhaltigkeit) und kommunalpolitisch qualifizierenden E-Learning-Kursen laden nun zusätzlich Webinar-Veranstaltungen und Wissenssnacks zum Informieren, Verstehen und Mitdiskutieren ein. Webinare geben Raum, via Computer, Kopfhörer und Mikrofon ins Gespräch zu kommen. Auf dem Programm stehen moderierte Vorträge und Diskussionen mit Experten und Expertinnen, aber auch interaktive Kompetenztrainings.

Zudem wird der Webinar-Baustein in das bestehende E-Learning-Programm integriert. Das bietet mehr Vielfalt, denn neben individuellem Studium des Lehrmaterials und schriftlichen Forendiskussionen können die Kursteilnehmenden nun zu festen Terminen online miteinander kommunizieren.

Wöchentlich kurz und knapp in fünf Minuten informiert sein – dafür steht der OnlineAkademie-Wissenssnack. Dieser präsentiert kompakt Neuigkeiten aus Politik und Gesellschaft oder erinnert an historische Ereignisse.

Kostenfrei für PC, Tablet oder Smartphone: www.fes-online-akademie.de



*Denk*Bar*

ANONYMITÄT STATT VERANTWORTUNG

POLITISCHE TEILHABE IM INTERNET

Durch mobile Kommunikationsmittel ständig erreichbar zu sein hat die Trennung von Arbeitswelt und Privatleben aufgehoben. Die Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens durch die Allgegenwart des Internets, standen daher Ende April im Blickfeld der vierten Denk*Bar des BayernForums.

Insbesondere das von der Piratenpartei propagierte Liquid-Democracy-Konzept und der Da-

tenschutz standen im Mittelpunkt der Diskussion von Julia Schramm, Politologin, freie Autorin und ehemaliges Mitglied im Vorstand der Piratenpartei, und Florian Pronold, Vorsitzender der BayernSPD.

Im Gegensatz zu Julia Schramm sieht Florian Pronold keine größeren Chancen zur verstärkten politischen Teilhabe durch die Nutzung des Internets. Das Internet sei allenfalls ein weiteres Medium, um Menschen zu erreichen. Doch Teilhabe bedeute eben auch Teilnahme am politischen Diskurs, politische Willensbildung und Übernahme von politischer Verantwortung. Ob der Diskurs und die Willensbildung auch über das Internet geführt werden oder über klassische Medien und das persönliche Gespräch – die politische Verantwortung tragen Einzelne und nicht eine anonyme Menge. Pronold sprach hier das Phänomen des Partizipations-Transparenz-Dilemmas an: Wer partizipiert, müsse auch transparent werden. Die Einzelnen in der Menge bleiben anonym, können ihre Meinung ändern und den Beschluss, an dem sie beteiligt waren, nicht mehr mittragen. „Doch diejenigen, die den Beschluss vertreten, werden sichtbar, sind Politiker.“

Kurz notiert

NEUE BETEILIGUNGSMODELLE

Über die Bedeutung des Konzepts des OpenGovernment, mit den elektronischen Kommunikationsmitteln als Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Politik, wurde in Walsrode mit dem netzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Lars Klingbeil, Daniel Reichert von Liquid Democracy e.V. und anderen angeregt diskutiert. Der Verein erforscht demokratische Beteiligungsmodelle in Politik, Verwaltung und Organisationen, bietet mit adhocracy eine Plattform, auf der Teilnehmer/innen online neue Ideen entwickeln und testen können und organisiert Beteiligungsplattformen für Kommunen.

Bautzen-Forum

VOM 17. JUNI BIS ZUM 9. NOVEMBER

BOGEN VOM VOLKSAUFSTAND BIS ZUM ENDE DER DDR GESCHLAGEN

Als vom Westen gesteuerte Provokateure, Faschisten und Kriegstreiber verunglimpfte die SED den Freiheitswillen der Demonstranten vom 17. Juni 1953. Hunderttausende Ostdeutsche widersetzten sich an diesem Tag im ganzen Land Arbeitsnormerhöhungen und der restriktiven SED-Politik. Das sozialistische Regime stand am

Abgrund. Erst als das sowjetische Militär den Aufstand niederschlug, konnte die SED die Kontrolle zurückerlangen. Das Landesbüro Sachsen erinnerte Ende Mai mit seinem 24. Bautzen-Forum an 60 Jahre Niederschlagung des Volksaufstandes und schlug dabei den Bogen bis zum Ende der SED-Diktatur im Herbst 1989.

Den 17. Juni 1953 bezeichnete der Berliner Historiker Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk als eines der kraftvollsten Widerstandereignisse gegen den europäischen Kommunismus, das schließlich zum Ende der DDR geführt hat.

Der Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen Roland Jahn kritisierte abschließend, dass vor allem in den ersten Jahren in den Medien ein zu großer Fokus auf der Staatssicherheit gelegen habe. Darüber sei die SED als die im Kern verantwortliche Kraft aus dem Blick geraten.



*Veranstaltung in bedrückender Kulisse:
Das 24. Bautzen-Forum im ehemaligen Stasi-Gefängnis
(Foto: Waldek).*

GERETTETE ERINNERUNGEN

Seminarreihe

SCHÜLER DOKUMENTIEREN JÜDISCHE GESCHICHTE

Im erst kürzlich eröffneten Museum der Geschichte der polnischen Juden in Warschau veranstalteten das „Zentrum zur Erforschung und Dokumentation jüdischen Lebens in Ost- und Mitteleuropa“ (Centropa) und die FES Ende Mai die Konferenz „20th Century Polish-Jewish Relations“. Die Veranstaltung bildete den vorläufigen Abschluss einer 2011 begonnenen Seminarreihe, die Lehrkräften aus ganz Polen das Konzept „Preserving Jewish memory – Bringing history

to life“ vorstellte und ihnen die Möglichkeit gab, sich aktiv mit ihren Schulklassen in das Projekt einzubringen. Die Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, selbstgedrehte Kurzfilme über die jüdische Geschichte ihrer Heimatorte auf der Centropa-Seite online zu stellen. Hierzu rief Centropa vor rund einem Jahr einen Wettbewerb aus, an dem sich Schulen aus ganz Polen beteiligten. „Einfach überwältigend“ fand Centropa-Leiter Edward Serotta die Resonanz.

GESELLSCHAFTEN IN BEWEGUNG

Kritische Bilanz

DAS JAHR 1968 IN DEUTSCHLAND UND CHINA

Das Jahr 1968 wird sowohl in China als auch in Deutschland mit weitreichenden sozialen und politischen Veränderungen in Verbindung gebracht. Im Westen waren die sechziger Jahre geprägt durch Studentenproteste, Bürgerrechtsbewegungen, Antikriegsdemonstrationen, Aufarbeitung der Nazivergangenheit, weibliche Emanzipation und Veränderungen von Lebensformen. Dagegen erlebte die Volksrepublik China in dieser Zeit die von Mao Zedong initiierte „Große Proletarische Kulturrevolution“, die Mobilisierung der Roten Garden und die Umsiedelung von Millionen Jugendlicher zur Erziehung aufs Land. Kritische Bilanz der bewegten 1960er Jahre in China und Deutschland zogen im Mai das Shanghai Büro der FES in Zusammenarbeit mit seinen chinesischen Kooperationspartnern in mehreren Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Hintergründe, Motivationen und Folgen der damaligen Ereignisse in Deutschland analysierten

Dr. Wolfgang Kraushaar, Politikwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung, und Prof. Kristina Schulz vom Historischen Institut der Universität Bern im Rahmen der „Deutschen Woche“ an der Tongji-Universität sowie bei einer Vortragsveranstaltung an der Shanghaier Akademie für Sozialwissenschaften. Errungenschaften wie die Herausbildung von zivilgesellschaftlichem Engagement, die Stärkung von Frauenrechten und Reformen im Bildungswesen wurden ebenso thematisiert wie die Radikalisierung von Teilen der Studentenbewegung. Die Ereignisse in den 1960er Jahren in China und deren gesellschaftspolitische Folgen rückten bei einem Workshop an der Fudan-Universität in den Vordergrund. Lebhaft wurde zudem über die damalige Faszination der deutschen Studenten für die Geschehnisse in China debattiert und die Rolle Mao Zedongs als Vorbild für große Teile der deutschen Studentenbewegung hinterfragt.



(Foto: Kneuse)

Kurt Salomon Maier kommt gern nach Deutschland. Vor dem Hintergrund seiner Lebensgeschichte ist das keine Selbstverständlichkeit. 1930 als jüngster Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie im badischen Kippenheim geboren, wurde er am 22. Oktober 1940 von den Nationalsozialisten in das französische Lager Gurs deportiert. Er entkam in die USA. Bis heute, inzwischen 83 Jahre alt, arbeitet Maier in der Abteilung für deutsche Literatur der Library of Congress in Washington. Auf Einladung der FES kam er nach Berlin, um von seinem bewegten Leben zu erzählen. Im Goethe-Gymnasium traf der Zeitzeuge Schüler/innen, die sich auf einen Workshop im United States Holocaust Memorial Museum in Washington vorbereiteten.

EUROPA UND DIE WELT

V E R N E T Z E N

Büroporträt

VON ALPHA BIS OMEGA

DIE ARBEIT DER FES ATHEN

Die FES Athen ist das jüngste Büro der Abteilung „Internationaler Dialog“, wiedereröffnet im Mai 2012. Die Euro-Krise, Umwälzungen der griechischen Gesellschaft und die hohe Medienaufmerksamkeit machen die Aktivitäten der FES hier zu einer besonderen Herausforderung, die – mit einigen Auslassungen – von Alpha bis Omega vorgestellt wird.

„Alpha“ wie Austeritätspolitik:

Die von den Kreditgebern aus EU und IWF auferlegte Sparpolitik hat einerseits zu einer beeindruckenden Verbesserung des griechischen Staatshaushalts geführt, andererseits durch

Lohnkürzungen und Steuererhöhungen die Situation der Arbeitnehmer deutlich verschlechtert. Die FES Athen konzentriert sich mit Veranstaltungen und Publikationen darauf, die Auswirkungen dieser Politik zu analysieren und unter dem Stichwort der sozialen Gerechtigkeit zu diskutieren.

„Gamma“ wie Germania, also Deutschland:

Die deutsch-griechischen Beziehungen sind in einer schwierigen Phase. So müssen wir meist erst erklären, dass politische Stiftungen wertgebunden, aber von Partei und Regierung relativ unabhängig sind. Daneben sind wir sehr oft gezwungen,

deutsche Politik, deutsche Positionen und Äußerungen zu erklären, die hier viel stärker wahrgenommen werden als umgekehrt griechische Positionen in Deutschland.

„Epsilon“ wie Europa:

In kaum einem anderen Mitgliedsland war die Unterstützung der EU so hoch wie in Griechenland. Dies hat im Zuge der Euro-Krise nachgelassen. Angesichts der aus Brüssel mit-



Nicht ohne Optimismus: Das Team der FES-Vertretung in Athen

bestimmten Austeritätspolitik wird vielfach die Frage gestellt, für welche Werte Europa als Ganzes steht. In dieser Debatte hat die FES mit ihren zahlreichen Beiträgen schnell eine wichtige Rolle eingenommen.

„Theta“ wie Themen:

Die FES Athen konzentriert sind einerseits auf den deutsch-griechischen Dialog und andererseits die Begleitung innergriechischer Reformprozesse, wie die Bekämpfung des Rechtsextremismus, die Reform des Bildungssystems und die ökologische Industrialisierung.

„Kappa“ wie Krise:

Seit 2010 wird die griechische und die europäische Agenda von der Krise dominiert, in deren Mittelpunkt Athen steht. Viele Interviewanfragen oder kurzfristige Bitten um Briefings sind daher an der Tagesordnung. Zudem erleben wir die Transition eines politischen Systems und einer Gesellschaft aus nächster Nähe. Das eröffnet Chancen, mit neuen gesellschaftlichen Kräften zu kooperieren und offen die Reformen des politischen Systems diskutieren zu können.

„Rho“ wie regionale Kooperation:

Eine Besonderheit des deutsch-griechischen Dialogs ist die Kooperation auf der Ebene von Kommunen und Regionen. Hierbei tauschen sich auf Veranstaltungen der FES kommunale Entschei-

dungsträger darüber aus, mit welchen Modellen auf dieser ersten Ebene der Politik die Krise angegangen werden kann.

„Sigma“ wie Sozialdemokratie:

Obwohl der politische Raum links von der Mitte schwer angeschlagen ist, identifiziert sich weiterhin eine Mehrheit der Bevölkerung damit. Auch die FES ist daher an der sehr lebhaften Debatte darüber beteiligt, was sozialdemokratische Politik in der Krise ausmacht

„Taf“ wie Team:

Die wissenschaftliche Mitarbeiterin Monika Berg und die beiden Sachbearbeiterinnen Maria Assarioti und Angeliki Emmanouilidou haben sich nach turbulenten Anfangsmonaten im Jahr 2012 eingespielt. Gemeinsam mit den beiden Büroleitern Nicole und Christos Katsioulis verwirklichen sie die Schwerpunkte der FES in Athen.

„Omega“ wie Ortskräfte:

Die drei Mitarbeiterinnen der FES Athen sprechen beide Sprachen; sie können mit den deutschen Planungshorizonten von mehreren Monaten ebenso umgehen wie mit den griechischen, die zuweilen nur wenige Tage lang sind; sie verkörpern die vielen Bindeglieder zwischen den beiden Ländern und sind mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen das Alpha und Omega der FES in Athen.

NOCH BÜRGER EUROPAS?

Bilanz

DIE ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN PROJEKTS IN POLEN

Juni 2003: Polen feiert das erfolgreiche Referendum zum EU-Beitritt. Von der damaligen Euphorie ist heute weniger zu spüren. Zehn Jahre nach dem Beitrittsreferendum trafen sich in Warschau Politiker und Wissenschaftler, um zu bilanzieren, was sich durch die EU-Mitgliedschaft für Polen verändert hat.

Einleitend stellte die Leiterin des polnischen Instituts für Öffentliche Meinungsforschung, CBOS, Mirosława Grabowska, fest, dass mit einem Anteil von 73 Prozent nach wie vor viele Polinnen und Polen der EU gegenüber ziemlich positiv eingestellt sind. Dabei sehen 40 Prozent durch die EU-Mitgliedschaft sogar persönliche Vorteile. „Polen sieht heute ganz anders aus, es ist offener und toleranter. Es ist ein Land im Herzen Europas, das nun auch wirklich europäisch ist“, so Mikołaj Dowgialewicz Vize-Gouverneur der Ent-

wicklungsbank des Europarates und ehemaliger Staatssekretär für Europaangelegenheiten, in der gemeinsamen Diskussionsrunde von Friedrich-Ebert-Stiftung, der Vertretung der Europäischen Kommission in Polen und des Instytut Spraw Publicznych. EU-Kommissar Janusz Lewandowski sah das Referendum als historischen Moment. Im Zuge der zahlreichen Erfolge habe sich in zehn Jahren sowohl das polnische Selbstbild als auch das polnische Image im Ausland stark zum Positiven verändert.

Jedoch führte die europäische Wirtschaftskrise und deren Folgeerscheinungen dazu, dass die EU-Mitgliedschaft nicht mehr nur Hoffnungen, sondern auch Sorgen und Ängste weckt. Dies zeige sich zum Beispiel in der öffentlichen Meinung zur Einführung des Euro. Während die Währungsumstellung 2009 noch von 53 Prozent der

polnischen Bevölkerung befürwortet wurde, sind es 2013 nur noch 29 Prozent. Die Anzahl jener, die sich sowohl polnisch als auch europäisch fühlen, ist zwischen 2009 und 2013 deutlich gesunken. Lewandowski appellierte daher an die Polinnen und Polen: „Die Herausforderungen der nächsten

Jahre – das sind vor allem der Beitritt zum Euro und die weitere Anpassung an die Globalisierung der Wirtschaft – sind nur zu meistern, wenn der Glaube an das europäische Projekt und seine Werte beibehalten werden und die Polinnen und Polen europäische Bürger bleiben!“

EUROPA BRAUCHT IMPULSE

„Europa ist nicht unbedingt in Bestform“, erklärte **PEER STEINBRÜCK IN DER WARSCHAUER UNIVERSITÄT**. Auf Einladung der FES debattierte er Anfang Mai dort mit dem früheren polnischen Präsidenten Alexander Kwasniewski und der Soziologin Julia Kubisa über Wege aus der Krise. „Wir leiden nicht nur unter der Euro- und Schuldenkrise. Es fehlt an allen Ecken und Enden an Konzepten. Die EU hat keine stimmige Außen- und Sicherheitspolitik. Wir geben zu viel Geld für Landwirtschaft und zu wenig Geld für Bildung und Zukunftstechnologien aus. Und die EU hat keine überzeugende Beitritts- und Erweiterungsstrategie mehr“, so der Kanzlerkandidat der SPD.

Hart ging er mit der Antikrisenpolitik der Bundesregierung ins Gericht: „Wir sparen uns in einen Teufelskreis hinein und geraten immer tiefer in die Krise.“ Polens Ex-Präsident Kwasniewski unterstützte nachdrücklich Steinbrücks Ansatz, sich nicht allein auf die Sparpolitik zu beschränken. „Europa braucht Impulse“ – darin waren sich beide einig.

Publikation

KONFERENZ DER PARLAMENTE

VORSCHLÄGE ZU EINER INTERPARLAMENTARISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Vor dem Hintergrund der Frage nach demokratischer Legitimität von Krisenlösungskonzepten beschäftigen sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Axel Schäfer, und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Fabian Schulz in einer Publikation der FES mit der Idee einer interparlamentarischen Konferenz auf EU-Ebene. Vorgeschlagen wird, dass Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten mehrmals im Jahr zusammenkommen, um sich über Politikvorhaben auszutauschen, zu vernetzen und auf freiwilliger Basis zu koordinieren.

Da der Konferenz keinerlei (beschlussfassende) Kompetenzen übertragen werden, wird eine Konkurrenz mit dem Europäischen und den nationalen Parlamenten vermieden. Wie Schäfer und Schulz aufzeigen, ergibt sich daraus eine vielversprechende Chance, nicht nur die Bedeutung der Parlamente, sondern auch den demokratischen Charakter der EU zu stärken.

„Eine Konferenz der Parlamente für Europa. Neue Wege interparlamentarischer Zusammenarbeit“



Governor Howard Dean, 2003 Kandidat im Vorwahlkampf der Demokratischen Partei für die Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten, hat auf Einladung der FES an der Gründungssitzung der Progressive Alliance in Leipzig teilgenommen. Anschließend traf er den Vorsitzenden der FES Kurt Beck und das geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. Roland Schmidt zu einem Gespräch über die transatlantische Arbeit der FES.

MIT REFORMEN AUS DER KRISE

DEBATTEN ÜBER FRANKREICHS WACHSTUMSPROBLEME

Kein Wunder, dass die Stimmung in Frankreich mies ist und die Sympathiewerte von Präsident François Hollande seit über einem Jahr im Keller sind: Wirtschaftliche Stagnation, steigende Arbeitslosigkeit und eine zunehmende Belastung mit Steuern und Abgaben haben im vergangenen Jahr die Kaufkraft der Haushalte erstmals seit 1984 verringert. Präsident Hollande versucht durch eine umfassende Reform mit dem Namen „Nationaler Pakt für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ die Wachstumsprobleme zu lösen.

In Zusammenarbeit mit der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer organisierte das Pariser Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung am 25. Juni eine dreiteilige Gesprächsrunde

mit Unternehmensvertretern aus der Region Paris, an der auch der baden-württembergische Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid teilnahm.

In der Debatte wurde unter anderem deutlich, dass die oft als unnachgiebig geltenden französischen Gewerkschaften in den Betrieben in der Regel zu einer sachlichen Zusammenarbeit bereit sind. Probleme entstehen vor allem dann, wenn zwischen Unternehmensleitungen und Betriebsräten getroffene Vereinbarungen behördlich genehmigt werden müssen. Um Normen und Vorschriften in Staat und Verwaltung zu vereinfachen, hat Präsident Hollande jedoch bereits einen weitreichenden Bürokratieabbau („choc de simplification“) angekündigt.

KOMPLIZIERT, ABER GESTALTBAR

PROGNOSEN ZUR ZUKUNFT DER DEUTSCH-RUSSISCHEN BEZIEHUNGEN

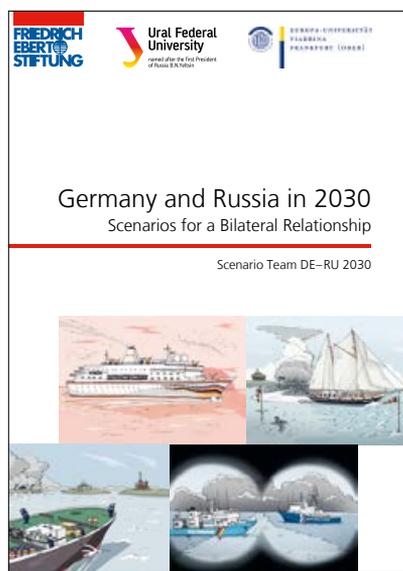
Die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte die Debatte um die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen beleben. Gemeinsam mit der Föderalen Ural-Universität in Jekaterinburg und der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder

hat sie daher im Frühjahr 2013 das Szenarien-Projekt „Deutschland und Russland 2030“ durchgeführt. Leitfrage des Projekts: Welche künftigen Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen sind für die nächsten 17 Jahre denkbar?

Die von einem Team beider Länder in zwei Workshops in Jekaterinburg und Frankfurt/Oder entwickelten Szenarien wurden, anschaulich in Szene gesetzt durch vier verschiedene Schiffe, am 26. Juni in Berlin präsentiert. Ein schnittiges Kreuzfahrtschiff symbolisierte eine enge, von gemeinsamen Werten getragene Allianz der beiden Staaten im Jahr 2030. Ein Containerfrachter stand für die pragmatische, auf Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen basierende Zusammenarbeit. Zwei Boote der Küstenwache wurden als Metapher für das Szenario gewählt, in dem beide Staaten in

eine Politik der scharfen Konfrontation zurückfallen. Schließlich stand ein Segelschiff, das mal in voller Fahrt über die Wellen saust, mal in der Flaute dahindümpelt, für das Auf und Ab einer wechselhaften Beziehung, die mal von gemeinsamen Interessen, mal von Konflikten geprägt ist.

Mit dabei im voll besetzten Konferenzsaal der FES war auch Frank-Walter Steinmeier. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Initiator und neben dem ehemaligen russischen Außenminister Igor Iwanow Schirmherr des Projekts, hob hervor: „Die Szenarien bieten eine rasante Reise durch ein scheinbar grenzenloses Land der politischen Möglichkeiten.“ Zwar sei die Zukunft der Beziehungen, so Steinmeier, kompliziert, aber die Szenarien zeigten klar, dass sie durch kluge Politik beeinflussbar sind.



einem Team beider Länder in zwei Workshops in Jekaterinburg und Frankfurt/Oder entwickelten Szenarien wurden, anschaulich in Szene gesetzt durch vier verschiedene Schiffe, am 26. Juni in Berlin präsentiert. Ein schnittiges Kreuzfahrtschiff symbolisierte eine enge, von gemeinsamen Werten getragene Allianz der beiden Staaten im Jahr 2030. Ein Containerfrachter stand für die pragmatische, auf Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen basierende Zusammenarbeit. Zwei Boote der Küstenwache wurden als Metapher für das Szenario gewählt, in dem beide Staaten in

DIE SZENARIEN

„Germany and Russia in 2030“
www.fes.de/lnk/td



FAKTOR FÜR STABILITÄT

DEUTSCHLAND UND DIE BALTISCHEN STAATEN

Die Rolle der baltischen Staaten in der sich abzeichnenden Umgestaltung der Europäischen Union beleuchtete am 16. und 17. Mai in der baltischen Metropole Riga eine Veranstaltung des Projekts German-Baltic-Strategy-Talks.

Mit den German-Baltic-Strategy-Talks reagieren die FES-Landesbüros in Litauen, Lettland und Estland auf die jüngsten Entwicklungen in den baltischen Staaten, die besonders hart von der Finanzkrise getroffen wurden und nun international mit konsolidierten Haushalten und wachsender Wirtschaft Schlagzeilen machen. Beim Erfahrungsaustausch der rund 30 Exper-

ten aus den Bereichen Politik und Forschung wurde deutlich, dass die baltischen Spezialisten die deutsche Position in der Euro-Krise teilen und eine Vertiefung der Zusammenarbeit befürworten. Und die Zeichen stehen gut: Zahlreiche deutsche Unternehmen investieren bereits gezielt in den Wirtschaftsstandort der drei baltischen Staaten. Kritisiert wurde dagegen Deutschlands Zurückhaltung in außenpolitischen und Sicherheitsfragen. Eine starke Position Deutschlands innerhalb der NATO wurde als sehr wichtiger Faktor für die Stabilität in der Ostseeregion genannt.

ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT

Ein von der FES veröffentlichtes Positionspapier zeigt auf, warum die EU – auch in Zeiten der wohl schwersten internen Krise – ihr nachhaltiges und verantwortliches Engagement in der Nachbarschaft und den Ländern, die im EU-Beitrittsprozess stehen, aufrechterhalten und verstärken sollte. In ihrem Papier, das am 17. Juni in Brüssel Experten, Entscheidungsträgern und Medienvertretern vorgestellt wurde, schlagen die beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Dietmar Nietan (Bundestag) und Wolfgang Kreiss-Dörfler (Europäisches Parlament) eine neue Ausrichtung der östlichen Partnerschaft der EU vor: Es müsse der EU gelingen, die Partnerländer dauerhaft für eine gute Zusammenarbeit zu gewinnen, auch ohne den Anreiz einer konkreten Beitrittsperspektive bieten zu können.

DAS POSITIONSPAPIER

„Unsere Verantwortung endet nicht an den Grenzen der EU“ – Internationale Politikanalyse



ERWEITERUNG INS STOCKEN GERATEN

REGIONALPROJEKT WILL NEUE IMPULSE GEBEN

Die EU-Beitrittsperspektive, die den Ländern des „westlichen Balkans“ bereits vor 10 Jahren beim EU-Gipfel im Juni 2003 in Thessaloniki in Aussicht gestellt wurde, steht nicht mehr oben auf der EU-Agenda. Dies liegt einerseits an den schleppenden Reformfortschritten in den beitrittswilligen Ländern und andererseits an der innereuropäischen Finanz-, Wirtschafts- und Politikkrise. Eine Unterbrechung des Erweiterungsprozesses, der zu den größten Erfolgen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik gehört, hätte jedoch fatale Folgen für die Länder des westlichen Balkans genauso wie für die EU und

ihre Mitgliedsländer selbst. Vor diesem Hintergrund hat das Regionalprojekt Südosteuropa der FES zusammen mit dem Europabüro in Brüssel eine Initiative gestartet, die darauf abzielt, dem Erweiterungsprozess neue Impulse zu geben. Auf der Grundlage von vorab erstellten Kurzanalysen wurden bei einem Workshop am 16. April in Brüssel Vorschläge diskutiert, wie einerseits die EU und andererseits die beitrittswilligen Länder den jeweiligen Anforderungen begegnen sollten und wie der Erweiterungsprozess zum Nutzen aller Seiten beschleunigt werden kann.

MITTEL DER FRÜHERKENNUNG

TUTZING BALKAN TALKS 2013

Seit 12 Jahren treffen sich jedes Jahr Politiker, Diplomaten, Experten und Journalisten aus Südosteuropa mit Westeuropäern zu den von der Friedrich-Ebert-Stiftung in der evangelischen Akademie Tutzing organisierten „Balkan Talks“. Das Besondere der Talks liegt darin, dass hier auch Personen miteinander sprechen, die in ihrer Region auf beiden Seiten der verschiedenen Barrikaden stehen und an keinem anderen Ort anders als konfrontativ miteinander umgehen würden. Dazu zählen die Vertreter der albanischen Minderheit und der slawischen Mehrheit in Mazedonien, Vertreter Serbiens, des Kosovo und der Kosovo-Serben oder Vertreter der Republika Srpska und der bosnisch-kroatischen Föderation in Bosnien. In Tutzing ist es möglich, offen miteinander zu sprechen und – wie Michael Martens in der F.A.Z. schreibt – „ungewohnt

konstruktiv“ miteinander umzugehen. Bei dem Treffen im April 2013 stand unter anderem ein regionales Phänomen auf der Tagesordnung: In mehreren Ländern der Region haben sich konservative Regierungen etabliert, die durch Aushöhlung der demokratischen Institutionen einem demokratischen Regierungswechsel vorzubeugen versuchen. Dazu dienen unter anderem die staatliche Kontrolle der Medien, die Unterwerfung der Justiz, die direkte Behinderung der Opposition und der Ausbau der konservativen Regierungsparteien zu Staatsparteien. Auf diese Weise verwandeln sich die jungen Demokratien des Balkan in kleine, aber stabile und gut miteinander vernetzte Autokratien unter der Ägide der EU – eine Entwicklung, die in Westeuropa genau beobachtet werden sollte.

ANREGUNGEN FÜR ABGEORDNETE

„Das Primat des Parlamentarismus gegenüber der Exekutive“ – zu diesem Thema informierte sich eine Delegation führender tschechischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, unter ihnen die stellvertretende Parteivorsitzende Alena Gajduskova und der ehemalige Präsidentschaftskandidat Senator Jiri Dienstbier in Berlin. Während der Informationsreise vom 13. bis 15. Mai suchten die Politiker Anregungen für die eigene Arbeit im tschechischen Senat und Abgeordnetenhaus, wo sie oft mit einer Dominanz der Exekutive und fehlenden fachlichen Ressourcen konfrontiert sind.

SKEPSIS IN KROATIEN

Wenige Wochen vor dem Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union am 1. Juli 2013 hatte das Europabüro der FES die fünf neugewählten Europaabgeordneten der sozialdemokratischen Partei Kroatiens eingeladen.

Im Mittelpunkt der Debatte mit dem interessierten Brüsseler Fachpublikum stand die mäßige Europabegeisterung in der kroatischen Bevölkerung. In dem Land, das seine Unabhängigkeit erst vor gut 20 Jahren (wieder)gewonnen hat, stehen viele Menschen der EU auch deshalb kritisch gegenüber, weil sie als Mitglied dieser Staa-

tengemeinschaft erneut einen Teil ihrer schwer erkämpften Souveränität aufgeben müssen. Die Abgeordneten bezeichneten Kroatiens Weg in die EU als eine Erfolgsgeschichte, die beweise, welche Zugkraft die Perspektive der EU-Integration für den Wandel in einem Land habe, das sich noch vor weniger als zwei Jahrzehnten in einem Unabhängigkeitskrieg befand.

KAUM FORTSCHRITTE

Die Regionale Zusammenarbeit gilt als Schlüsselfaktor für Stabilität, Versöhnung und wirtschaftlichem Wohlstand auf dem Westlichen Balkan. Die EU fordert deshalb seit der Einführung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) im Jahr 2000 von den Ländern dieser Region ernsthafte Anstrengungen der Kooperation. Konkrete Entwicklungsfortschritte regionaler Zusammenarbeit sind jedoch schwer nachvollziehbar. Auch sind die Kenntnisse über den Stand der regionalen Kooperation gering. Eine von der FES in Auftrag gegebene Studie hat deshalb exemplarisch die Umsetzung von sechs zentralen Regionalinitiativen untersucht.

DIE STUDIE:

„Monitoring regional cooperation in South East Europe“



Kurz notiert

UKRAINE

Mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und des Freihandelsabkommens will die Ukraine auf dem europäischen Gipfel in Vilnius Ende November 2013 ein neues Kapitel aufschlagen. Die politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration der Ukraine in die EU können dann ernsthaft in Angriff genommen werden. Leider wurden soziale Aspekte während der Verhandlungen der Verträge und in den Debatten über die europäische Integration oft ignoriert.

Grund genug für die FES, in Zusammenarbeit mit dem Parlamentsausschuss für die Europäische Integration, ein erstes internationales Podium über die **SOZIALE DIMENSIONEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION** der Ukraine im Juni in Kiew zu organisieren.

Viel Raum nahmen die Erfahrungsberichte aus Lettland und Polen ein, da diese beiden Länder als Beispiele für Best Practices auf dem Arbeitsmarkt, der Migration sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen angesehen werden.

BELARUS

Seit 2010 existiert in Belarus ein **YOUNG LEADERS PROJEKT (YLF)** der FES. Innerhalb kurzer Zeit wurde das YLF eine bekannte „Marke“ bei den jungen Minskern. Mehrtägige Bildungsseminare, Workshops, der Minsker Jugendclub und die „Kamingespräche“ stießen auf unerwartet hohes Interesse. Entsprechend viele Bewerbungen gingen Ende 2011 für die neue YLF-Generation ein.

Nachdem der Friedrich-Ebert-Stiftung verweigert wurde, ihre bisherige Arbeit in Belarus fortzusetzen, zeigte sich die Motivation der neuen YLF-Generation. Trotz staatlicher Repressionen haben ganz viele weitergemacht.

Inzwischen werden eigene Bildungsprogramme entwickelt und mit modernen Formaten und Methoden experimentiert. Es geht dort nicht um die Themen der politischen Opposition. Es werden Informationen und Standpunkte zu sozialen und politischen Fragen vermittelt und Standpunkte einer neuen, modern denkenden Generation der Jugendelite deutlich gemacht.

Der Kontakt zur FES hat sich notgedrungen verändert, aber er lebt.

Workshop

NICHT AUS EINEM GUSS

Blicke auf die Friedenspolitik der EU

Der Friedensnobelpreis für die Europäische Union sollte nicht nur eine Auszeichnung für Geleistetes, sondern vor allem auch Ansporn sein, um eine weltweite und wirksame Friedenspolitik zu gestalten, so ein Teilnehmer des Workshops zu neuen Impulsen in der Friedensförderung in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel.

Die Expertinnen und Experten aus der EU, Brasilien, Indien, Südafrika und der Türkei bescheinigten der EU im Prinzip eine positive Rolle in der Friedensförderung. Es herrschte jedoch auch Einigkeit darüber, dass diese Rolle noch stark auszubauen sei. Aus europäischer Sicht wurde vor allem das Geflecht aus Zuständigkeiten bemängelt, welches alle auswärtigen Aktivitäten der EU begleitet und diese damit nicht aus einem Guss erscheinen lässt. Reibungsverluste können entstehen, wenn eine aus Brüssel gesteuerte Friedensmission vom Europäischen Auswärtigen

Dienst eingesetzt wird, ohne dass die EU-Delegation vor Ort eingebunden ist.

Aus Sicht der Gäste wurde im Zusammenhang mit UN-Friedenseinsätzen kritisiert, dass sich die europäischen Staaten zwar weniger einbringen als andere Regionen, deren verstärktes Engagement sich jedoch nicht in den Machtverhältnissen im UN-Sicherheitsrat widerspiegeln. Gerade Staaten wie Brasilien und Indien verbinden ihre Beiträge zur internationalen Friedensförderung mit der Ambition auf politischen Einfluss und eine Reform des UN-Systems.

Der Austausch verdeutlichte, dass andere Staaten anderer Weltregionen auch eigene Interessen im Zusammenhang mit ihren Friedenseinsätzen im Blick haben. Auf EU-Ebene wird dagegen momentan vor allem das Wie, statt das Warum debattiert.

GEMEINSAM GEGEN POLITISCHE GEWALT

Kongress

NATIONALES BÜNDNIS IN TUNESIEN

Seit dem Regierungsantritt einer islamistisch geführten Koalitionsregierung im Januar 2012 nach den ersten freien und demokratischen Wahlen Tunesiens hat sich die allgemeine Sicherheitssituation des Landes erheblich verschlechtert. Insbesondere religiös motivierte Gewalttaten wurden kaum oder gar nicht geahndet. In Folge von Waffenlieferungen aus dem Sahel und eindeutig terroristischen Verbindungen einzelner salafistischer Gruppen ist das allgemeine Gewaltniveau signifikant gestiegen. Der Mord an dem Oppositionellen Choukri Belaid am 6. Februar 2013 führte zu einem Aufschrei in der tunesischen Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund fand am 18. und 19. Juni in Tunis ein nationaler Kongress gegen Gewalt

statt. Insgesamt nahmen 74 Parteien und mehr als 300 Nicht-Regierungsorganisationen an der Veranstaltung teil, die federführend von der Tunesischen Menschenrechtsliga (LTDH), dem Arabischen Institut für Menschenrechte (IADH), der Tunesischen Anwaltskammer und dem Gewerkschaftsverband UGTT mit Unterstützung der FES vorbereitet wurde. Ziel des Kongresses war es, eine nationale Charta gegen Gewalt zu verabschieden und Empfehlungen an die Politik zu formulieren.

Die Charta, die in den nächsten Monaten in allen Regionen des Landes öffentlich gemacht werden soll, wurde bislang von mehr als 60 Parteien unterzeichnet.

NEUE SPIELRÄUME

Bildungsprogramme

FES UNTERSTÜTZT POLITISCHE BILDUNG VON TUNESIENS JUGEND

Nach 60 Jahren autokratischer Herrschaft befindet sich Tunesien seit der Jasmin-Revolution auf einem immer beschwerlicheren Weg in eine pluralistische und demokratische Gesellschaft. So hatte sich in Gymnasien und Universitäten keine konstruktive Dialogkultur unter den tunesischen jungen Erwachsenen entwickeln können. Das FES-Büro in Tunesien setzt sich daher langfristig dafür ein, die heranwachsende Generation mit dem nötigen Wissen auszustatten, damit sie als aktive Bürger und engagierte Mitglieder der Zivilgesellschaft die zukünftige Politik ihres Landes mitgestalten können.

Am zweijährigen tunesischen Young Leaders-Programm „Génération A'Venir“ nehmen 24 junge Erwachsene teil, denen in Workshops, Ausbildungsblöcken und Debatten Kernkompetenzen in den Bereichen Projektmanagement, Kommunikation, Finanzierung und Organisation vermittelt werden. Teilnehmer des ersten und zweiten Jahrgangs haben inzwischen sogar eigene zivilgesellschaftliche Organisationen gegründet.

Eine dieser Institutionen ist das Tunisian International Model United Nations (TIMUN), welches, unterstützt durch die FES-Tunis, bereits zum vierten Mal eine Simulation der Arbeit der

Vereinten Nationen organisiert hat. Neben der Einführung von jungen tunesischen Erwachsenen in die Strukturen und Mechanismen von internationalen Organisationen unterstützt die FES-Tunis ein Pilotprojekt an Gymnasien, das den 500.000 potentiellen Neuwählern die anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nahebringen will. Die Idee ist, dass die Teilnehmer/innen ihr Wissen anschließend ähnlich eines Schneeballsystems nach Hause in die Familien und in ihre Freundeskreise weitertragen.



Der politische Nachwuchs übt sich in neuen Rollen: Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Tunisian International Model United Nations“.

Fotoausstellung

EIN VIRTUELLER AUFSTAND

SELBSTPORTRÄTS IN DER ARABISCHEN WELT

Die Hoffnung der Frauen in der arabischen Welt war groß, als die Aufstände gegen die diktatorischen Regime im Frühjahr 2011 begannen. Doch der Traum dieser scheinbar untrennbaren Verbindung von Demokratie und Frauenrechten war schnell ausgeträumt.

Vier junge arabische Aktivistinnen gründeten im Oktober 2011 die Initiative „Der Aufstand der Frauen in der arabischen Welt“. Tausende Frauen

und Männer beteiligten sich an ihrer Facebook-Kampagne und dokumentierten mit Selbstporträts und selbstgeschriebenen Statements ihre Forderungen nach mehr Gerechtigkeit und mehr Gleichberechtigung.

Das BayernForum, Yalla Arabi, Verein zur Förderung arabischer Kultur und Sprache, die Frauenakademie München und die Petra-Kelly-Stiftung haben vom 18. Mai bis zum 15. Juni 2013 eine

Ausstellung des virtuellen Aufstands der Frauen in der arabischen Welt mit einigen der heute über 1000 Bilder gezeigt. Die Ausstellung und die Auftaktveranstaltung machten deutlich, dass aus der Kampagne eine neue Frauenbewegung entstanden ist, die es geschafft hat, die arabische Straße aufzuwühlen und eine neue Diskussion zum Thema Frauenrechte in der Öffentlichkeit vieler arabischer Länder zu entfachen.



„Ich unterstütze den Aufstand der Frauen in der Arabischen Welt, weil es mir seit 20 Jahre nicht erlaubt ist, den Wind mit Haut und Haaren zu spüren.“
Dana aus Syrien

Konferenz

UNKLARE MACHTVERHÄLTNISSE

MANGELNDE POLITISCHE REPRÄSENTANZ FÜR DIE PALÄSTINENSER

Die Strategie der palästinensischen Führung zum Erreichen staatlicher Unabhängigkeit sowie die unklaren Machtverhältnisse zwischen der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) und der

Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) stand im Mittelpunkt einer Konferenz des „Gaza Forum for Political Strategic Studies“ in Kooperation mit dem FES-Partner Palestinian Planning Center.

Einigkeit bestand dabei über die Notwendigkeit zur Reform der PLO, die ihrem Anspruch, die Gesamtheit der Palästinenser politisch zu repräsentieren, nicht mehr gerecht wird. Aber auch die PA gilt als reformbedürftig. Ihr ursprüngliches Verfallsdatum, für die Übergangszeit bis zur Einrichtung eines Palästinensischen Staats im Jahr 1999 die Regierung zu stellen – so sahen es die Oslo-Verträge vor – hat die PA längst überschritten.

Anregungen zur besseren Einbindung europäischer Akteure kamen von Dr. Muriel Asseburg, Vertreterin der Stiftung Wissenschaft und Politik. Es sei wichtig, mit realistischen Forderungen an europäische Entscheidungsträger heranzutreten. Europa sollte eine stärkere Rolle bei der Aussöhnung zwischen Fatah und Hamas und der Bildung einer nationalen Einheitsregierung spielen.

VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG

Erkenntnisse zur „Übergangsjustiz und Vergangenheitsbewältigung“ suchte eine zehnköpfige libysche Delegation von Abgeordneten, Journalisten, Gewerkschaftern und Vertretern der Zivilgesellschaft während eines Besuchs in Deutschland. Die Gäste erhielten die Möglichkeit, über die Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, die Archive der Ministerien für Nationale Sicherheit sowie die Opferentschädigung zu diskutieren. Die libysche Abgeordnete Salwa Faouzi Eldaghili merkte nach dem Besuch der Stasi-Unterlagen-Behörde an, dass ihr die notwendige Aufarbeitung in Libyen gewaltig scheine, zumal wohl keinerlei Archive existierten.

Kurz notiert

UNGEAHNTE MÖGLICHKEITEN

MEINUNGSAUSTAUSCH ÜBER GASFUNDE VOR DER ISRAELISCHEN KÜSTE

Konferenz

Viele Jahre galt Israel als der einzige Staat im Nahen Osten, in dem keine natürlichen Ressourcen in Form von Erdöl oder Erdgas vorkommen. Nach den Funden von Gasfeldern vor der Küste in den Jahren 2009 und 2010 hat sich die wirtschaftliche wie politische Debatte im Land stark gewandelt. Aus diesem Anlass hat die FES im Rahmen des Israeli European Policy Network zum zweiten Mal in Kooperation mit dem Institute for National Security Studies (INSS), am 5. und 6. Juni eine internationale Konferenz in Tel Aviv organisiert. Die Erschließung der Gasfelder schafft ungeahnte

Möglichkeiten für Israel, jedoch werden dadurch auch viele Streitfragen entfacht. Die Debatte dreht sich vor allem um die Verteilungsfrage: Soll das entdeckte Gas nur für den lokalen Gebrauch zur Verfügung stehen, oder soll ein gewisses Volumen exportiert werden? Untersuchungen besagen, dass die Funde ausreichen, um Israel für die kommenden 25 Jahre mit Gas zu versorgen und gleichzeitig zu exportieren. Israels Potenziale zum Selbstversorger und zum Gasexporteur zu werden, öffnet auch ganz neue Kooperationschancen mit den umliegenden arabischen Staaten.

ISRAEL

„Ich werde keine Prognosen für das Jahr 2025 aufstellen, ich bin weder Prophet noch Narr“, so der Knessetabgeordnete Nachman Shai (Arbeitspartei) zum Auftakt seines Vortrages in München. Shai war Gast des „2nd IEPN/Bayernforum Munich Talk“. Gastgeber waren das durch das FES-Büro in Israel seit 2003 geförderte Israeli-European Policy Network (IEPN) und das Bayernforum der FES.

Dass Nachman Shai ein profunder Kenner der innenpolitischen Herausforderungen Israels ist, wurde schnell deutlich: In der Zukunft würden mehr als 50 Prozent der israelischen Bevölkerung nicht-zionistischen Gruppen angehören, vor allem den ultra-orthodoxen Juden und den israelischen Arabern. Ein Frieden mit den Palästinensern liege daher im „vitalen Interesse“ Israels. Shai zeigte sich überzeugt, dass Deutschland und die EU wichtige Partner Israels in diesem Prozess sein werden.

ISRAEL

Nur wenige Veränderungen hat es im israelisch-palästinensischen Konflikt im Vergleich zu 2012 gegeben. Bei seinem neuerlichen Besuch in Israel und Palästina konnte der SPD-Vorsitzende **Sigmar Gabriel** im April 2013 an die Begegnungen mit israelischen und palästinensischen Gesprächspartnern anknüpfen. Im Gespräch mit **Mustafa Barghouthi**, Generalsekretär der sozialdemokratisch ausgerichteten palästinensischen Schwesterpartei Al Mubadara, stand das Thema des gewaltlosen Widerstands im Mittelpunkt. Gabriel traf auch den Chefunterhändler der PLO, Saeb Erekat, der die Frustrationen gegenüber dem Friedensprozess vermittelte.



ISRAEL

Für Shelly Yacimovich, Vorsitzende der Israeli Labor Party (Avoda) und Oppositionsführerin ihres Landes, war es eine Reise wie keine andere. Nie zuvor hatte die 53-jährige Tochter von Überlebenden der Shoah deutschen Boden betreten. Für die Teilnahme am Festakt anlässlich des 150. Jubiläums der SPD wagte sie den Schritt. Yacimovich besuchte auf Einladung der FES Leipzig und Berlin. Auf ihrer Facebook-Seite teilt sie ihre Eindrücke mit den Lesern: „Es ist der Überzeugungskraft und dem Einfühlungsvermögen meiner sozialdemokratischen Freunde aus Deutschland, allen voran Martin Schulz‘ und Sigmar Gabriels zu verdanken, dass es mir gelungen ist, diese innere Barriere zu überwinden und nach Deutschland zu reisen.“

ERSTER SCHRITT ZU NEUER DEMOKRATIE

MALI WÄHLT SEINEN NEUEN PRÄSIDENTEN

Nach vielen Diskussionen über den richtigen Zeitpunkt zur Abhaltung der ursprünglich für April beziehungsweise Juli 2012 angesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Mali, die auf Grund des Putsches verschoben wurden, fand der erste Wahlgang zur Wahl des neuen Präsidenten am 28. Juli statt. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte, war eine Stichwahl am 11. August zwischen dem ehemaligen Premierminister Ibrahim Boubacar Keita (IBK), Vorsitzender der Partei RPM, einer Partnerpartei der FES, und Soumaila Cissé, Vorsitzender der Partei URD, ehemaliger Vorsitzender der Kommission der westafrikanischen Währungsunion UEMOA, erforderlich. IBK gelang es, die Stichwahl eindeutig zu seinen Gunsten zu entscheiden – er wurde mit über 70 Prozent der Stimmen zum neuen Präsidenten Malis gewählt.

Trotz vieler Defizite im Zuge der Vorbereitungen – das Wählerverzeichnis erfasste mehrere hunderttausend Wahlberechtigte nicht, die Flüchtlinge beziehungsweise intern vertriebenen Personen waren nicht registriert beziehungsweise wurden nicht umgemeldet – herrscht in der malischen Bevölkerung eine Erleichterung und ein vorsichtiger Optimismus vor, mit der Wahl den ersten wichtigen Schritt zur Rückkehr zur Demokratie

und politischen Stabilisierung vorzunehmen. Die Wahlbeteiligung, die traditionell mit circa 35 Prozent niedrig ist, lag diesmal im ersten Wahlgang bei 48,98 Prozent bzw. bei 45 Prozent im zweiten Wahlgang. Dies bringt das gestiegene Interesse vieler Malier zum Ausdruck und den Wunsch, sich einzubringen. Um den Wunsch der Beteiligung mit konkreten Informationen zu unterstützen und weiter zu mobilisieren, erstellte die FES Mali im Vorfeld wahlauflärende Materialien wie eine Broschüre, die breit verteilt wurde. Darüber hinaus stellte sie die wichtigsten Neurungen – das überarbeitete Wahlgesetz sowie das neue biometrische Wählerverzeichnis – der Öffentlichkeit als auch ihren Partnerparteien vor. Zudem unterstützt die FES Mali mit der Radioübertragung in den Norden eine öffentliche Anhörung von Kandidaten für das Amt des Präsidenten, bei der die Anwärter sich kritischen Fragen aus der Zivilgesellschaft stellen mussten.

So setzte die Arbeit der FES Mali zum Wahlprozess bereits 2011, lange vor dem ursprünglichen Wahltermin 2012, an, als beispielsweise die Diskussion über ein neues Wählerverzeichnis geführt wurde. Für Malis wird mit der Wahl eine wichtige Voraussetzung zur Rückkehr zur demokratischen Ordnung geschaffen.

OHNE KONTROLLE KEINE SICHERHEIT

REFORM DER MALISCHEN SICHERHEITSARCHITEKTUR ERFORDERLICH

Eine Folge des Putsches im Frühjahr 2012 war der Verlust der Kontrolle der Armee über den Norden Malis. Die sicherheitspolitischen Probleme in der Region der Zentralsahara sind nicht neu, seit Jahren dient dieser Raum als Durchgangsgebiet für den Drogenschmuggel sowie als Rückzugsraum für Terroristen. Vor dem Hintergrund der Eskalation der Ereignisse sind Fragen der Sicherheit jedoch noch dringlicher geworden.

Aber gerade die Sicherheitspolitik braucht eine demokratische Legitimation. Im Zuge der Krise im Jahr 2012 kam es zu einem zeitweisen Verlust des staatlichen Gewaltmonopols. Aber auch bereits vorher war die parlamentarische Kontrolle des Sicherheitssektors nur unzureichend.

Die FES arbeitet seit längerem mit ihren Partnerparteien und dem Parlament an sicherheits-

politischen Fragestellungen. Während einer Konferenz der FES am 24. und 25. Juni stellten staatliche Vertreter in einer sehr offenen und selbstkritischen Bestandsaufnahme die Abwesenheit einer malischen Verteidigungspolitik fest. Konzepte wurden zwar seit längerem entwickelt, jedoch nie umgesetzt. Hier gilt es anzusetzen und eine kohärente Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu entwickeln.

Die seit dem 1. Juli in Mali stationierte Minusma (»Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali«) hat bereits angekündigt, sich aktiv in den Prozess der Reform des malischen Sicherheitssektors einzubringen. Mali wird von dieser internationalen Aufmerksamkeit profitieren können.

VORREITER FÜR AFRIKA

EUROPA UNTERSTÜTZT KLIMANEUTRALE ENERGIEVERSORGUNG

In Afrika, wo sich gegenwärtig hohes Wirtschaftswachstum mit weiterhin ungebremster Bevölkerungsexplosion vereinen, kommt der Energieversorgung eine herausragende Bedeutung zu. „Die Energiezukunft Sambias“ stand deshalb im Mittelpunkt einer Konferenz des Nachhaltigkeitsprojekts der FES. Der Stellenwert des Themas wurde unterstrichen durch die Teilnahme des EU-Kommissars für Entwicklung Andris Piebalgs, Christopher Yaluma, den zuständigen sambischen Energieminister, und der ehemaligen Staatssekretärin und Bundestagsabgeordneten Karin Roth.

Die Europäische Union, die das Ziel verfolgt, den Ausbau erneuerbarer Energien weltweit voranzutreiben, hat das Thema Energie zu einer ihrer Prioritäten in den künftigen Regierungsverhandlungen erklärt. Als Vorreiter der Wasserkraft nimmt Sambia im Sinne einer kli-

maneutralen Energieversorgung bereits eine Vorbildposition ein.

So könnte das kleine Sambia dereinst zum Energielieferanten Südafrikas aufsteigen.



Plädierte für den Ausbau erneuerbarer Energien: EU-Kommissar Andris Piebalgs

WANDEL INS UNGEWISSE

VERGLEICHE DER POLITISCHEN NEUAUSRICHTUNGEN IN LATEINAMERIKA

Die politischen Transformationsprozesse in Ecuador, Bolivien und Venezuela, oft auch als „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet, scheinen homogen. Während einer Tagung der FES in Quito beschrieb Jonas Wolff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) die Ähnlichkeiten: Die Wiederherstellung der Rolle des Staates, die Existenz eines starken Präsidentialismus, die Ausweitung der Demokratie auf bisher ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen, eine Abkehr vom neoliberalen Entwicklungsmodell und die Erhöhung der sozialen Investitionen.

Trotz dieser Ähnlichkeiten ließen sich jedoch während der zweitägigen Veranstaltung mit dem Nationalen Sekretariat für Planung und Entwicklung und der Universität FLACSO-Ecuador, recht unterschiedliche politische Strategien und Ergebnisse der Transformationsprozesse identifizieren. So sieht Franklin Ramírez, Professor für Politikwissenschaft der Universität FLACSO-Ecuador, ein Defizit für die gesellschaftliche Entwicklung Ecuadors darin, dass die Verfassung von 2008 zwar neue Mechanismen direkter De-

mokratie geschaffen habe, diese allerdings noch mit Leben gefüllt werden müssten.

Im Gegensatz dazu zeigen die Erfahrungen des Falls Bolivien, dass die gesellschaftlichen und staatlichen Krisen als Möglichkeit genutzt wurden, die Zivilgesellschaft zu stärken und damit den öffentlichen Raum neu zu besetzen. Jorge Viaña, Direktor des Forschungszentrums für Politik und Soziologie der bolivianischen Vizekanzlei, ergänzte, dass die politischen Eliten ausgewechselt wurden und vorher marginalisierte Gruppen, vor allem Frauen, Bauern und Indigene in den politischen Apparat integriert werden konnten.

Venezuela ist das Land mit der längsten staatlichen Transformationserfahrung. Laut der venezolanischen Soziologin Vanessa Cartaya hat die Dynamik in den letzten Jahren jedoch an Kraft verloren. Eine der größten Herausforderungen sei es, das auf dem Abbau von Rohstoffen basierende Wirtschaftsmodell zu reformieren. Venezuela sei heute ein polarisiertes und durch die vielen sozialen Proteste paralysiertes Land.

Konferenz

DIE AUFWERTUNG DES REGIONALEN

BILANZ VON 10 JAHREN BRASILIANISCHER AUSSENPOLITIK

Zu Anfang gleich ein kleiner Sieg: Der brasilianische Außenminister Antonio Patriota erklärte erstmals öffentlich die Bereitschaft seines Hauses, ein Beratungsgremium der Zivilgesellschaft zu außenpolitischen Fragen einzurichten. Die Erklärung folgte im Anschluss an seine Rede zum Auftakt der Konferenz „2003–2013: Eine neue Außenpolitik“ an der Föderalen Universität in São Bernardo/Brasilien.



Rückblick auf die außenpolitischen Impulse seiner Amtszeit: Brasiliens ehemaliger Präsident Lula da Silva

Die viertägige Veranstaltung wurde von der Grupo de Reflexão sobre Relações Internacionais organisiert – einer von der FES unterstützten Arbeitsgruppe, die regelmäßig das Wirken Brasiliens auf der internationalen Bühne reflektiert. Wie machte sich der Regierungswechsel 2003, als

erstmals die Arbeiterpartei mit Luiz Inácio Lula da Silva das Präsidentenamt errang, in der brasilianischen Außenpolitik bemerkbar? Der Verteidigungsminister und ehemalige Außenminister Celso Amorim beschrieb auf der Konferenz die Wende des außenpolitischen Denkens so: „Nicht mit den Vereinigten Staaten brechen, aber den Mut haben, Punkte anzusprechen, die geändert werden müssen.“

Außenminister Patriota sieht in der vergangenen Dekade die Aufwertung des Regionalen: Die Stärkung der südamerikanischen Integration innerhalb des gemeinsamen Marktes MERCOSUR und die Gründung politischer Integrationsprojekte. Auch rückte der globale Süden stärker in den Fokus von Brasiliens Außenpolitik. So ließ sich über politische Koalitionen Einfluss auf internationale Entscheidungen nehmen, Verantwortungspositionen innerhalb der internationalen Organisationen wurden übernommen. Wichtige Themen wie Hunger- und Armutsbekämpfung wurden in den Mittelpunkt gerückt.

Luiz Inácio Lula da Silva brachte seine Erfahrungen als ehemaliger Gewerkschaftsführer auf den Punkt: „Wenn mehr am Verhandlungstisch sitzen, wird das Ergebnis am Ende für alle besser.“

Workshop

VORBILD ENERGIEWENDE

DEUTSCH-JAPANISCHER DIALOG ZUR ENERGIEPOLITIK

Mehr als zwei Jahre nach dem Reaktorunfall in Fukushima diskutiert Japan noch immer die Ausrichtung seiner Energiepolitik. Hatte die Regierung unter Führung der Demokratischen Partei Japans (DPJ) in den Jahren 2011–2012 den Ausstieg aus der Atomenergie eingeleitet, so bleibt die aktuelle Regierung der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP) ohne klare Ausrichtung. Sie setzt zwar den von der DPJ initiierten Ausbau von erneuerbaren Energien fort, gleichzeitig forciert sie aber auch eine Wiederbelebung der Atomenergiepolitik: Der Export japanischer Atomkraftwerke wird gefördert, die Kooperation mit Frankreich verstärkt, und von den derzeit 48 vom Netz genommenen Atomkraftwerken sollen einige wieder in Betrieb genommen werden – trotz heftigen Widerstands in der japanischen

Gesellschaft. Ein Workshop der FES in Tokyo erkundete im Mai 2013 die Möglichkeiten deutsch-japanischer Kooperation bei der Realisierung der Energiewende. Deutschland gilt auch in Japan als Vorbild. Dank des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, so Hiroshi Takahashi vom Fujitsu Research Institute, sei Deutschland Japan zehn Jahre voraus. Mika Ohbayashi vom Mitausrichter Japan Renewable Energy Foundation betonte, dass Japans Rückstand in erster Linie in der japanischen Energiepolitik begründet sei – die lange Konzentration auf die Atomenergie habe Fortschritte in Bereichen wie Energieeinsparung und -effizienz verhindert. Der Workshop, an dem auch der hessische SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel teilnahm, verdeutlichte, dass es große Potenziale für japanisch-deutsche Kooperation gibt.

NEUE PUBLIKATIONEN DER FES

WWW.FES.DE/SETS/S_PUB.HTM

INTERNATIONALE ARBEIT

Bulmahn, Edelgard, Hrsg. – Eckpunkte einer Strategie für Friedensförderung und Konflikttransformation (auch in Englisch)

Dehnert, Stefan Hrsg. – Monitoring regional cooperation in South East Europe

Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives – Towards a framework of universal sustainability goals as part of a post-2015 agenda

INTERNATIONALE POLITIKANALYSE

De Feyter, Koen – Towards a framework convention on the right to development

Henn, Markus – Tax havens and the taxation of transnational corporations

Kaiser, Jürgen – One made it out of the debt trap, lessons from the London Debt Agreement of 1953 for current debt crisis

Maihack, Henrik – Ein Kampf um Identität, Bangladesch vor den Wahlen

Oesterdiekhoff, Peter – Kenia nach den nationalen Wahlen 2013

Schreiber, Benjamin – Frankreich: Die Gewerkschaften suchen ihre Rolle im Reformdialog

Todorov, Antonij – The extreme right wing in Bulgaria

Unsere Verantwortung endet nicht an den Grenzen der EU – Für eine engagierte Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union

Szenarien-Team Eurozone 2020 – Zukunftsszenarien für die Eurozone: 15 Perspektiven zur Eurokrise

STUDIE

Bombacher, Daniel – Illegaler Drogenbau, legale Vermarktung? Koka und Schlafmohnanbau im Vergleich

Köhler, Holm-Detlev; Calleja Jiménez, José Pablo – Die Gewerkschaften in Spanien

Stöver, Heino; Plenert Maximilian – Entkriminalisierung und Regulierung. Evidenzbasierte Modelle für einen alternativen Umgang mit Drogenhandel und -konsum.

PERSPEKTIVE

Campero, José Carlos; Vargas, Ricardo; Vergara, Eduardo- Von Repression zu Regulierung, ein lateinamerikanischer Vorschlag zur Reform der Drogenpolitik (auch in Englisch)

Civil Society Reflection Group on Global Development Perspectives – Towards a framework of universal sustainability goals as part of a post-2015 agenda.

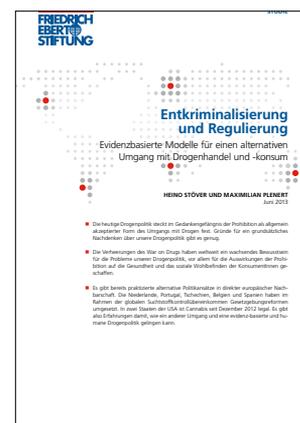
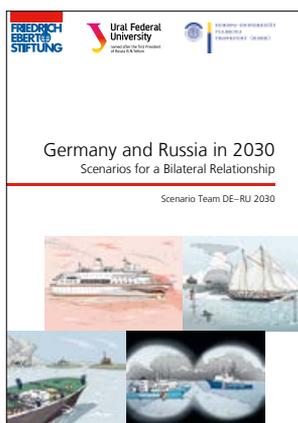
Gouverneur, Judith (Hrsg.) – Is different really enough?

Conference Report – Being tough is not enough, curbing transnational organized crime.

Kauppert, Philipp – Niederlage für die Regierung, Sieg für die Demokratie, zu den Parlamentswahlen in Pakistan

Majdalani, Carla – Southern Latin American multilateralism?

Prizeman, Katherine – Looking to the future of the arms trade treaty



POLITISCHER DIALOG

Bovenschulte, Andreas; Hickel, Rudolf; Sieling, Carsten – Raus aus der Altschuldenfalle, ein Modell für einen Altschuldenfonds zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen – Julius-Leber-Forum

Melzer, Ralf Hrsg. – Rechtsextremismus in Europa, Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit (auch auf Englisch) – Forum Berlin

Mohr, Irina; Melzer, Ralf – Recht gegen Rechte – Justiz und Gesetzgebung gegen Alt- und Neunazis in Deutschland

POLITISCHE AKADEMIE

Lange, Valérie Hrsg. – „Politikferne“ Jugendliche besser erreichen – Forum Jugend und Politik Policy 44

Merx, Andreas – Von Integration zu Vielfalt, kommunale Diversitätspolitik in der Praxis – Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

Schneider, Wolfgang – Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit ... und kostet Geld! Kulturpolitik als kommunale Aufgabe – Landesbüro Hessen

STUDIENFÖRDERUNG

Borgwardt, Angela – Europäische Forschungsallianzen (Netzwerk Exzellenz an Deutschen Hochschulen)

Borgwardt, Angela – Hochschulräte und Hochschulsteuerung, zwischen Beratung und Kontrolle (Schriftenreihe Hochschulpolitik)

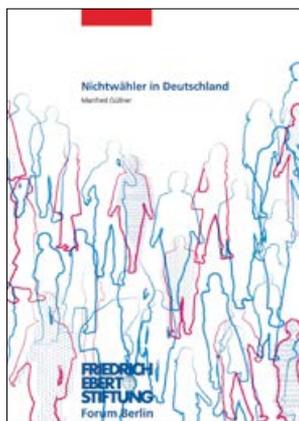
Erdiek-Rave, Ute Hrsg. – Frühkindliche Bildung – das reinste Kinderspiel?!

ARCHIV

Fischer, Ilse (Hrsg.) – Von der frei gewählten Volkammer zum vereinten Deutschland Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkammerabgeordnete

Weiß, Volker – Moses Hess (1812–1875) Leben, Werk und Erbe eines rheinischen Revolutionärs

Winkler, Heinrich August – Die Ehre der deutschen Republik, Zum 80. Jahrestag der Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz



WISO DISKURS

Asmussen, Jörg – Die Bankenunion: Wer zahlt die Zeche?

Beyer, Heinrich; Stracke, Stefan; Wilke, Peter – Die Praxistauglichkeit finanzieller Mitarbeiterbeteiligung verbessern

Bormann, René (Hrsg.) – Wettbewerb, Sicherstellung, Honorierung: Neuordnung der Versorgung im deutschen Gesundheitswesen

Engelmann, Tobias; Liedtke, Christa; Rohn, Holger – Nachhaltiges Wirtschaften im Mittelstand

Grabau, Maik; Joebges, Heike – Money for nothing and the risks for free? Zu Erfolgen und Risiken der EZB-Geldpolitik in der Eurokrise

Keßler, Jürgen – Finanzaufsicht und Finanzmarktwächter, verbraucherpolitische Reformpotentiale im Finanzmarkt

Käpplinger, Bernd; Kulmus, Claudia; Haberzeth, Erik – Weiterbildungsbeteiligung, Anforderungen an eine Arbeitsversicherung

Schultze, Günther; Thränhardt, Dietrich (Hrsg.) – Migrantenorganisationen: Engagement, Transnationalität und Integration

Fortschrittsforum: Wie wollen wir leben und arbeiten? Beiträge aus der Fortschrittsgruppe „Leben & Arbeiten“

Abt. WISO (Hrsg) – Gute Pflege vor Ort – Das Recht auf eigenständiges Leben im Alter

WISO DIREKT

Aiginger, Karl – Dreimal Regimewechsel für Europa

Barthel, Klaus – Humanisierung der Arbeit braucht Forschung

Benner, Eckhard; Nauhauser, Niels – Zur Diskussion gestellt: der Vorsorgefonds – ein Beispiel für sozialpolitische Verbraucherpolitik

Bräutigam, Christoph; Evans, Michaela; Hilbert, Josef – Berufsbilder im Gesundheitssektor, vom „Berufebasteln“ zur strategischen Berufsbildungspolitik

Dauderstädt, Michael – Deutschland – ein Wundermärchen

Di Bella, Jessica – Innovative Ansätze in der Beratung von Migrantinnen und Migranten mit Gründungsambitionen

Eichel, Hans; Fink, Phillip; Tiemann, Heinrich – Vorschlag zur Neuordnung des Finanzausgleichs

Feigl, Georg; Zuckerstätter, Josef – Europäische Wettbewerbsdesorientierung

Kriesche, Ira – Kinder als kleine Verbraucher? Politik in der Verantwortung

Lindner, Fabian – Was man bei der Reduzierung der Staatsschulden beachten muss

Schönauer, Anna-Lena – Industriefeindlichkeit in Deutschland zur Akzeptanz von Großprojekten

Stelter, Daniel – Der Kaiser ist nackt – Nur ein Schuldenschnitt kann die Krise lösen

Schmidt, Severin – Verlorene Jahre – Versäumte Weichenstellungen und zukünftige Eckpfeiler in der Pflegepolitik





Meik Woyke (Hg.)
Wandel des Politischen
Die Bundesrepublik Deutschland
während der 1980er Jahre

Einzelveröffentlichungen aus dem
Archiv für Sozialgeschichte
Band 3

720 Seiten
Euro ca. 30,00
erscheint im September
ISBN 978-3-8012-4221-3

Für die Spätphase der ›alten‹ Bundesrepublik, die 1980er Jahre, existieren verschiedene Umschreibungen: »Abschied vom Provisorium«, »Risikogesellschaft«, andere diagnostizierten sogar den Beginn der »Postmoderne«. Auf jeden Fall handelte es sich um eine Phase des beschleunigten politischen, sozioökonomischen und kulturellen Wandels. Etablierte Normen und Deutungsmuster wurden infrage gestellt.

Dieser Band analysiert die mitunter gegenläufigen Wechselwirkungen dieser Prozesse und richtet den Blick dabei auf das sich verändernde Parteiensystem und die zunehmende mediale Inszenierung von Politik. Zudem werden die Massenarbeitslosigkeit und die Krise der »Arbeitsgesellschaft« während der »Ära Kohl« vor dem Hintergrund von Staatsverschuldung und globalisierten Finanzmärkten betrachtet. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die markanten Veränderungen auf popkulturellem Feld, nicht zuletzt der Erfolg der Neuen Deutschen Welle.